

SOZIAL- RECHTSPRECHUNG

Verantwortung für den sozialen Rechtsstaat

Festschrift zum 25jährigen Bestehen
des Bundessozialgerichts

Herausgegeben vom
Deutschen Sozialgerichtsverband e. V.

Band 2



Carl Heymanns Verlag KG · Köln · Berlin · Bonn · München

(1979)

Universitäts-
Bibliothek
München

Verantwortlich für den Herausgeber: Hans F. Zacher

xp 79/2470

1979 ISBN 3-452-18570-2

Gesetzt und gedruckt im Druckhaus Thiele & Schwarz, Kassel
Gebunden von der Großbuchbinderei Ludwig Fleischmann, Fulda

Eigentumsordnung

VON PETER BADURA

- | | |
|--|--|
| 1. Eigentum und Eigentumssurrogate in sozialrechtlichen Streitigkeiten | 4. Inhaltsbestimmung und Sozialgebundenheit der Rechtspositionen im Leistungssystem der Sozialversicherung nach der Praxis des BSG |
| 2. Der Schutzbereich der Eigentumsgarantie in der Praxis des BSG | 5. Solidarität und Garantie |
| 3. Eigentum als Teilhaberecht | |

1. EIGENTUM UND EIGENTUMSSURROGATE IN SOZIALRECHTLICHEN STREITIGKEITEN

Mit den öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung einschließlich des Kassenarztrechts, der Arbeitslosenversicherung und der Kriegsopferversorgung unterliegt das Kernstück des Rechts der sozialen Sicherheit der Jurisdiktion der Sozialgerichtsbarkeit (§ 51 SGG). Nur in geringem Maße haben diese Streitigkeiten die Ausübung von Befugnissen der Eingriffsverwaltung zum Gegenstand, wie im Falle von Maßnahmen gegen einen zugelassenen Kassenarzt. Das Hauptfeld sozialgerichtlicher Streitigkeiten sind die Zuerkennung, Beschneidung oder Verweigerung von Leistungen, die kraft öffentlichen Rechts bestehen oder geltend gemacht werden. Dies ist der Bereich, in dem von der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ein spezifischer Beitrag zu den verfassungsrechtlichen Fragen der Eigentumsordnung erwartet werden kann¹. Die vermögenswerten Rechtspositionen, deren eigentumsrechtlicher Schutz hier in Frage steht, können Anwartschaften auf Leistungen im Versicherungsfall, in einem »Stammrecht« zusammenfaßbare Rechte auf zukünftige Leistungen nach Eintritt des Versicherungsfalls oder fällige Leistungsansprüche sein. Ob der Schutz der Eigentumsgarantie überhaupt in Betracht kommt, ist für alle diese Rechtspositionen einheitlich zu beurteilen.

1 W. Weber, Die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, in: Rechtsschutz im Sozialrecht, 1965, S. 279/280 f.

Die Reichweite eines bestehenden Eigentumsschutzes dagegen wird je nach der Art und dem Inhalt der Rechtsposition verschieden ausfallen müssen².

Die soziale Sicherheit vermittelt öffentlich-rechtlicher Austeilung von Bezugsrechten, durch Einkommen, das in ausschlaggebender Hinsicht durch das Gemeinwesen garantiert wird, ist unter den heutigen Bedingungen der entwickelten Industriegesellschaft nicht mehr nur eine begrenzte und ergänzende Vorsorge für diejenigen, denen soziale Sicherheit durch privatrechtliche Verwendung produktiven Eigentums nicht möglich ist. Es ist der typische Fall, dem heute so wenig von einer Sozialleistung im eigentlichen Sinne anhaftet, daß mehr und mehr Gruppen der ständig abnehmenden Zahl von Selbständigen diese soziale Sicherung suchen und die Vorstellung einer umfassenden »Volksversicherung« längst als reguläres Konzept in Betracht gezogen wird. Grundlage individueller Daseinssicherung und Lebensgestaltung sind heute weithin das Einkommen aus Arbeitsleistung und davon abgeleiteten arbeits- oder sozialrechtlichen Rechtstiteln³. Mit der Bezeichnung dieser sozialrechtlichen Schutz- und Leistungsrechte als »publizistische Eigentumssurrogate« wird zweierlei gesagt⁴. Einmal kommt darin zum Ausdruck, daß die Berechtigten durch diese öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen die soziale Sicherung erlangen, die sie kraft Eigentums nicht zu erlangen vermögen. Zum anderen ist gemeint, daß es sich dabei um »von dem eigentlichen Eigentum unterschiedene Surrogate« handelt. Köttgen, von dem diese Bezeichnung stammt, hat diesen Unterschied sehr scharf gezogen und die Freiheit und Unabhängigkeit des Eigentümers strukturell von der Sicherheit des Sozialrentners abgesetzt. Das zu den Attributen menschlicher Freiheit gehörende Privateigentum sei keine »Frucht des Sozialstaates«, als »Chance der Freiheit« sei es von »seinen sozialstaatlichen Surrogaten« verschieden. So gesehen erscheint das Schutz- und Leistungssystem der Sozialversicherung eher als Gegenbild der Eigentumsordnung, denn als ihre neuzeitliche Weiterbildung.

Das Grundrecht des Art. 14 GG gewährleistet das Eigentum und sonstige vermögenswerte Rechte. In der Loslösung vom sachenrechtlichen Eigentum zeigt sich die Selbständigkeit des verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriffs. Dieser ist vom verfassungspolitischen Sinn, von der Funktion der Eigentumsga-

2 W. Bogs, Die Einwirkung verfassungsrechtlicher Normen auf das Recht der sozialen Sicherheit, Verhandlungen des 43. DJT, 1960, Bd. II G 5/57; Maunz/Dürig, Grundgesetz, 1969, Art. 14, Rdnr. 38.

3 P. Badura, Verwaltungsrecht im liberalen und im sozialen Rechtsstaat, 1966, S. 26 f.; ders., Eigentum im Verfassungsrecht der Gegenwart, 45. DJT, 1972, Sitzungsbericht T 10; K. Hesse, Grundzüge des Verfassungsrechts, 10. Aufl., 1977, S. 181 f.

4 A. Köttgen, Eigentumspolitik als Gegenstand von Tarifverträgen in verfassungsrechtlicher Sicht, in: G. Leber, Hrsg., Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, 3. Bd., 1965, S. 173/178 f.

rantie als Grundrecht abgeleitet. Von der Daseinssicherung und Lebensgestaltung des Einzelnen aus betrachtet, die einer materiellen Grundlage bedarf, um selbstverantwortlich und unabhängig sein zu können, tritt die Eigentumsgarantie in einen notwendigen Zusammenhang mit den Grundrechten der individuellen Freiheit und letztlich mit der Hauptverbürgung der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG)⁵. Dementsprechend hat das Bundesverfassungsgericht stets betont, daß die Gewährleistung des Eigentums die Handlungs- und Gestaltungsfreiheit ergänze, daß sie in ihrer freiheitsverbürgenden Funktion darauf ziele, dem Einzelnen die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu gewährleisten, daß ihr von Verfassungswegen die Aufgabe zukomme, dem Träger des Grundrechts einen Freiheitsraum im vermögensrechtlichen Bereich zu sichern und dem Einzelnen damit eine Entfaltung und die eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens zu ermöglichen⁶. Dieser Gesichtspunkt ist ein wesentlicher Bestimmungsgrund für Schutzbereich und Schutzwirkung der Eigentumsgarantie. Diese funktionsorientierte Auslegungsrichtlinie schließt allerdings eine überschießende Sinngebung ein. Die Besonderheit der Eigentumsgarantie würde sich auflösen, wenn ihr alle Rechtsstellungen zugeordnet würden, die irgendwie zur Freiheit oder Selbständigkeit der Lebensführung brauchbar oder notwendig sind. Indem die Verfassung den Schutzgegenstand mit »Eigentum« bezeichnet, bezieht sie sich auf konkrete und vergegenständlichte Rechtspositionen vermögenswerter Art. Die aus sozialen Gründen kraft öffentlichen Rechts zugewiesenen Rechte und Befugnisse (vgl. §§ 1 ff Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil) zielen auf materielle Daseinssicherung und -vorsorge ab und treten insofern kompensierend an die Stelle fehlenden eigenen Eigentums des Leistungsempfängers. Sie verfügen aber nicht schon allein deswegen über die Merkmale, die den besonderen Schutzgegenstand der Eigentumsgarantie kennzeichnen. Die Frage ist, ob die Rechte und Anwartschaften der Sozialversicherung, insbesondere der Rentenversicherung, diesen Merkmalen genügen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich hierin noch nicht endgültig festgelegt⁷, das Bundessozialgericht dagegen hat sich dahin ausgesprochen, daß die Eigentumsgarantie grundsätzlich auch für Renten der Sozialversicherung gelte⁸.

5 G. Dürig, Der Staat und die vermögenswerten öffentlich-rechtlichen Berechtigungen seiner Bürger, in: Festschrift für Willibalt Apelt, 1958, S. 13/24 ff; W. Weber, Eigentum und Enteignung, Grundrechte II, 1959, S. 331/353; G. Wannagat, Die umstrittene verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie für die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, in: Festschrift für Horst Peters, 1975, S. 171/177.

6 BVerfGE 14, 288/293; 24, 367/389; 31, 229/239; 40, 65/83 f; 42, 64/76.

7 Siehe bes. BVerfGE 40, 65/82 ff. Weitergehend die Abweichende Meinung Rupp-v. Brünneck BVerfGE 32, 111, 129/142.

8 BSG 9, 127. – Vgl. auch W. Bogs, Zum Bestandsschutz öffentlich-rechtlicher Posi-

Wird den im Rahmen der Sozialversicherung bestehenden Rechtspositionen der Schutz der Eigentumsgarantie versagt, können dem Gesetzgeber nur die Schranken der allgemeinen rechtsstaatlichen Grundsätze des Vertrauensschutzes, der Verhältnismäßigkeit und des Willkürverbots entgegen gehalten werden⁹. Damit sind allerdings nicht ohne weiteres und in allen Fällen auch individuelle verfassungsrechtliche Garantien gefunden. Nicht anders ist es, wenn man die Institution der Sozialversicherung im Sinne der solidarischen Selbsthilfe der Versicherten mit erdienten Leistungen als verfassungsrechtlich gewährleistet ansieht¹⁰. Der Anspruch auf ein gewisses Mindestmaß materieller Existenzsicherung, der sich dem Prinzip des sozialen Rechtsstaates und den Grundrechten der Art. 1 Abs. 1 und 2 Abs. 1 GG entnehmen läßt¹¹, führt nicht zu einem Schutz gerade der sozialversicherungsrechtlichen Rechtspositionen.

Billigt man dagegen den Rechten und Anwartschaften der Sozialversicherung die Merkmale des verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriffs zu, wird damit nicht auch schon der eigentumsrechtliche Bestandsschutz privatrechtlicher vermögenswerter Rechte erlangt. Die Inhaltsbestimmung und Sozialgebundenheit dieses »Eigentums« muß vielmehr den Strukturlinien der Sozialversicherung folgen. Es hängt demnach von der erst noch weiter zu durchdenkenden, abgestuften Schutzwirkung der Eigentumsgarantie in diesem Bereiche ab, ob die Befürchtungen zutreffen, ein Eigentumsschutz sozialversicherungsrechtlicher Rechte und Anwartschaften werde die gesetzgeberische Gestaltungsfreiheit über Gebühr beschneiden, Verfassungsaufträgen, wie etwa dem Gebot des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, zuwiderlaufen und einer den notwendigen Anpassungen und Fortentwicklungen im Wege stehenden Versteinerung des Sozialversicherungsrechts Vorschub leisten¹². Es ist zumindest mißverständlich, wenn die politische Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers so definiert wird: »Der demokratische Gesetzgeber muß grundsätzlich die Befugnis behalten, seine Reformvorstellungen – notfalls eben auch unter Abbau bestimmter Grup-

tionen im Sozialversicherungsrecht, in Festschrift für Paul Braess, 1969, S. 11; G. Wannagat, Eigentumsgarantie.

9 Um eine spezifisch sozialrechtliche Ausgestaltung dieser Grundsätze bemühen sich H. Bogs, Bestandsschutz für sozialrechtliche Begünstigungen als Verfassungsproblem, RdA 1973, 26/30 ff und H.-J. Papier, Verfassungsschutz sozialrechtlicher Rentenansprüche, -anwartschaften und -erwerbsberechtigungen«, VSSR 1973, S. 33/48 ff.

10 W. Bogs, Einwirkung, S. 14.

11 W. Bogs, Einwirkung, S. 23.

12 H.-J. Papier, Verfassungsschutz, S. 39; H. F. Zacher/F. Ruland, Der Bestandsschutz von Sozialversicherungsrenten in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, SGB 1974, 441/442.

pen sozialrechtlicher Ansprüche – in die Wirklichkeit umzusetzen«¹³. Die Auseinandersetzung um den Eigentumsschutz und die Eigentumssurrogate im Bereich der Sozialversicherung hat ihren tieferen Grund darin, daß die hochgradige Anpassungsbedürftigkeit, Beweglichkeit und Technizität dieses Rechtsgebiets, von dessen Ausgestaltung die soziale Sicherheit der weit überwiegenden Zahl der einzelnen abhängt, die Schutz- und Leistungsrechte nicht einer kurzlebigen Instrumentalität der gesetzlichen Ordnung ausliefern darf.

2. DER SCHUTZBEREICH DER EIGENTUMSGARANTIE IN DER PRAXIS DES BSG

Dem Eigentumsschutz öffentlich-rechtlicher Rechtspositionen hat der 6. Senat in dem Urteil vom 19. 3. 1957 eingehende Erwägungen gewidmet¹⁴. Diese Erkenntnis ist »wegweisend«¹⁵ und eine »bahnbrechende Entscheidung«¹⁶ genannt und als »mustergültig« in der Verwerfung jeder einseitigen Betonung des Kapitaleinsatzes als eigentumsbegriffsbildenden Leistungselements eingeschätzt worden¹⁷. Die Entscheidung überprüft einen Verwaltungsakt, durch den die Zulassung des Klägers zur sozialversicherungszahnärztlichen Tätigkeit aufgrund des Verbotes der Doppelzulassung als Sozialversicherungsarzt und als Sozialversicherungszahnarzt nach § 41 Abs. 3 der Berliner Zulassungsordnung für Zahnärzte und Dentisten vom 30. 3./8. 5. 1951 für beendet erklärt worden war. Der Senat gelangt zu dem Ergebnis, daß das durch Zulassung begründete Recht auf Ausübung der Kassenpraxis Eigentumsschutz nach Art. 14 GG genieße, weil der verfassungsmäßige Begriff des »Eigentums« auch ein derartiges subjektives öffentliches Recht erfasse. Auf der Grundlage von BVerfGE 2, 380/401 f und 4, 219/241 werden Forderungsrechte »fürsorgerischer Art«, die der Staat in Erfüllung sozialstaatlicher Pflichten seinen Bürgern einräume, außerhalb der Eigentumsgarantie gelassen. Öffentlich-rechtliche Berechtigungen aber, die in ihrer Bedeutung – und damit wirtschaftlich gesehen auch in ihrem Vermögenswert – entscheidend von den beruflichen Fähigkeiten und der Initiative des Berechtigten abhängen, seien eigentumsähnlich. Der dem Art. 14 GG zugrunde liegende Schutzgedanke würde unzulässig eingeengt werden, wenn dabei entscheidendes Gewicht auf das Überwiegen der privatrechtlichen Elemente in der auf dem öffentlichen Recht beruhenden Berechtigung gelegt würde, z. B. darauf, ob das subjektive öffentliche Recht einen im Rechtsver-

13 H. Bogs, Bestandsschutz, S. 32.

14 BSG 5, 40.

15 W. Weber, Eigentumsgarantie, S. 296.

16 G. Wannagat, S. 177.

17 G. Dürig, S. 43.

kehr verwertbaren Vermögensbestandteil darstelle. Denn der dem Eigentum wesentliche, in Art. 14 GG geschützte individuelle Herrschaftsbereich des »Eigentums« könne auch in Formen des öffentlichen Rechts seinen Ausdruck finden, die den dem öffentlichen Recht eigentümlichen Gestaltungsmöglichkeiten angepaßt sind. Auch der Tatsache, daß die Verflechtung von Staat und Wirtschaft in zunehmendem Maße dazu geführt habe, nicht nur gewerbliche, sondern auch freiberufliche Betätigungen anderer Art in der Weise staatsabhängig zu machen, daß sie nur auf der Basis subjektiver öffentlicher Rechte ausgeübt werden könnten, würde eine Begrenzung der Eigentumsgarantie auf private Rechte nicht Rechnung tragen. »Ob die dergestalt begründete Berufsstellung in ihrer Ausgestaltung mehr von der Arbeit und den persönlichen Fähigkeiten des Berechtigten oder aber mehr von der Höhe der eingesetzten Sachmittel (des Kapitals) abhängt, ist für die Schutzwürdigkeit der durch die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG begründeten Rechtsposition nicht entscheidend.« Die Bedeutung des Kapitals könne gegenüber der persönlichen Leistung stark zurücktreten. Ausschlaggebend sei die mit der Verwirklichung des Rechts nowendig verbundene eigene Leistung. Nach diesen Kriterien wird die Rechtsstellung des Zahnarztes als eigentumsähnlich aufgefaßt¹⁸. Die Entziehung der Zulassung treffe das zwar auf der Verleihung eines subjektiven Rechts beruhende, aber erst durch Eigenleistung entwickelte, in der Kassenpraxis in Erscheinung tretende Berufswerk – häufig das Lebenswerk – des Kassenzahnarztes. Dieser Gesichtspunkt in den Ausführungen des Senats gibt Anlaß zu dem Hinweis, daß die eigentumsrechtlich erhebliche Rechtsposition nicht eigentlich das durch die Zulassung begründete Recht, sondern die auf dieser Grundlage entfaltete Tätigkeit des Berechtigten ist. Das betroffene Garantieobjekt ist die auf öffentlich-rechtlicher Grundlage durch persönliche Leistung oder Kapitaleinsatz oder beides entwickelte privatrechtliche Vermögensposition¹⁹. Die Entscheidung befaßt sich dann weiter mit der Frage, welche Bindung die eigentumsrechtlich geschützte Rechtsposition des Kassenzahnarztes aufweist und nach welchen Grundsätzen eine gesetzliche Beschränkung gerechtfertigt ist. Der Senat orientiert sich dabei an der »ausgeprägten Sozialpflichtigkeit« des Status des Kassenzahnarztes, die ihren inneren Grund und ihr Maß in der Notwendigkeit einer sachgemäßen kassenärztlichen Versorgung der Versicherten hat²⁰.

18 In BSG 2, 201/220 f konnte die Frage dahingestellt bleiben, ob die kassenärztliche Zulassung dem Kassenzahnarzt eine Rechtsposition verschaffe, die derjenigen eines Eigentümers entspreche; denn dort war die Zulassung nur unter einem Vorbehalt erfolgt.

19 W. Weber, Öffentlich-rechtliche Rechtsstellungen als Gegenstand der Eigentumsgarantie in der Rechtsprechung, AöR 91, 1966, S. 382/400.

20 BSG 5, 40/45. – Siehe hierzu auch die weiteren Entscheidungen BSG 8, 257/261; 15, 177; 20, 52/55, 57; 23, 97/104.

In einer zweiten Hauptentscheidung des BSG, nunmehr zum Eigentumschutz einer Versicherungsrente wegen Erwerbsunfähigkeit, knüpft der 3. Senat in dem Urteil vom 29. 1. 1959 an BSGE 5, 40 an, wo als Grundsatz anerkannt sei, daß auch subjektive öffentliche Rechte »Eigentum« im Sinne des Art. 14 GG sein könnten, sofern sie nämlich auf der eigenen Leistung des Berechtigten beruhten²¹. Der Kläger wandte sich gegen die Anrechnung der Versicherungsrente auf beamtenrechtliche Versorgungsbezüge gemäß § 51 des Berliner Rentenversicherungsüberleitungsgesetzes vom 10. 7. 1952. Daß die Eigentumsgarantie grundsätzlich auch für Renten der Sozialversicherung gelte, wird von dem Senat mit den beiden Sätzen begründet: »Der Senat trägt keine Bedenken, diesen Grundsatz (sc. wie in BSGE 5, 40 anerkannt) auf Renten der SozVers. anzuwenden. Würde der verfassungsrechtliche Eigentumsschutz »erdiente« Berechtigungen dieser Art nicht erfassen, so würde eine spezifische Form, in der der auf Verwertung seiner Arbeitskraft als Existenzgrundlage angewiesene Einzelne heute überwiegend »Beisitz« erwirbt – nämlich als öffentlich-rechtliche Ansprüche – unter Mißachtung des Bekenntnisses des GG zur Sozialstaatlichkeit (Art. 20 Abs. 1, Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG) ungeschützt bleiben.« In dieser kurzen Darlegung wird der mit dem Sozialstaatsatz verknüpfte Gewährleistungssinn der Eigentumsgarantie mit dem Eigentumskriterium »eigene Leistung« verbunden und den Versicherungsrenten die Eigenschaft zugesprochen, daß sie auf der eigenen Leistung des Berechtigten beruhten.

Die weitere Rechtsprechung des BSG zum Eigentumsschutz sozialrechtlicher Rechtspositionen greift zwar immer wieder auf das in BSGE 5, 40 und 9, 127 zugrunde gelegte Eigentumskriterium zurück, lehnt sich aber häufiger an die Fortentwicklung der Entscheidungspraxis des Bundesverfassungsgerichts zu dieser Frage an²². Mehrere Entscheidungen lassen es offen, ob eine bestimmte sozialversicherungsrechtliche Rechtsposition Eigentum im Sinne der Eigentumsgarantie sei und begnügen sich mit der Darlegung, daß jedenfalls kein enteignender Eingriff vorliege. In dem Urteil des 1. Senats vom 20. 12. 1960²³ ist ausgesprochen, daß die Einführung von Höchstbeträgen für Renten anlässlich der Neuordnung der gesamten Rentenversicherung (Art. 2 § 33 AnVNG) keine entschädigungslose Enteignung sei. Unter Hinweis auf einen Aufsatz von Zimmer (BABl 1959, S. 584) wird es als eine umstrittene Frage bezeichnet,

21 BSG 9, 127.

22 Das Urteil des 11. Senats vom 15. 12. 1977 (11 RA 74/77), wonach der Anspruch auf Rückzahlung zu Unrecht entrichteter Beiträge nach § 146 AVG aF Eigentum im Sinne des Art. 14 GG sei, betrifft einen eigentumsrechtlich nicht umstrittenen Fall.

23 BSG 13, 247/250.

ob Renten der Sozialversicherung überhaupt unter die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes fielen. Das Urteil des 6. Senats vom 20. 2. 1968²⁴ befaßt sich mit der Frage, ob der Verlust einer Anwartschaft auf Versorgungsleistungen aus einem ärztlichen Versorgungswerk durch das Ausscheiden als Mitglied ent-eignende Wirkung habe. Da alle Rechte, die dem Kläger gegen die Beklagte zugestanden hätten, von vornherein auf die Dauer seiner Mitgliedschaft bei der Beklagten begrenzt und insofern inhaltlich eingeschränkt gewesen wären, sei ein eigentumsrechtlich erheblicher Eingriff nicht gegeben. Auch wenn die hier zu beurteilende Versorgungsanwartschaft als Eigentum anzusehen wäre – schutzbedürftig erscheine insbesondere ein Anwartschaftsrecht, das allein oder überwiegend durch eigene Beitragsleistung »erdiene« worden sei –, hätte der Berechtigte hier nichts verloren, was überhaupt zum Inhalt seines Rechtes gehört hätte. Im Urteil vom 11. 11. 1971 hatte der 1. Senat zu prüfen, ob die Beseitigung der Beitragserstattung wegen Heirat gem. § 83 AVG a. F. durch Art. 1 § 2 Nr. 11 Finanzänderungsgesetz vom 21. 12. 1967 gültig sei²⁵. Unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des BSG, vor allem aber auf die neueren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts legt der Senat zunächst dar, daß der Anspruch auf die Versicherungsleistung bei Eintritt des Versicherungsfalls sowie die vorher geschaffene Anwartschaft auf die Leistungen aus der Versicherung vor Erfüllung der Wartezeit zu den öffentlich-rechtlichen Vermögenspositionen gehören könne, für die der Schutz der Eigentums-garantie in Betracht komme. Dieser Schutz könne nur insoweit in Anspruch genommen werden, als die öffentlich-rechtliche Vermögensposition die konstitutiven Merkmale des Eigentumsbegriffs trage. Die Gewährleistung des Eigen-tums durch Art. 14 GG stelle eine Ergänzung der verfassungsrechtlich geschütz-ten Handlungs- und Gestaltungsfreiheit dar. »Was der einzelne durch seine eigene Leistung erworben hat, soll deshalb in besonderem Sinne als sein Eigen-tum anerkannt und vor Eingriffen geschützt werden.« Für die Bewertung als »Eigentum« sei entscheidend, inwieweit die erlangte und beeinträchtigte Rechtsposition sich als Äquivalent eigener Leistung des Einzelnen darstelle oder auf staatlicher Gewährung beruhe. Im folgenden wird dann gesagt, daß es sich bei dem hier betroffenen Recht um ein solches handle, das die weib-lichen Versicherten aufgrund ihrer eigenen Aufwendung erworben hätten, daß sich also als Äquivalent ihrer eigenen Leistung darstelle. Es wird dann aber doch offen gelassen, ob die bloße Anwartschaft auf Beitragserstattung im Falle der Heirat selbst als eine vermögenswerte Rechtsposition angesehen werden könne, die des Eigentumsschutzes gem. Art. 14 GG fähig sei. Darauf komme

24 BSG 28, 9/13.

25 BSG 33, 176.

es letztlich nicht an, weil die Streichung dieser Rechtsposition jedenfalls eine nach Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG zulässige Bestimmung von Inhalt und Schranken der als Eigentum in Betracht kommenden vermögensrechtlichen Position der weiblichen Versicherten aufgrund des Versicherungsverhältnisses sei. Die ursprünglich vorgesehene Beitragerstattung wegen Heirat sei ohnedies als eine Billigkeitsmaßnahme aufzufassen gewesen, um den weiblichen Versicherten das Gefühl zu ersparen, sie hätten ihre Beiträge ohne Gegenleistung erbracht. In dem neueren Urteil des 7. Senats vom 27. 1. 1977²⁶ ist die Verfassungsmäßigkeit des § 100 Abs. 2 AVG behandelt, wonach derjenige, der das 65. Lebensjahr vollendet, vom Beginn des folgenden Monats an keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat. Nach einem kurzen Hinweis auf die einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach es darauf ankommt, ob ein sozialversicherungsrechtlicher Anspruch ausschließlich auf staatlicher Gewährung oder auf eigenen Leistungen des Versicherten beruht, ist lapidar gesagt, daß die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld im Sinne dieser Rechtsprechung mit auf Leistungen des Versicherten beruhe. Unter Bezugnahme auf den vergleichbaren Fall BVerfGE 22, 241 wird die beanstandete Vorschrift als eine Inhaltsbestimmung des Eigentums angesehen; denn zu dem feststehenden Inhalt der Anwartschaft auf Arbeitslosengeld gehöre nicht, ob die Leistungsberechtigung im Falle der Arbeitslosigkeit vor, mit oder nach dem Erreichen der Altersgrenze ende. Diese Anwartschaft sei durch § 100 Abs. 2 AVG in zulässiger Weise modifiziert worden.

In einer Reihe von Entscheidungen gelangt das Gericht aufgrund seines Kriteriums des Eigentumsbegriffs zu dem Ergebnis, daß bestimmte Rechtspositionen nicht als eigentumsrechtlich geschützt anzusehen seien. In dem Urteil des 1. Senats vom 30. 8. 1966²⁷ war darüber zu entscheiden, ob der Kläger nach § 10 AVG a. F. und Art. 2 § 5 AnVNG berechtigt gewesen war, sich durch nachträglich entrichtete Beiträge freiwillig in der Angestelltenversicherung weiterzuversichern. Nach Auffassung des Senats verstieß es nicht gegen das Grundgesetz, daß ein Versicherter das ihm bis zum 31. 12. 1956 zustehende aber nicht genutzte Recht der Weiterversicherung auch durch die bis dahin zulässige Nachentrichtung freiwilliger Beiträge nicht mehr ausüben konnte. Die hier vorliegende Erschwerung der Weiterversicherung bedeute keine Enteignung, obwohl die Neuregelung der Weiterversicherung in eine Position eingegriffen habe, die für den Versicherten von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sein könnte. Nicht jede öffentlich-rechtliche wirtschaftlich belangvolle Position unterliege der Eigentumsgarantie. Derartige Vermögenspositionen seien,

26 Sozialrecht 4100 § 100 AVG Nr. 1.

27 BSG 25, 170.

wie unter Bezugnahme auf BSGE 5, 40 und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dargetan wird, nur dann als »Eigentum« anzuerkennen, wenn sie »Äquivalent und Ausdruck eigener Leistung« seien. Das aber sei bei der nichtverwirklichten Möglichkeit, sich freiwillig weiterzuversichern, nicht der Fall. Die folgenden Ausführungen²⁸ deuten allerdings eher darauf hin, daß die Entscheidung des Senats nicht auf dem mangelnden Eigentumsschutz überhaupt, sondern vielmehr darauf beruht, daß hier eine zulässige Inhaltsbestimmung des Eigentums vorliege. Denn der Senat beruft sich darauf, daß nicht das Recht zur Weiterversicherung, sondern das Versicherungsverhältnis insgesamt das Äquivalent für die erbrachte eigene Leistung des Versicherten sei, und daß die Möglichkeit, die Versicherung fortzuführen, nur einen Teilbereich von dem Versicherungsverhältnis bilde. Die Beeinträchtigung in diesem einen Teile stelle keine Enteignung dar, sondern eine neue inhaltliche Bestimmung des Versicherungsverhältnisses. Die Neuregelung stelle eine umgreifende Umgestaltung des Versicherungsverhältnisses dar, die es in seinem Inhalt verändere, aber nicht in seinem Kern angreife oder entwerte²⁹. Das Urteil des 9. Senats vom 12. 3. 1968³⁰ befaßte sich mit einem Umanerkennungsbescheid aufgrund der Einführung des BVG im Saarland und der damit verbundenen Umstellung der Versorgungsbezüge; in diesem Bescheid war die MdE des Klägers geringer als bisher festgesetzt worden. Der Senat hatte sich hier also mit dem Eigentumsschutz einer Rechtsposition aus dem Bereiche der Kriegsopferversorgung zu befassen. Bezugnehmend auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts meint der Senat, daß es sich bei dem Versuch des Staates, den Opfern allgemeiner Katastrophen, besonders den Opfern der Kriege zu helfen, um Maßnahmen besonderer Art handele, die sich zwar aus der Verpflichtung zu sozialer Aktivität ergäben, die aber nicht mit einem zivilrechtlichen Schadensersatz für weggenommenes Gut oder verschuldeten Körperschaden verglichen werden könnten. »Hiernach dürfte es trotz der durch den Krieg erlittenen Schädigung an dem in Art. 14 GG vorausgesetzten, dem Betroffenen zugemuteten »Sonderopfer« fehlen (vgl. BVerfGE 18, 339).« Der Se-

28 BSG 25, 170/173.

29 In dem Urteil vom 23. 5. 1967, BSG 26, 255/257 f, übernimmt der 11. Senat in einem ähnlichen Fall die Argumentation des 1. Senats. Die durch die Neuregelung erschwerte Erwerbsberechtigung beruhe auch insoweit, als sie von Vorleistungen des Versicherten abhängig gewesen sei, nicht auf eigener Leistung des Versicherten, sondern auf staatlicher Gewährung. »Äquivalent« der bis zu der Neuregelung wirksam geleisteten Beiträge sei damit nicht das Recht zur Weiterversicherung gewesen, sondern das Versicherungsverhältnis insgesamt, das durch die Neuregelung nur in seinem Inhalt verändert, aber nicht in seinem Kern angegriffen oder entwertet worden sei.

30 Sozialrecht Nr. 2 zu Art. I § 2 EGBVG Saar.

nat läßt es dann jedoch dahingestellt, ob die aus der Kriegsoferversorgung sich ergebenden Ansprüche schlechthin nicht unter die Eigentumsgarantie fallen könnten. Denn eine Verletzung der Eigentumsgarantie komme hier schon deswegen nicht in Betracht, weil dem Kläger die vermögensrechtliche Position, die er aufgrund der Anwendung des Saarländischen Rechts erlangt hätte, gar nicht genommen oder geschmälert werde; denn er erhalte einen gesetzlich geregelten Ausgleich, soweit der Gesamtbetrag der nach dem BVG zu zahlenden Versorgungsbezüge niedriger sei als der Gesamtbetrag, der bei Anwendung der Rechtsvorschriften des Saarlandes zu zahlen wäre.

Die Übersicht zeigt, daß das praktische Schwergewicht der Frage nach dem Eigentumsschutz sozialrechtlicher, insbesondere sozialversicherungsrechtlicher Rechte und Anwartschaften die durch eine verfassungsrechtliche Garantie dem Gesetzgeber gezogene Grenze ist. Art. 14 GG bedeutet »keine ›Zementierung‹ der bestehenden Sozialordnung, soweit darin ges. Leistungen normiert sind«³¹. Es kommt also vor allem darauf an, welchen Inhalt die Rechtspositionen haben, für den der Eigentumsschutz in Anspruch genommen wird, und in welchem Maße hier eine Sozialgebundenheit durch die Eigenart des Schutz- und Leistungssystems gegeben ist. Es wird noch dazulegen sein, auf welche Punkte die Praxis des BSG hierbei abstellt. Zuvor ist jedoch – im Sinne einer verfassungsrechtlichen Vorbereitung – zu betrachten, welche Ausgangspunkte dafür durch die verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie festgelegt sind. Die allgemeine Leitlinie dafür ist, daß die Variabilität der Rechte, die »Eigentum« im Sinne des Verfassungsrechtes sind, auch eine Variabilität dafür bedingt, von welcher Art die Vollmacht des Gesetzgebers ist, Inhalt und Schranken dieser Rechte zu bestimmen und die je spezifische Sozialgebundenheit dieser Rechte zur Geltung zu bringen.

3. EIGENTUM ALS TEILHABERECHT

Das anhaltende Interesse an dem Problem des Eigentumsschutzes öffentlich-rechtlicher Leistungsberechtigungen ist nur der Ausdruck dessen, daß hier eine Grundfrage in der juristischen Erfassung der Eigentumsordnung berührt ist. Solange die Eigentumsordnung dem Prinzip nach dem privatrechtlichen und privatwirtschaftlichen Rechtsverkehr zuzurechnen ist, also einer Ausgleichs- und nicht einer Zuteilungsordnung, ist es folgerichtig, unter eigentumsrechtlichem Blickwinkel einen Unterschied zwischen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen zu machen und für die Inanspruchnahme des verfassungsrechtlichen Eigentumsschutzes im Falle einer öffentlich-rechtlichen Rechts-

31 BSG, Urteil vom 12. 3. 1968, Sozialrecht EGBVG Saar Art. I § 2 Nr. 2 Ca 6.

position eine besondere Rechtfertigung zu verlangen. Die prinzipielle Zuordnung der verfassungsrechtlichen Eigentumsfrage zum Privatrecht ist auch der wesentliche sachliche Grund dafür, daß die wenigen einschlägigen Äußerungen der Weimarer Gerichtspraxis mit geringem argumentatorischem Aufwand den Standpunkt vertraten, daß unter die durch Art. 153 WeimRVerf geschützten Rechte nur solche fielen, die auf privatrechtlichen Titeln beruhten³². Nach dem Kriege hat ein vertieftes Verständnis der Grundrechte und eine material orientierte, erneuerte Betrachtung des Schutzzwecks der Eigentumsgarantie dazu geführt, die auf individueller Leistung beruhenden vermögenswerten Rechtspositionen öffentlichen Rechts als eigentumsähnlich anzuerkennen³³. Dieser Linie ist auch das Bundesverfassungsgericht für den Eigentumsschutz öffentlich-rechtlicher Rechtspositionen im allgemeinen und sozialversicherungsrechtlicher Rechte und Anwartschaften im besonderen gefolgt³⁴. Es hat den Schutz des Art. 14 GG für öffentlich-rechtliche Vermögenspositionen davon abhängig gemacht, daß sie »die konstituierenden Merkmale des Eigentumsbegriffes tragen«. Was der einzelne durch eigene Leistung erworben habe, sei in besonderem Sinne als sein Eigentum anzuerkennen und gegenüber Eingriffen als schutzwürdig anzusehen. Maßgeblich sei, wie weit sich eine Rechtsposition als Äquivalent eigener Leistung erweise oder – mit der Folge, daß die Eigentumsgarantie nicht eingreife – auf staatlicher Gewährung beruhe³⁵. Vor allem dann, wenn die vom öffentlichen Recht eingeräumte Rechtsstellung auf eine eigene Leistung zurückzuführen sei, weise ein subjektiv öffentliches Recht eine eigentumsähnliche Verfestigung der Art auf, daß es nach seiner gesamten rechtlichen Ausgestaltung und nach dem rechtsstaatlichen Gehalt des Grundgesetzes als ausgeschlossen erscheinen müsse, daß der Staat dieses Recht ersatzlos entziehen könne³⁶. Art. 14 GG schützt danach neben jedweder im Privatrecht wurzelnder geldwerter und fungibler Rechtsposition auch jede geldwerte im öffentlichen Recht wurzeln-

32 Die beiden etwas ausführlicher begründeten Entscheidungen PrOVGE 81, 181/201 und RGZ 129, 246/250 f hatten überdies die besonders gelagerte Frage der Schulbau- und Schulunterhaltungslast zum Gegenstand. RGZ 139, 177/182 nimmt nur auf RGZ 129, 246 Bezug. In RG JW 1929, 2331 heißt es ohne weitere Erörterung, daß sich Art. 153 WeimRVerf nur auf Privatrechte beziehe.

33 E. Forsthoff, Eigentumsschutz öffentlich-rechtlicher Rechtsstellungen, NJW 1955, 1249; G. Dürig, Der Staat und die vermögenswerten öffentlich-rechtlichen Berechtigungen seiner Bürger, in: Festschrift für Willibald Apelt, 1958, S. 13; W. Weber, Eigentum und Enteignung, S. 353 f; ders.; Öffentlichrechtliche Rechtsstellungen.

34 Vgl. W. Rüfner, Das Sozialrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (II), VSSR 1974, S. 68/91 f; K. Hesse, Grundzüge, S. 182.

35 BVerfGE 2, 380/399 ff; 11, 221/226; 14, 288/293 f.

36 BVerfGE 45, 142/170. Siehe auch zu dieser Entscheidung die Abweichende Meinung von Geiger S. 182 ff.

de Rechtsposition, die mit einer der von Art. 14 GG geschützten privatrechtlichen Rechtspositionen vergleichbar ist³⁷. In dem auf Verfassungsbeschwerden gegen Urteile des BSG vom 30. 8. 1973 ergangenen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 9. 6. 1975, betreffend den Krankenversicherungsschutz für solche Ehegatten von Knappschaftsrentnern, die selbst eine Rente aus der Arbeiterrenten- oder Angestelltenversicherung beziehen (FinÄndG 1967), wird in Betracht gezogen, daß eine Fortentwicklung der bisherigen Rechtsprechung des Gerichts dazu führen könnte, auch die Umgestaltung sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche der in Rede stehenden Art an Art. 14 GG zu messen³⁸. »Dafür würde sprechen, daß die Eigentumsgarantie in ihrer freiheitsverbürgenden Funktion darauf zielt, dem Einzelnen die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu gewährleisten (BVerfGE 24, 367/389; 31, 229/239), daß in der modernen industriellen Dienstleistungsgesellschaft die große Mehrzahl der Staatsbürger ihre wirtschaftliche Existenzsicherung weniger durch privates Sachvermögen, sondern durch den Arbeitsertrag und die daran anknüpfende solidarisch getragene Daseinsvorsorge erlangt und daß gerade diese Daseinsvorsorge historisch von jeher eng mit dem Eigentumsgedanken verbunden war.« Die Frage wird dann aber offen gelassen, da die Verfassungsbeschwerden bereits aus anderen Gründen erfolgreich waren. In dem Normenkontrollbeschluß vom 12. 5. 1976 zu § 117 Abs. 2 AFG wird, ohne abschließende Beurteilung, auf diese Erwägungen noch einmal im Hinblick darauf Bezug genommen, daß dem Arbeitnehmer aufgrund seiner Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit ein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf die Zahlung von Arbeitslosengeld zustehe³⁹.

Gegenüber dieser Auslegung des Art. 14 GG ist kritisch vermerkt worden, daß für den Eigentumsschutz nicht die eigene Leistung ausschlaggebend sei, sondern daß »die Rechtsstellung als solche« geschützt werde. Nicht private Vermögensrechte, sondern Vermögensrechte Privater seien gewährleistet⁴⁰. Hierzu wird zu bedenken sein, daß vermögenswerte Rechte privaten Rechts zwar ohne Rücksicht auf ihren Erwerbsgrund geschützt sind, daß daraus aber noch nicht folgt, daß auch bei öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen von der Art des Erwerbsgrundes abgesehen werden kann. Denn auch das Grundgesetz geht davon aus, daß die Eigentumsordnung prinzipiell privatrechtlich und privatautonom bestimmt ist. Dementsprechend bedarf es bei öffentlich-rechtlichen

37 Geiger, Abweichende Meinung, S. 183.

38 Hierzu wird auf die abweichende Meinung Rupp-v. Brünneck, BVerfGE 32, 129/142 Bezug genommen.

39 BVerfGE 42, 176/190 f.

40 Maunz/Dürig, Grundgesetz, 1969, Art. 14, Rndr. 37; G. Wannagat, S. 176 f.

Rechtspositionen eines Kriteriums, das die Eigentumsähnlichkeit begründet. Die »Rechtsstellung als solche« darf also nicht eine Sache der reinen staatlichen Zuteilung sein.

»Daß die Rentenansprüche der Sozialversicherung Eigentum i. S. der Verfassung sind, wird heute ernsthaft kaum noch angezweifelt«⁴¹. Dieser Satz Dürigs mutet angesichts der in neuerer Zeit von Harald Bogs und Papier vorgebrachten grundsätzlichen Einwänden etwas voreilig an. Soweit diese Einwände allerdings darauf gestützt werden, daß es an einem hinreichenden Äquivalenzverhältnis zwischen der Mittelaufbringung und der Leistungsausstattung fehle, muß den Kritikern entgegengehalten werden, daß für die Frage des Eigentumsschutzes die Eigenart der hier zu schützenden Rechte nicht beiseite bleiben darf, eine Eigenart, die von der Ausgestaltung der Sozialversicherung mit dynamischer Rente und sozialem Ausgleich bestimmt wird⁴². Zacher sieht zwar auch sozialversicherungsrechtliche Rechtspositionen »im Sinnbereich von Freiheit und Eigentum« und hält es für lohnend, darüber nachzudenken, »inwieweit die gebotene Verlässlichkeit des Generationenvertrages auch mit der institutionellen Garantie von Eigentum zu tun hat – etwa in dem Sinne, daß der, der wesentlich in ihn eingezahlt hat, eine Subjektstellung, als Berechtigung dem Grunde nach, in ihm erlangt«. Dennoch hält er es »für gefährlich«, Ansprüche, deren Bestand und Höhe von stets neuen Entscheidungen über die Verwendung des Volkseinkommens abhingen und die auch inhaltlich vom Eigentum verschieden seien, »zum Eigentum zu erklären«⁴³.

Die Anforderungen, daß öffentlich-rechtliche Schutz- und Leistungsrechte individualisiert sein müssen, sei es durch eigene Leistung, sei es durch den Inhalt der zugewiesenen Rechtsstellung⁴⁴, rechtfertigt und begrenzt die Erstreckung des verfassungsrechtlichen Eigentumsschutzes. Die sozialversicherungsrechtlichen Eigentumssurrogate dienen nicht nur im allgemeinen und öffentlichen Interesse der Hebung materieller Not oder spezialisierter Hilfsbedürftigkeit, sondern geben dem Berechtigten nach ihrer inhaltlichen Ausgestaltung eine individualisierte Daseinssicherung, die unter den Bedingungen der entwickelten Industriegesellschaft und des Sozialstaates eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung ermöglichen soll⁴⁵. Der Rechtsgrund dieser Anwartschaften und Rechte ist die

41 G. Dürig, S. 44.

42 H. Rohwer-Kahlmann, Zum Eigentumsschutz sozialrechtlicher Positionen, SGB 1975, 161; G. Wannagat, S. 180 ff.

43 H. F. Zacher, Gleiche Sicherung von Mann und Frau – Zur gesellschaftspolitischen Relevanz der Rentenversicherung, Dt. Rentenvers. 1977, S. 197/215 ff.

44 W. Bogs, Einwirkung, S. 55; ders., Bestandsschutz, S. 17 ff; M. Dietlein, Grundrechtlicher Eigentumsschutz und soziale Sicherung, ZSR 1975, S. 129/141 ff; H. Rohwer-Kahlmann, S. 162; W. Weber, Eigentum und Enteignung, S. 354.

45 BVerfGE 40, 65/84.

Erbringung von Arbeit, insbesondere die Erbringung abhängiger Arbeit, die sozialversicherungsrechtlichen Rechtstitel sind von Arbeitsverhältnissen oder einem bestimmten Arbeitsertrag abgeleitet⁴⁶. Die Lohnarbeit ist Grundlage der erworbenen Rechtspositionen auch insoweit, als der Versicherungsschutz auf Leistungen des Arbeitgebers beruht⁴⁷. Dieser rechtliche Zusammenhang wird auch durch die Dynamisierung der Rentenleistungen nicht zerschnitten, denn die dynamische Rente sichert den »Lohnwert« der von den Versicherten während ihres Arbeitslebens entrichteten Beiträge⁴⁸. Der Umstand, daß der Staat durch ein öffentlich-rechtliches Schutz- und Leistungssystem die durch Arbeit angestrebte Daseinsvorsorge veranstaltet, organisiert und garantiert, ist allerdings für Inhalt und Plastizität der »erdienten« Rechtspositionen von maßgeblicher Bedeutung. In dieser durchaus substantiellen Hinsicht bleibt der Unterschied zum privatrechtlichen Eigentum bestehen, trotz aller öffentlich-rechtlichen Bindungen einzelner Eigentumsgattungen, trotz der Relativität geldwerter Titel gegenüber dem Währungsverfall und trotz der Schwäche der Vermögen und der vermögenswerten Rechte gegenüber dem Steuerzugriff.

Zu Recht ist hervorgehoben worden, daß die Einbeziehung öffentlich-rechtlicher Schutz- und Leistungsrechte in den Schutz der Eigentumsgarantie mit der Deutung dieses Grundrechtes als bloßes Abwehrrecht nicht in Einklang gebracht werden kann. Der Berechtigte wendet sich an den Staat als Leistungsträger, nicht gegen den Staat als Subjekt eingreifender Hoheitsgewalt⁴⁹. Die Eigentumsgarantie gewinnt hier eine Dimension der Teilhabe an einem öffentlich-rechtlich geordneten Schutz- und Leistungssystem; sie wirkt nicht nur als Schranke der politischen Gestaltung, sondern als Auftrag und Richtlinie im Hinblick auf die Daseinssicherung und Daseinsgestaltung⁵⁰. Die Eigentumssurrogate werden als Teilhabeberechtigungen garantiert und dies bestimmt Eigenart und Maß ihrer Gewährleistung durch das Eigentums-Grundrecht. Der Dogmatik von Teilhaberechten entsprechend, wird nicht wie bei den vermögenswerten Rechten des Privatrechts schlechterdings Bestandsschutz zugesichert. Die wesentlichen Maßstäbe sind vielmehr Vertrauensschutz und Gleichheit. Das für die Eigentumsgarantie kennzeichnende Schutzziel bleibt aber erhalten, nämlich das durch Ausbildung und persönliche Leistung Erreichte und den darin erlangten Besitzstand der sozialen Stellung zu respektieren und ihnen in der

46 G. Dürig, S. 17, 43; G. Wannagat, S. 178.

47 W. Bogs, Einwirkung, S. 56.

48 W. Bogs, Bestandsschutz, S. 22.

49 H.-J. Papier, S. 38.

50 P. Badura, Das Prinzip der sozialen Grundrechte und seine Verwirklichung im Recht der Bundesrepublik Deutschland, Staat 14, 1975, S. 17/41 f.; H. F. Zacherl/F. Ruland, S. 442.

Zuteilung von Versicherungs- und Versorgungsleistungen Anerkennung zu verschaffen. »Von Eigentumsschutz hinsichtlich der Ansprüche in der Sozialversicherung kann und muß so lange die Rede sein, wie die Sozialversicherung auf der individuellen Selbstbeteiligung und Mitverantwortung der Versicherten für ihre Lebensvorsorge beruht und außerdem die Leistungen der Sozialversicherung an Maßstäbe des von den Versicherten beruflich Geleisteten und Erreichten anknüpfen«⁵¹. Diese grundrechtliche Verankerung der Sozialversicherung in »Freiheit und Eigentum« charakterisiert die für Gesellschafts- und Verfassungsordnung wesensbestimmende Grenze zu einer grundsätzlich vergesellschafteten Existenzvorsorge durch eine Zuteilungsordnung kraft politischer Entscheidungen.

4. INHALTSBESTIMMUNG UND SOZIALGEBUNDENHEIT DER RECHTSPOSITIONEN IM LEISTUNGSSYSTEM DER SOZIALVERSICHERUNG NACH DER PRAXIS DES BSG

Die Reichweite des Eigentumsschutzes sozialversicherungsrechtlicher Rechtspositionen hängt zunächst davon ab, welchen Inhalt das geschützte Recht hat. Wenn das Recht aber »Eigentum« ist und wenn es durch den Gesetzgeber eingeschränkt oder beseitigt wird, bedarf dieser Eingriff einer Rechtfertigung, die dem Art. 14 GG standhält. Zu dieser Frage findet sich in dem Urteil des 1. Senats vom 11. 11. 1971, betreffend die Beseitigung der Anwartschaft auf Beitragserstattung wegen Heirat durch das Finanzänderungsgesetz 1967, eine mißverständliche Passage⁵². Der Senat legt dar, daß es nicht entschieden zu werden brauche, ob die durch die gesetzliche Neuregelung betroffene bloße Anwartschaft auf Beitragserstattung im Falle der Heirat selbst als eine vermögenswerte Rechtsposition angesehen werden könne, die des Eigentumsschutzes gem. Art. 14 GG fähig sei. Der Gesetzgeber habe nicht in die Rechtsstellung der weiblichen Versicherten als Anwartschaftsberechtigte – das Recht auf Beitragserstattung wegen Heirat zu erwerben – »eingegriffen, sondern diese Rechtsstellung selbst beseitigt«. Jede Vermögensposition könne des Eigentumsschutzes nur so weit teilhaftig werden, als es dem Inhalt dieser Vermögensposition entspreche. Die bloße Anwartschaft auf Beitragserstattung wegen Heirat verleihe nur die Rechtsposition, den Anspruch auf Beitragserstattung erwerben zu können. »Diese Rechtsposition besagt aber nichts darüber, ob die Anwartschaft selbst entzogen werden darf oder weiter gewährt werden muß. Sie verleiht insbesondere nicht den Anspruch auf unverändertes Fortbestehen der An-

51 W. Weber, Eigentumsgarantie, S. 291, 296. – Die verfassungsrechtlichen Schranken einer Expansion der Sozialversicherung zu Lasten der privaten Versicherer behandelt W. Leisner, Sozialversicherung und Privatversicherung, 1974.

52 BSG 33, 177/179 f.

wirtschaft.« Soweit diese Ausführungen des Senats lediglich erweisen sollten, daß die Anwartschaft auf Beitragserstattung nicht auch schon das Recht auf die Beitragserstattung selbst einschließt, ist dagegen nichts zu sagen. Das Gesetz hat aber nicht den Anspruch auf Beitragserstattung, sondern die Anwartschaft auf diesen Anspruch beseitigt. Da die Anwartschaft selbst ein Recht ist, ist also eine Rechtsposition verlorengegangen. Sollte die Anwartschaft eigentumsrechtlich geschützt sein, ist damit auch ein Recht auf unverändertes Fortbestehen der Anwartschaft gegeben, vorbehaltlich einer verfassungsrechtlich gerechtfertigten Beschränkung oder Entziehung dieses Rechts. Die anschließenden Darlegungen des Senats zeigen dann allerdings, daß mit dem Hinweis auf den Inhalt der Anwartschaft nur dargetan werden soll, daß die Anwartschaft nicht isoliert beurteilt werden dürfe, sondern von dem gesamten Versicherungsverhältnis aus, in dessen Rahmen die Anwartschaft auf Beitragserstattung nur eine Regelleistung unter anderen gebildet hatte.

Eine die Auslegungspraxis zu Art. 14 GG beherrschende Frage ist es, ob eine bestimmte gesetzliche Regelung gegenüber einem betroffenen vermögenswerten Recht eine entschädigungslos zulässige Inhaltsbestimmung und Schrankenziehung, gegebenenfalls Geltendmachung der Sozialgebundenheit dieses Rechts, darstellt, oder ob ein enteignender oder enteignungsgleicher Eingriff bewirkt wird. Mit der Anerkennung des Eigentumsschutzes für sozialversicherungsrechtliche Rechte und Anwartschaften entsteht die Notwendigkeit, diese Abgrenzung auch für sozialversicherungsrechtliche Gesetze zu gewinnen. In dem Urteil des 6. Senats vom 19. 3. 1957, in dem für das durch Zulassung begründete Recht auf Ausübung der Kassenpraxis der Eigentumsschutz bejaht worden war, bekennt sich das BSG zu der von Werner Weber, Ernst Forsthoff und Ernst Rudolf Huber vertretenen »Zweckentfremdungstheorie«⁵³. Es gehöre zu der in Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG statuierten Eigentumsbindung, »das Eigentum zugleich mit dieser Begrenzung zu entfalten und damit seiner funktionsgerechten Verwendung zuzuführen«. Die Enteignung sei demgegenüber dadurch charakterisiert, daß die eigentliche Zweckbestimmung des »Eigentums« in der konkreten Gestalt, um die es sich jeweils handle, »wesensmäßig fremden Zwecken aufgecopfert wird«. »Der Schutzbereich des »Eigentums« im Sinne des Art. 14 GG wird somit wesentlich durch seine Zweckbestimmung festgelegt.« Mit diesem Kriterium findet das BSG – hier für das Kassenarztrecht – ein überzeugendes Richtmaß dafür, welchen Gewährleistungsgehalt die Eigentumsgarantie für sozialversicherungsrechtliche Rechte und Anwartschaften schafft. Denn die Zweckbestimmung dieser Rechtspositionen wird durch die Prinzipien und Funktionsbedingungen der Sozialversicherung festgelegt. Damit

53 BSG 5, 40/45, Ebenso W. Bogs, Bestandsschutz, S. 21.

entfällt auch die Befürchtung, daß durch einen Eigentumsschutz sozialversicherungsrechtlicher Rechtspositionen die Schutz- und Leistungsgrundsätze der Sozialversicherung durchbrochen werden könnten.

In der Sozialversicherung herrscht der Grundsatz des sozialen Ausgleichs, nicht jener der Abgeltung eines individuellen Vorteils; es ist nicht in erster Linie die Aufgabe der Sozialversicherung, »prämiengerechte« Leistungen – wie etwa die private Individualversicherung – zu erbringen⁵⁴. Der Eigentumsschutz für Sozialrenten und Anwartschaften bezieht sich nicht darauf, daß eine bestimmte Art der Rentenberechnung beibehalten wird; der Grundsatz der absoluten Beitragsgerechtigkeit ist dem Sozialversicherungsrecht fremd⁵⁵. Das sozialversicherungsrechtliche Versicherungsprinzip setzt für die Leistungen aus der Rentenversicherung nicht ein striktes Gleichgewicht mit der vorherigen Beitragsleistung voraus⁵⁶. In das System des sozialen Ausgleichs fügt sich auch die Dynamisierung der Renten ein. Denn es ermöglicht es, im Sinne der »Solidarhaftung der Generationen«⁵⁷ den Währungsverfall aufzufangen und angemessene Renten zu zahlen⁵⁸. Überhaupt unterliegen die auf Dauer angelegten Versicherungsverhältnisse der »Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung«, die ein starres Festhalten an den jeweils durch Gesetz oder Satzung festgelegten Beiträgen und Leistungen nicht zuläßt⁵⁹. »Es versteht sich von selbst, daß gerade das in der gesetzlichen Rentenversicherung begründete Versicherungsverhältnis mit den darauf begründeten Rechten und Pflichten zur sozialen Sicherstellung des Versicherten als eigentumsähnliche Rechtsposition in besonderem Maße der Sozialgebundenheit unterliegt und daß es deshalb dem Gesetzgeber nicht verwehrt sein kann, seinen Inhalt der Fortentwicklung der gesellschaftspolitischen Anschauungen, insbesondere den Erfahrungen und neueren Erkenntnissen über die soziale Schutzbedürftigkeit der Bürger anzupassen«⁶⁰. Die

54 1. Senat, Urteil vom 20. 12. 1960, BSG 13, 247/250; 7. Senat, Urteil vom 24. 11. 1964, Soz. Entsch. BSG X/H c 6 § 2 GAL Nr. 1.

55 1. Senat, Urteil vom 30. 4. 1971, Sozialrecht Nr. 1 zu § 1260a RVO.

56 11. Senat, Urteil vom 15. 12. 1977, Az. 11 RA 74/77.

57 J. Schneider, Verhandlungen des 43. DJT, 1960, Bd. II, G. 95.

58 BSG 13, 247/250.

59 3. Senat, Urteil vom 28. 8. 1961, BSG 15, 71/75 unter Hinweis auf BVerfGE 11, 221/226 ff.

60 BSG 33, 177/180. Der Senat legt dann in diesem Urteil zur Rechtfertigung der Beseitigung der Anwartschaft auf Beitragserstattung wegen Heirat dar, daß die mit der Beitragserstattung verbundene nachteilige Rechtsfolge der Auflösung des bestehenden Versicherungsverhältnisses nach den neuzeitlichen gesellschaftspolitischen Anschauungen mit dem Bedürfnis eines ausreichenden Schutzes der berufstätigen Frau in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr zu vereinbaren sei. Die Aufhebung des § 83 AVG a. F. sei nur zu dem Zweck erfolgt, den be-

Beeinträchtigung einer Rechtsposition, die aus einer gesetzlichen Umgestaltung der sich aus dem Versicherungsverhältnis ergebenden rechtlichen Möglichkeiten hervorgeht, ist grundsätzlich keine Enteignung. Der Gesetzgeber kann zu einer neuen inhaltlichen Bestimmung des Versicherungsverhältnisses schreiten und auch eine umgreifende Umgestaltung des Versicherungsverhältnisses bewirken, sofern dieses dadurch nicht in seinem Kern angegriffen oder entwertet wird⁶¹. Die rechtliche Ausgestaltung von Ansprüchen im einzelnen untersteht dem Eigentumsschutz nicht. Der Gesetzgeber kann einen Anspruch durch einen anderen Anspruch ersetzen, sofern der neue Anspruch zu einem »wirtschaftlichen im wesentlichen gleichen Ergebnis führt«, wenn der eine Anspruch dem anderen wirtschaftlich, »jedenfalls aber in seiner sozialen Funktion«, gleichwertig ist. Es findet hier nur ein »Austausch zweier in ihrer sozialen Schutzfunktion gleichwertiger Leistungen« statt⁶².

Die eigentumsrechtliche Beurteilung der Beschneidung oder sonstigen Veränderung einer sozialversicherungsrechtlichen Rechtsposition und auch umgreifender Umgestaltungen der Versicherungsverhältnisse im ganzen muß sich an einer Gesamtwürdigung ausrichten. Diese Maxime spielt nicht zuletzt dort eine Rolle, wo die rechtliche Konstruktion des Versicherungsschutzes verändert wird, wo einzelne Positionen im Rahmen einer Neugestaltung des Versicherungsschutzes verlorengehen und wo eine gegenseitige Anrechnung unterschiedlicher Versicherungs- und Versorgungsleistungen angeordnet wird. In der Leitentscheidung des 3. Senats vom 29. 1. 1959⁶³ wurde eine Verletzung der Eigentumsgarantie für den Fall verneint, daß aufgrund von aufeinander abgestimmten Rechtsnormen eine Versichertenrente, die nur unter Berücksichtigung von Beamtendienstzeiten bewilligt worden war, entzogen, dafür aber eine beamtenrechtliche Versorgung gewährt wurde. Die Frage, was »Eigentum« im Sinne des Art. 14 GG in der Hand des Berechtigten sei, könne bei einer derart auf-

rufstätigen Frauen den einmal aufgebauten Versicherungsschutz zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen Versicherungsschutz weiter auszubauen.

61 4. Senat, Urteil vom 23. 3. 1961, BSG 14, 133/137, betreffend die Beschränkung des Weiterversicherungsrechts durch § 1233 Abs. 1 RVO i. d. F. des ArVNG vom 23. 2. 1957; 1. Senat, Urteil vom 30. 8. 1966, BSG 25, 170/173.

62 3. Senat, Urteile vom 11. 11. 1975, Az. 3 RK 61/74, BSGE 41, 13/14, und 3 RK 82/74, Sozialrecht 2200 § 381 RVO Nr. 6. Die Entscheidungen betreffen eine gesetzliche Regelung, durch welche der Anspruch auf den Beitragszuschuß nach § 381 Abs. 4 RVO durch den Anspruch auf einen Arbeitgeberzuschuß nach § 405 RVO ersetzt worden war. – Vgl. auch das Urteil des 1. Senats vom 30. 4. 1971, Sozialrecht § 1260a RVO Nr. 1, wonach die durch § 37a AVG i. d. F. des RVAndG vom 9. 6. 1965 eingeführte Bewertung der während einer anzurechnenden Ausfallzeit entrichteten Beiträge mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

63 BSG 9, 127.

einander bezogenen Abhängigkeit zweier Rechtspositionen nur durch eine beide Berechtigungen umfassende Gesamtwürdigung beantwortet werden. »Bleibt das wirtschaftliche Gesamtergebnis trotz Veränderungen des rechtlichen Erscheinungsbildes das gleiche, so entfällt damit eine wesentliche Voraussetzung für die Anwendung des Art. 14 GG.« Der Kläger mußte es also hinnehmen, daß eine als Teil der ihm zustehenden Gesamtversorgung zugebilligte Rentenberechtigung wegfiel, dafür aber eine Auffüllung der Versorgungsbezüge erfolgte⁶⁴. Bei der Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes dürfen nicht einzelne Regelungen losgelöst von ihrem Zusammenhang für sich betrachtet werden; innerhalb des komplizierten Sozialversicherungsrechts müssen einzelne versicherungsrechtliche Positionen im Hinblick auf ihre verwandte Zweckbestimmung angleichbar und austauschbar sein⁶⁵. Es kann deshalb auch einen eigentumsrechtlichen Anspruch auf öffentlich-rechtliche Doppelversorgung nicht geben⁶⁶. Diesen Beispielen und Gesichtspunkten kann entnommen werden, daß es dem BSG in seiner bisherigen Praxis gelungen ist, dem spezifischen Inhalt und den spezifischen Schranken des »Eigentums« in Gestalt sozialversicherungsrechtlicher Rechte und Anwartschaften gerecht zu werden.

5. SOLIDARITÄT UND GARANTIE

Das Recht der sozialen Sicherheit tritt mit seiner steuerstaatlichen Seite dem privaten Eigentum als Gegenspieler gegenüber. In dem übergreifenden Zusammenhang des Sozialstaates hingegen erweist es sich als ein Bestandteil der Eigentumsordnung. Die Grundlinien des Sozialrechtes haben einen staats- und verfassungsgestaltenden Rang, auch wenn das juristisch noch nicht in festen dogmatischen Figuren vor Augen steht. Das gilt zuerst für die Rentenversiche-

64 Siehe hierzu auch 1. Senat, Urteil vom 8. 5. 1956, BSG 3, 77/81 f.

65 3. Senat, Urteil vom 18. 3. 1966, BSG 24, 285/289, betreffend § 183 RVO i. d. F. des Leistungsverbesserungsgesetzes vom 12. 7. 1961. – Vgl. auch die mehrfach erwähnte Entscheidung BSG 33, 177, wo der Wegfall der Beitragserstattung wegen Heirat angesichts des Gesamtzuschnittes des Versicherungsschutzes für zulässig erklärt wurde.

66 Der 7. Senat hat sich in dem Urteil vom 11. 2. 1976, BSG 41, 177, im Anschluß an BVerfGE 31, 185 dahin ausgesprochen, daß ein Verstoß gegen Art. 14 GG nicht dadurch bewirkt werde, daß das einem Berufssoldaten wegen Vollendung des 52. Lebensjahres zuerkannte Ruhegehalt zu den ähnlichen Bezügen öffentlich-rechtlicher Art i. S. d. § 118 Nr. 4 AFG gehört und das Ruhen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld bewirkt. Eine doppelte Sicherung des Lebensunterhalts durch öffentlich-rechtliche Träger müsse nicht nur als unzweckmäßig, sondern innerhalb eines Gesamtsystems der sozialen Sicherheit sogar als systemwidrig empfunden werden.

rung, die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Die hier zutage tretenden Vorkehrungen öffentlich-rechtlicher Garantie und Zuteilung sind in ähnlicher Weise staatsgestaltend wie die im Privatrecht wurzelnde Eigentumsverfassung. Die individuelle Daseinssicherung beruht für fast alle in wesentlicher Hinsicht auf öffentlich-rechtlich geordneten und zugewiesenen Titeln und damit – in gewissen verfassungsrechtlichen Grenzen – auf den Entscheidungen und Kompromissen der Parteien und Verbände. Der daraus resultierende und den Fortgang der gesellschaftlichen Zustände und Anschauungen widerspiegelnde Aggregatzustand der Leistungsrechte, im besonderen die »Dynamik« des Sozialrechts, relativieren die Verlässlichkeit sozialrechtlicher Besitzstände. Durch den »Umlauf« von »Erfüllung, Enttäuschung und Hoffnung« soll nicht zuletzt auch soziale Befriedung angestrebt und erreicht werden⁶⁷.

Die staatsgestaltenden Grundpfeiler des Sozialrechts verbergen sich hinter dem vieldeutigen Sozialstaatsatz und einigen an sich auf andere Freiheiten gemünzten Grundrechten. Die verschwiegenen Verfassungsartikel des Sozialrechts sehen wie Schlagworte aus – aber so haben zunächst auch die Programme und Forderungen des alten Verfassungsstaates ausgesehen. Zu den Verfassungsartikeln des wohlfahrtsstaatlichen Sozialrechts gehören der Generationenvertrag, die lohnbezogene dynamische Rente, das Wirtschaftswachstum und die Umverteilung. Die Finanzierung der Renten aus den Beiträgen der Erwerbstätigen bringt die Rentenversicherung in Abhängigkeit von der Lohnentwicklung und damit auch von der Tarifautonomie. Dies beteiligt die Renten am Wirtschaftswachstum und sichert sie andererseits auch gegen den Währungsverfall (§§ 1255, 1272 RVO)⁶⁸. Die Vorschriften über die Rentendynamik und deren Finanzierung lassen sich als eine Art Plangesetzgebung begreifen. Eine verfassungsrechtliche Hauptfrage muß dann die rechtsstaatliche Bindung der »gesetzlichen Vorausplanung der Rentenanpassung« sein⁶⁹. »Je stärker die soziale Sicherung in die Verantwortung des umverteilenden Sozialstaates geht, um so mehr vermag ihre Einbeziehung in den Schutzbereich des Art. 14 GG dessen Stoßkraft zu mindern, weil ihm die Aufgabe zuwächst, Eingriffe des Staates in die von ihm selbst gewährten Vermögenspositionen abzuwehren«⁷⁰. Durch die eigentumsrechtliche Einordnung der Schutz- und Leistungsrechte läßt sich auch die relative »Verselbständigung des Umverteilungsprozesses«, des politischen Prozesses der Mittelaufbringung und Mittelverfügung, gegenüber dem

67 H. F. Zacher, Das Sozialrecht im Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft, Vortrag vor dem Landeskuratorium Bayern im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 22. 6. 1978.

68 H.-J. Papier, S. 57, 59 ff.; H. F. Zacher/F. Ruland, S. 442.

69 W. Bogs, Bestandsschutz, S. 23 f.

70 M. Dietlein, S. 139.

allgemeinen finanzwirtschaftlichen Prozeß sichern⁷¹. Die wesentliche Garantie der Renten liegt nicht nur in dem abwehrenden Schutz gegen Beschneidung und Entziehung, sondern vor allem auch in der durch die Dynamisierung der Rente erreichten Gewährleistung von materieller Substanz und Beteiligung am Wirtschaftswachstum. Als Direktive für die dynamische Renten Anpassung kann die Eigentumsgarantie nur in Gestalt eines Teilhaberechtes zur Geltung kommen⁷². Hierin liegt die Schwäche und die Stärke des Eigentumsschutzes sozialversicherungsrechtlicher Rechtspositionen begründet.

71 *H. F. Zacher*, Gleiche Sicherung von Mann und Frau, S. 216.

72 Hierin zeigt sich, daß *E. Forsthoff*, S. 1250, die Grundlinie des sozialen Rechtsstaates nicht zutreffend beschreibt, wenn er sagt, daß diese in der strengen Bindung des Staates an die Verteilung des Volksvermögens bei unbeschränkter Möglichkeit des Zugriffs auf das Sozialprodukt bestünde.

Sachregister

A

Abänderungsklage

Maßgeblichkeit eines Vergleichs für die
Unterhaltspflicht bei möglicher — 489

Abbruch

wichtiger Grund für den — einer Maß-
nahme der beruflichen Bildung 378

Abendgymnasium

Verfügbarkeit bei Besuch eines — 380

Abfindung

bei Nichtigerklärung der Zweitehe
keine — bei Drittehe 490

Abgrenzung

soziale Sicherheit und öffentliche Für-
sorge 974

Abhängige Beschäftigung

Abgrenzung zum Arbeitnehmer-
begriff 522f
familienhafte Mitarbeit 526f

Abhängigkeitsverhältnis

in der Unfallversicherung 254f

Abkommen

Auslegung von — 959f
Zusammentreffen mehrerer — 952f
zwischenstaatliche — 958ff

Abstimmung

Festsetzung von Ordnungsgeld gegen
ehrenamtliche Richter bei Verweigerung
der — 908

Adäquanztheorie

Begriff der wesentlichen Mitverursa-
chung und — 504
Unterschiede zwischen Kausalitätslehre
des Unfallversicherungsrechts
und — 505

Alimentationstheorie

Unterhaltszuschuß 589

Alkoholgenuß

Auswirkung von — auf Kausali-
tät 406
und Kriegsoferversorgung 406
Unfallversicherung und — 261f, 502

Allgemeinbildende

Studienveranstaltungen

Verhältnis der beruflichen Bildung zur
Ausbildung an — 368

Allgemeines Persönlichkeitsrecht 701, 704ff, 713

Meistersöhne 526f
Elfes-Urteil 707, 711, 713
Niederlassung als Arzt 708f
Zwangsmitgliedschaft 710f

Altersgrenzen

im Kindergeldrecht 466ff

Altersruhegeld

vorgezogenes — für arbeitslosen Wan-
derarbeitnehmer 990ff

Amtliche Begründung

als Auslegungskriterium 1021

Amtsenthörung

Verfahren der — eines ehrenamtlichen
Richters 909

Amtsermittlung

im Verwaltungsverfahren 918ff

Amtsermittlungspflicht 556

Verfahrensmangel (§ 160 Abs 2 Nr.
3 SGG) bei Verstoß gegen — 826f

Amtshaftungsanspruch 566f

Herstellungsanspruch und — 313, 314
Rechtsweg 154
Stützung eines — auf Art der Auf-
sicht 206

Amtshilfe

im Rahmen behördlicher Befug-
nisse 928

Analogie

Analogieschlüsse der Rechtsprechung
und Einwirkung auf den Gesetz-
geber 84
Umkehrschluß und — 1069

Analogieverbot

Gesetzesvorbehalt und — 1080ff

Änderung

der Rechtslage 570f
von Tatsachen 570
der Verhältnisse hinsichtlich praktisch
verschlossenen Arbeitsmarkts 291

Anerkanntes Leiden

keine Vermutung des Zusammenhangs
zwischen Tod und — in der KOV 500

Anerkennung

von Versicherungszeiten durch franzö-
sischen Versicherungsträger 981

Anfechtung

der Entscheidungen der Oberversiche-
rungsämter im Beschlußverfahren vor
den Verwaltungsgerichten 33

Anfechtungsklage

gegen aufsichtsbehördliche Mitwirkung
keine — 204

Angestellte

Abgrenzung zu Arbeitern 527f

Angestelltenversicherung 9

Anhörung

des Ausschusses der Sozialrichter 907,
908

Anknüpfung

Beschäftigungsverhältnis 947ff
Bestimmung der anwendbaren Rechts-
ordnung 947ff
Betrieb und seine Ein- und Austrah-
lung 953f
Staatsangehörigkeit 952
unechte Unfallversicherung 952f
Wohnsitz 951ff

Anknüpfungspunkt

Sitz des Versicherungsträgers als — 950

Ankündigung

Verwaltungsakt und — aufsichtsbe-
hördlichen Einschreitens 204

Anlagebedingtes Leiden

Mitverursachung durch nationalsoziali-
stische Gewaltmaßnahmen und — 503

Annexkompetenz 757

Anordnungen

Rechtsnormcharakter der — des Ver-
waltungsrates der Bundesanstalt 362

Anrechenbarkeit

von Versicherungszeiten 959

Anschluß

Arbeitslosigkeit an versicherungs-
pflichtige Beschäftigung 1111

Anschlußrevision 843

Beschwerde bei —
Zulässigkeit der —

Anspruch

Ausschluß des — auf Aufsichtsmaß-
nahmen durch Spezialität der Rechts-
behelfe 207
Begründung eines — durch § 57 AFG
auf Erstattung von Anschaffungskosten
eines Kraftfahrzeugs 338
Dritter auf Einschreiben der Aufsichts-
behörden 206f

Anspruchsgrundlage

Herleitung einer — aus § 10 SGB I
339
Normenkomplex und — 339

Antrag

berechtigter — auf Neufestsetzung
993f
Erfordernis für Gewährung von So-
zialleistungen 922 f
Erweiterung des — in Revisionsin-
stanz 862
Fälligkeit von Rentenversicherungs-
ansprüchen und — 31f
fristwährende Wirkung eines — an die
„entsprechende Stelle“ des Mitgliedstaa-
tes 996
Geltendmachung sozialversicherungs-
rechtlicher Ansprüche im Ausland 996
materiell- und verfahrensrechtliche Be-
deutung des — auf Leistungen der
Rentenversicherung 318
im Revisionsverfahren 849f, 856, 862

Anwartschaften

Gleichstellung 978ff
Information über bestehende — 164

Anwendungsbereich

deutsches Sozialversicherungsrechts
946ff, 951

- Arbeiter*
 Abgrenzung zum Angestellten 527f
- Arbeitgeber*
 begriffliche Abgrenzung 528ff
 Qualifikation als — für die Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter 898
 und Selbstverwaltung 135ff, 141f
 Weisungsbefugnis als Abgrenzungsmerkmal 528
- Arbeitgebervereinigung*
 Kreishandwerkerschaft als — mit der Berechtigung zur Aufstellung von Vorschlagslisten für ehrenamtliche Richter 899f
- Arbeitgeberzuschuß*
 zum Krankenversicherungsbeitrag für Angestellte 766f
- Arbeitnehmer*
 Arbeitslosigkeit und — eigenschaft 379, 382
 Begriff des — 522f
 Chefarzt eines Krankenhauses 524
 Direktionsrecht als Abgrenzungskriterium 525f
 Eigenschaft von Geschäftsführern einer GmbH als — 525f
- Arbeitnehmerähnliche Tätigkeit*
 in der Unfallversicherung 255f
- Arbeitnehmerüberlassung*
 Arbeitsvermittlung und — 363
 Erlaubnispflicht der — 363
 Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur — 530
 Verstoß der — gegen Vermittlungsmopol der Bundesanstalt für Arbeit 363
- Arbeitsbedingungen*
 als Ursache von Gesundheitsschädigungen 126
 Wandel der — 125f
- Arbeitseinkünfte*
 Erzielung von — unter Gefährdung der Gesundheit 1011f
 und Selbstverwaltung 135ff, 141f
- Arbeitsentgelt*
 Begriff des — geprägt durch Gemeinsamen Erlaß des RAM und RMF vom 10. 9. 1944 275
 eigener Begriff des — im Sozialversicherungsrecht gemäß IV § 17 SGB 276
 Begriff des — abhängig vom Steuerrecht 276
 Begriff des — und Zuflußtheorie 277, 278
 Manipulationsmöglichkeiten am Begriff des — durch Zuflußtheorie 278, 279
 Rechtsprechungseinfluß auf Grundbegriff des — 274ff
- Arbeitsurlaubnis*
 Entscheidungen des BSG zur — 362
 Rechtsstellung der Ausländer und — 362
 Verfügbarkeit und — 385f
- Arbeitsfähigkeit*
 Verfügbarkeit und — 379
- Arbeitsfeld*
 räumliches — bei Versicherungstätigkeiten 291
- Arbeitsförderungsgesetz*
 und Selbstverwaltung 129
- Arbeitsgerichte*
 als Berufungsinstanzen in sozialversicherungsrechtlichen Streitigkeiten in der sowjetischen Zone 29
- Arbeitsgerichtsbarkeit*
 separate Sozialgerichtsbarkeit oder Einheit von — und Sozialgerichtsbarkeit 27, 38, 42
 Verfassungswidrigkeit der Zusammenfassung von Sozialgerichtsbarkeit und — 41
- Arbeitskampf*
 Arbeitslosenversicherung und — 288f
 Auswirkungen auf das Beschäftigungsverhältnis 532f
 Beziehungen zwischen Arbeits- und Sozialversicherungsrecht 532ff
 Fortbestand des Arbeitsverhältnisses bei — 388
 Neutralitätsverpflichtung im Arbeitskampf 534
 Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit bei — 388, 389
 Theorie des Bundesarbeitsgerichts zum — 532
- Arbeitskampfrisiko*
 Überwälzung des — auf die Arbeits-

- losenversicherung 1039
- Arbeitslose*
 - Berufsschutz von — 384
 - Leistungen an — 378ff
 - als ehrenamtliche Richter aus dem Kreis der Versicherten 898
 - Unterhaltsansprüche von — und Bedürftigkeit 385
- Arbeitslosengeld*
 - Ruhen des Anspruchs beim Bezug von ausländischen Sozialleistungen 957
 - und Eigentumsgarantie 681
- Arbeitslosenhilfe*
 - Bedürftigkeit und — 384
 - Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarkts und — 384
 - Bildung eines Durchschnittsjahreseinkommens bei Prüfung der Bedürftigkeit im Rahmen der Gewährung von — 384
 - Teilzeitarbeit und — 384
- Arbeitslosenunterstützung*
 - Anspruch auf — für Vertriebene 623f
- Arbeitslosenversicherung* 10
- Arbeitskampf und — 388f
- Wahrnehmung der Rechtsprechungsfunktion in der — durch die Spruchkammern bei den Oberversicherungsämtern und Landesarbeitsämtern 33
- Arbeitslosigkeit*
 - Anschluß der folgenden — an vorausgegangene versicherungspflichtige Beschäftigung 1111
 - Arbeitnehmereigenschaft und — 379
 - ausländischer Arbeitnehmer 385
 - Begriff der Selbständigkeit in der Rechtsprechung des BSG zur — 382f
 - Einbeziehung der Dauer der — in die Versicherungszeit 992
 - erzwungene — 618
 - von Juristen vor Aufnahme in den Vorbereitungsdienst 381
 - unqualifizierte — bei Streik bewirkt keine Ausfallzeit 286
 - unverschuldete — 624
 - Verfügbarkeit und — 379
 - Zumutbarkeit einer Tätigkeit und — 383
- Arbeitsmarkt*
 - Berücksichtigung im 20. Renten Anpassungsgesetz 1977 72
 - Berücksichtigung in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts 70ff
 - Verfügbarkeit und — 380
 - verschlossener — 1112
 - Zweckmäßigkeit einer beruflichen Bildungsmaßnahme und Lage des — 372
- Arbeitsrecht*
 - mißglückter Arbeitsversuch als Modell für das — 521f
 - Schutzbedürfnis der abhängig Beschäftigten 616f
 - Verhältnis zum Sozialversicherungsrecht 515ff
- Arbeitsuche*
 - Erleichterung der — in anderen Mitgliedstaaten 991
- Arbeitsuchender*
 - Behinderte als — 374
 - Meldung als — im Ausland 990
- Arbeitsunfähigkeit*
 - Anrechnung von Zeiten der — als Ausfallzeit während einer Erwerbsunfähigkeit 1121
 - Anspruchsvoraussetzung bei Krankengeld 234
- Arbeitsunfall* 257ff
 - Alkoholgenuß und — 261f
 - arbeitnehmerähnliche Tätigkeit und — 255f
 - betriebliche Gemeinschaftsveranstaltungen und — 258f
 - Entschädigung nach ausländischem Recht 957
 - Gefälligkeitshandlungen als — 255f
 - Mitarbeit in einer Berufsorganisation und — 259f
 - Nikotingenuß und — 502
 - Selbsthilfe beim Wohnungsbau 253f
 - Selbsttötung als — 262
 - Spielerei und Streit 260f, 265, 502
 - Verrichtung zu privaten Zwecken und — 501, 502
 - Versicherungsschutz nur bei Zusammenhang zwischen — und versicherter Tätigkeit 501

Arbeitsunfallrecht

Gefährerhöhungslehre im — vor Einführung der gesetzlichen Unfallversicherung 513

Arbeitsverhältnis

Beschäftigungsverhältnis 229ff, 518ff
faktisches — und sozialversicherungsrechtliches Beschäftigungsverhältnis 280
Fortbestand des — bei Arbeitskampf 388
gemeinsamer Grundtatbestand im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht 517f
mittelbares — 528f
Unterschied des privatrechtlichen — zum öffentlichen Dienstverhältnis 584

Arbeitsvermittler

Vorrang des Vermittlungsmonopols der BA vor der Freiheit der Berufswahl eines selbständigen — 363

Arbeitsvermittlung

Arbeitnehmerüberlassung und — 363

Arbeitsvermittlungsmonopol

verfassungsrechtliche Zulässigkeit des — der Bundesanstalt für Arbeit 363

Arbeitsvertrag

Ehegatten und — 527

Armenrecht

kein Vertretungszwang für — gesuch 855, 860
Erfolgsaussicht der Revision 860f
Armut 861
nur im Verfahren vor dem BSG 859
Form und Frist für Armenrechtsgesuch 859f

Arzt

Knappschaftsarztsystem 708f
Zulassung 708ff

Arztwahl

Recht auf freie — 708ff

Aufbaustudium

Förderungsfähigkeit eines — an einer staatlichen Ingenieurschule durch die Bundesanstalt für Arbeit 369

Aufbau-VO

Rechtsgrundlage für Ersatzkassen 227

Aufhebung

bindend gewordener Rentenbe-

scheide 322

von Verwaltungsakten in Beitragsangelegenheiten der Rentenversicherung 322
von Verwaltungsakten der Rentenversicherung und Lückenausfüllung durch Verwaltungsverfahrensgesetz 323, 324

Aufklärung 167f

Anspruch auf — als subjektiv öffentliches Recht 169
Haftung bei unterlassener — 169
vorbeugende — 168f

Auflagen

Genehmigung durch Aufsichtsbehörden und — 201

Auflösung

Geschiedenenwitwenrente bei — einer Ehe durch Wiederheirat nach unrichtiger Todeserklärung 493

Aufopferungsentschädigungsprinzip

Fürsorgeprinzip und — in der Kriegsopferversorgung 1048

Aufopferungstatbestände 989

Aufrechnung

Rechtsweg bei — im Prozeß 779

Aufsicht

genehmigungsfreie Angelegenheiten der Sozialversicherungsträger 191
Ausschluß der — bei Selbstbeteiligung der Aufsichtsbehörde 212
zu Lasten Dritter 211, 212
Erteilung von Genehmigungen im Rahmen der — 193
im Interesse eines Betroffenen 208ff
Konflikt zwischen Selbstverwaltung und — 188
Mitwirkungsbefugnisse und — 186
Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur — 186
Rechtsprechung des Preussischen Obergerverwaltungsgerichts zum Einschreiten der — bei Ansprüchen Dritter 209f
und Selbsteintrittsrecht 201
und Selbstverwaltung 144
über Sozialversicherungsträger 100ff, 756

Aufsichtsbehörde

Klage gegen Anordnung einer — 188

- Mitwirkungsbefugnisse der — 190
- Zuständigkeit der — in der Sozialversicherung 192f
- Aufsichtsklage* 205, 206
- Selbstverwaltungsträger 578
- Aufsichtsmaßnahmen*
 - zur Behebung der Verletzung eines subjektiven Rechts 208
 - keine Klagemöglichkeit eines Dritten gegen — 207
 - Rechtsnatur von — 203f
 - Rechtsschutz gegen — vor Einrichtung der Sozialgerichtsbarkeit 189
- Aufsichtsmittel*
 - Regelung der — in IV § 89 SGB 202
 - Selbsteintritt als Ersatzvornahme nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz als — 202, 203
- Aufsichtsrecht*
 - des Staates 577f
- Aufsichtsstreitigkeiten*
 - Beziehungen der Versicherungsträger zu Dritten 188
 - Geldleistungen für das Personal der Sozialversicherungsträger 187
 - Personalbereich 187
 - Verhältnis der Versicherungsträger untereinander 188
 - Weihnachtszuwendungen 187
- Ausbildung*
 - Abgrenzung zwischen beruflicher Fortbildung, Umschulung und — 366
 - Definition der — durch das BSG 366
 - Rechtsstellung der Referendare 585f
 - Verfügbarkeit und — 380
- Ausbildungsdauer*
 - Fortbildung und — 369
- Ausdehnung*
 - Zuständigkeitsbereich eines Sozialversicherungsträgers und — über die Grenzen eines Landes hinaus 194
- Ausfallzeit*
 - Anerkennung einer Arbeitslosigkeit im Ausland als — 956
 - Anrechnung von Zeiten der Arbeitsunfähigkeit während der Erwerbsunfähigkeit als — 1121
 - keine — bei sog. unqualifizierter Arbeitslosigkeit infolge Streiks 286
- Gleichstellung von Beiträgen in anderen Mitgliedsstaaten 988f
- Ausgleichsrente* 419f
- Auskunft*
 - Bindung an fehlerhafte 558
 - Folgen fehlerhafter — 750ff
 - Herstellungsanspruch bei fehlerhafter — 177
 - Rechtsanspruch auf — 555
- Auskunftspflicht*
 - Folgen bei Verletzung der — 925
 - im sozialrechtlichen Verwaltungsverfahren 924f
- Ausland*
 - Abgrenzung zum Inland 615
 - Begriff des — im Fremdrechtenrecht 614f
 - Rechtsprechung zum Begriff des — 614f
- Ausländer*
 - Arbeitslosigkeit von — 385
 - Rechtsstellung der — und Arbeitserlaubnis 362
- Ausländerrente*
 - Ruhen von — 982ff
- Auslandsaufenthalt*
 - Leistungen an Berechtigte bei — 949ff
- Auslandsberührung* 947ff
 - Rechtsstreitigkeiten mit — 973
 - Sachverhalte mit — 954ff
- Auslandstätigkeit*
 - Anerkennung einer Berufskrankheit nach — 956
- Auslegung*
 - automationsfördernder Gesetze 1115ff
 - berichtigende — 1070
 - von Gesetzen 1008ff
 - Methoden der — 1010ff
 - Rechtsfortbildung und — als Abgrenzungsproblem
 - nach Rechtsstaatsprinzip 633
 - nach Sozialstaatsprinzip 633f, 670f
 - von Sozialversicherungsabkommen 959f
 - verfassungskonforme — 545, 671, 699, 738
- Auslegungskriterium*
 - systematisch-teleologisches und objektiv teleologisches — 1037

- Gerechtigkeit der Fallentscheidung als Auslegungsziel oder — 1058
- Auslegungsmittel*
Koinzidenz von Auslegungsziel und — 1056
- Auslegungstheorie*
legislatorisch-teleologische — 1014ff
objektive — 1010f
subjektive — 1011
- Ausnahmevorschrift*
enge Auslegung von — als Auslegungsmaxime 1049, 1050
- Ausschluß*
bei Anschaffung eines Kraftfahrzeugs, dessen Preis über dem Höchsterstattungsbetrag liegt, — des Erstattungsanspruchs nach dem BVG 341
von Bediensteten bestimmter Körperschaften von der Tätigkeit als ehrenamtliche Richter über Streitigkeiten aus ihrem Arbeitsgebiet 903, 904
bei Selbstbeteiligung der Aufsichtsbehörde — der Aufsicht 212
bei Übersteigen des Bemessungsbetrages für ein zweckmäßiges Fahrzeug kein — des Anspruchs nach § 57 AFG auf Bezuschussung von Anschaffungskosten eines Kraftfahrzeugs 340
von Vorstandsmitgliedern bestimmter Körperschaften von der Tätigkeit als ehrenamtliche Richter 902, 903
- Ausschlußgrund*
für die Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter nach § 17 Abs. 1 Ziff. 1—4 SGG 901
- Aussetzen des Verfahrens*
bei Präjudizialfragen 767
- Ausperrung*
Versicherungsverhältnis und — 284ff
- Ausssteuerung*
Bezugsdauer von Krankengeld 236
- Ausstrahlung* 614f, 947
- Auswärtige Unterbringung*
Pendelverkehr und — bei beruflichen Bildungsmaßnahmen 377
- Auswahlverfahren*
für die ehrenamtlichen Richter 890
- Automation*
Bedürfnisse der — und materielle Gerechtigkeit 1113f
- Automatische Datenverarbeitungsanlagen* 1128f
- B**
- Beamte*
Förderungswürdigkeit von beruflichen Fortbildungsmaßnahmen für — 371
als ehrenamtliche Richter aus dem Kreis der Arbeitgeber 899
ehemalige — aus der Versorgungsverwaltung als ehrenamtliche Richter 899
- Beamtenrecht*
Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum — 581ff, 605
- Beamtenverhältnis* 583ff
Begriff des öffentlichen Dienstes 583f
Rechtsstellung von Beamten im Vorbereitungsdienst 585f
Unterschied zum privatrechtlichen Arbeitsverhältnis 584
Versicherungspflicht von Beamten 584f
Wesen des — 583ff
- Bedarf*
als Leistungstatbestand 563
- Bedarfssituationen*
Hilfe in existenz- und statusbedrohenden — 537
- Bedeutungsgleichheit*
als Auslegungskriterium 1025f
- Bedeutungsschwankungen*
zentraler Begriffe des Sozialrechts 1027
- Bedienstete*
Ausschluß von — bestimmter Körperschaften von der Tätigkeit als ehrenamtliche Richter über Streitigkeiten aus ihrem Arbeitsgebiet 903, 904
- Bedingung*
Theorie der wesentlichen — in der Unfallversicherung 257ff
- Bedürftigkeit*
Arbeitslosenhilfe und — 384
Bildung eines Durchschnittsjahreseinkommens bei Prüfung der — im Rah-

- men der Gewährung von Arbeitslosen-
hilfe 384
- Unterhaltsanspruch eines Arbeitslosen
und — 385
- Befangenheit*
 - Ausschließung und Ablehnung
wegen — 806f
 - eines ehrenamtlichen Richters nach
§ 60 SGG bei organisatorischer Bin-
dung an eine Partei des Verfahrens
905, 906
 - institutionelle — des ehrenamtlichen
Richters kraft seiner spezifischen Grup-
penzugehörigkeit 902
- Beförderungsmittel*
 - Tragung der Kosten von — durch die
Bundesanstalt für Arbeit 376
- Beglaubigung*
 - Steuerbescheid 1102
- Begründung*
 - amtliche — des Regierungsentwurfs als
Auslegungskriterium 1021
 - maschinell hergestellter Verwaltungs-
entscheidungen 1105f
 - Programmierung konkreter — 1106
 - schriftliche — eines Verwaltungsakts
1105
 - von Verwaltungsakten 933f
 - eines Verwaltungsakts bei Verwendung
von EDV 1099
- Behandlungsbedürftigkeit*
 - Krankheitsbegriff 242ff
- Behinderte(r)*
 - Anschaffung von Beförderungsmitteln
für — nach dem BVG 341
 - als Arbeitsuchende i. S. d. § 39 Abs. 3
AVAVG 374
 - als Berufsanwärter i. S. d. § 39 Abs. 3
AVAVG 374
 - Eingliederung — 325ff
 - Erstattung von Kraftfahrzeugrepara-
turen durch die Bundesanstalt für Ar-
beit an — 337
 - Kostentragung von Beförderungsmit-
teln für — durch die Bundesanstalt
für Arbeit 337, 338, 376
 - Definition des — durch das Bundesso-
zialgericht 330
- Behinderung*
 - Abgrenzung des Begriffs der — zu
dem der Krankheit 330
 - Abgrenzung gegenüber Phänomenen
in anderen Sozialleistungsbereichen
durch Typisierung wie in § 10 SGB I
331
 - Konkretisierung des Phänomens der —
durch Enumeration wie in § 39 BSHG
331
 - Krankheit und — 332
- Behörde*
 - Zuständigkeit von — im Sozialrecht
917
- Beiladung*
 - Unerlassen notwendiger — 828, 853
in Revisionsinstanz 861
- Beiträge*
 - Abhängigkeit der Sozialversicherung
von — 540
 - Ausgleich der unterschiedlichen Bei-
tragssätze in der Krankenversicherung
246
 - an ausländische Sozialversicherung
957
 - Berücksichtigung algerischer — durch
den deutschen Sozialversicherungsträ-
ger 979
 - Gleichstellung von — in anderen Mit-
gliedsstaaten für Ausfall- und Zurech-
nungszeiten 988f
 - zur Sozialversicherung der DDR 949
- Beitragsangelegenheiten*
 - Aufhebung von Verwaltungsakten in
— der Rentenversicherung 322
- Beitragsbemessungsgrenze*
 - Krankenversicherung 219
- Beitragerstattung*
 - Krankenversicherung 219
 - Zugehörigkeit zu dänischer Volksver-
sicherung 957
- Beitragsleistungen*
 - innerstaatliche — 988
- Beitragszeit*
 - ausländische — 611
 - Fremdenrentenrecht 612
 - Zusammenhang zwischen — und
Leistungsseite 950

Beitragszuschuß

freiwillige Krankenversicherung der
Rentner 994f

Bekanntgabe

Bedingung für den Lauf einer Rechts-
behelfsfrist 673f
fertige Entscheidung im Verwaltungs-
verfahren 1100f
schriftliche — eines Verwaltungsakts
1103

Beratung

Anspruch auf — 163f, 555
Antragsformulare 165
Bedarf auf — 162
Bindung an fehlerhafte — 558
fehlerhafte — 172ff
Treuepflichten des Versicherungsträgers
164
Umfang der — bei Leistungsanträgen
164ff

Beratungspflicht 555

der Arbeitsverwaltung 166
Beschränkung des Leistungsantrages
173
Folgen bei Verletzung der — 925
der Krankenkasse 166
im sozialrechtlichen Verwaltungsver-
fahren 924f

Beratungsschaden

Herstellungsanspruch 172ff

Bereicherung

Wegfall der — 559

Bereicherungsansprüche

Rechtsweg bei — aus einem Sozialver-
sicherungsverhältnis 774f

Berichtigung

fehlerhafter maschinell erstellter Ver-
waltungsakte 1106ff
offenbarer Unrichtigkeiten 1106ff

Beruf

Hausfrauentätigkeit als — im Sinne
des AFG 367

Berufliche Bildung

Maßnahmen der Bundesanstalt für Ar-
beit zur individuellen Förderung der —
365f
Förderung der — von Beamten 591
Rechtsprechung des BSG zur — 365

Berufliche Bildungsmaßnahme

Lage des Arbeitsmarktes und Zweck-
mäßigkeit einer — 372

Berufliche Eingliederungshilfe

Rechtsprechung des Bundessozialge-
richts zur — 336

Berufsanwärter

Behinderte als — i. S. d. § 39 Abs. 3
AVAVG 374

Berufsausbildung

Fortbildung und abgeschlossene —
367
und Kindergeld 466f

Berufsausbildungshilfe

Anspruch auf — 376
Anspruch auf Unterhalt und — 376

Berufserfahrung

Fortbildung und angemessene — 368

Berufsfortbildungswerk

Förderungsfähigkeit der Teilnahme an
einem Lehrgang des — des DGB
durch die Bundesanstalt für Arbeit
369

Berufsfreiheitsgewährleistung

Sozialstaatsprinzip und — 1041

Berufsgenossenschaften

Genehmigung der Dienstordnungen
und Stellenpläne von — 599ff

Berufskrankheit

Anerkennung einer — bei Tätigkeit im
Ausland 956
in der Unfallversicherung 266f

Berufsrichter

Ausschluß von — von dem Amt als
ehrenamtlicher Richter 906, 907
Verhältnis von Laienrichtern und —
in der parlamentarischen Diskussion
44

Berufsschadensausgleich

411, 420ff
Wesentliche Bedingung und — in der
Kriegsopferversorgung 500
konkret-individualisierende Betrach-
tungsweise und — in der Kriegs-
opferversorgung 500

Berufsschadensrente 619

Berufsschutz

des Arbeitslosen 384

Berufsunfähigkeit

abstrakte und konkrete Betrachtungsweise der — 287ff, 295, 1119
 Durchschlagen der Rente wegen — zur Rente wegen Erwerbsunfähigkeit 289, 290, 301
 Gleichheitsgebot und — 302
 Rechtsstaatsprinzip und — 302
 Rentenbestand in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung 286
 Rückgang der Renten wegen — 300
 Ruhen der Renten wegen — bei Zusammentreffen mit Arbeitslosigkeit 299, 300
 und Sozialstaatsprinzip 302
 Teilzeitarbeit und — 287ff
 Unterschied zur Dienstunfähigkeit 592

Berufung

Einlegung bei einer Versicherungsstelle 996f
 Entscheidung über die — von Richtern am Bundessozialgericht 86f
 Mitwirkung der Länder bei der — von Richtern 91

Beschäftigung

Versicherungspflichtige — im Ausland 956f

Beschäftigungsort

Anknüpfungspunkt für die Bestimmung des anwendbaren Rechts 948
 Status einer Betriebskrankenkasse 105

Beschäftigungsverhältnis

Abgrenzung von abhängiger und selbständiger Tätigkeit 150, 347f
 Abgrenzung zum Arbeitsverhältnis 518ff
 Anknüpfung an das — 947ff
 Arbeitskampfrechtsprechung des Bundessozialgerichts 532ff
 Arbeitsverhältnis 518ff
 Beginn und Ende des — 520f
 von Ehegatten und Verwandten 526f
 Konzentrationslagerhaft und — 621
 Lehre des BSG vom — 519f
 mittelbares — und mittelbares Arbeitsverhältnis 528f
 Rückkehr zur Maßgeblichkeit des ar-

beitsrechtlichen Arbeitsverhältnisses 522
 Rechtsinstitut der Sozialversicherung 544
 Schwerpunkt des — 948
 von Vertretungsorganen juristischer Personen 525f

Bescheid

Rechtsgrund für eine Leistung 567
 Wirkungsbreite 572ff

Beschlußfähigkeit

der Oberversicherungsämter als Rechtsprechung 32

Beschlußverfahren

Anfechtung der Entscheidungen der Oberversicherungsämter im — vor den Verwaltungsgerichten 33

Besetzung

Auswechslung auf der Richterbank 805
 Folgen nicht vorschriftsmäßiger — 793f
 gleichzeitiger Vorsitz in 2 Senaten 804
 des Großen Senats 795f
 Prinzip der Ständigkeit 802
 richtige — 800ff
 Rüge bei vorschriftswidriger — 807f
 der Sozialgerichte 792f
 Überbesetzung 801f
 Vertretung des Vorsitzenden 803
 wissenschaftliche Mitarbeiter 801
 zusätzliche Verwendung von Hilfsrichtern 800f

Besoldung

Genehmigung von Dienstordnungen und Stellenplänen der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften 599ff
 Kriterien für die Einstufung von leitenden Dienstordnungsangestellten 601ff
 Unterhaltszuschuß im Vorbereitungsdiens 588f

Besondere Gerichtsbarkeit

Spruchinstanzen in der Unfallversicherung als — 32
 Versorgungsgerichtsbarkeit als — 32

Besondere Verwaltungsgerichte

Spruchkammern der Oberversicherungsämter als — 32

Bestandskraft 698f, 744, 748

- Bestimmtheitsgrundsatz* 738
- Beteiligter*
in Revisionsinstanz 861
Beteiligtenwechsel 861
Beteiligtenwechsel kraft Gesetzes 861
Postulationsfähigkeit des — in Revisionsinstanz 855f
- Beteiligung*
verfahrensförmige — als Grundlage für Betroffenheit 573
- Betreuung*
Rechtsfolgen unterlassener oder fehlerhafter — 556ff
- Betreuungspflicht* 554ff
Rechtsgrund und Inhalt 555f
Verletzung von — im Versicherungsverhältnis löst Herstellungsanspruch aus 313ff
- Betriebliche Gemeinschaftsveranstaltungen* in der Unfallversicherung 258f
- Betriebskrankenkassen*
bundes- oder landesunmittelbare Versicherungsträger 100f
Errichtung von — 229ff
Gefährdung des Bestandes von Ortskrankenkassen 229f
Urteil zum Axel-Springer-Verlag 102f
- Betriebsnützlichkeit*
Abgrenzung zu Privatnützlichkeit 1031
- Betriebsrat*
Unfallversicherungsschutz bei Veranstaltungen des — 530f
- Betriebsrisiko*
Grundsätze des Bundesarbeitsgerichts zum — und Arbeitskampfrechtsprechung des Bundessozialgerichts 534
- Betriebsverfassung*
Bedeutung für das Betriebsklima 531
- Betroffener* 573f
Aufsicht im Interesse eines — 208ff
materiell — 573
Mitwirkung der — durch Verbände 579
- Beurteilungsspielraum*
wichtiger Grund für die Versagung der Genehmigung des Stellenplans bei Krankenkassen und — 200
- Beweislast*
Herstellungsanspruch 178
- Beweiswürdigung*
Verfahrensmangel bei Verstoß gegen Grundsatz der freien — (§ 128 Abs 1 S 1 SGG) 827
- Bewirkungsaufgaben* 540
- Bezirksstellenleiter*
Selbständigkeit der — in Lotto- und Totogesellschaften 351f
- Bigamie*
Teilung der Witwenrente bei — 486
- Bildungsmaßnahmen*
keine Förderungswürdigkeit der von den gesetzlichen Krankenkassen durchgeführten — durch die Bundesanstalt für Arbeit 371
auf Interessen eines Betriebes oder Verbandes ausgerichtete — 370
- Bindung*
des BSG an tatsächliche Feststellungen 861ff
an fehlerhafte Beratung oder Auskunft 558
der Sozialgerichte an zivilgerichtliche Unterhaltsurteile 488, 489
der Verwaltung an Gesetz und Recht bei undurchführbaren Entscheidungen 1122
an Verwaltungsentscheidung 539
der vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht 1106
an die Zulassungsentscheidung 783ff
786ff
bei Zurückverweisung 868f
- Bindungswirkung*
von Bescheiden 412ff
Einzelakt 566ff
des Verwaltungsakts in der Rentenversicherung 320, 321
Verweisungsbeschlüsse der Sozialgerichte bei erstinstanzlicher Zuständigkeit des Bundessozialgerichts 98f
- Blockfrist*
Krankengeldgewährung 234ff
- Blutalkoholkonzentration*
als die allein wesentliche Bedingung des Unfalls 502
- Bruttosozialprodukt*
Anteil der Sozialleistungen am — 79

SACHREGISTER

Bundesanstalt für Arbeit

Auszahlung von Kindergeld durch die — 439f

Neutralitätsverpflichtung im Arbeitskampf 534

Selbstverwaltung der — 128f

Bundesarbeitsgericht

Arbeitskampftheorie und Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum Arbeitskampfrecht 532ff

Zuständigkeit des — für die Sozialgerichtsbarkeit bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates 39

Bundeshaushalt

Gesamtausgaben für das Bundessozialgericht 61

Zahl der Richterstellen am Bundessozialgericht 85f

Bundeskindergeldgesetz

Inhalt des — 440f

Bundesknappschaft

Rechtsnachfolger der früheren Knappschaft 983

Bundeskompetenz

durch vorkonstitutionelle Zuweisungen keine — der Aufsichtsbehörden 193

Bundesländer

Beteiligung bei Richterwahl 86, 91 als Sozialleistungsträger 97

Verhältnis zum Bundessozialgericht 91ff

Bundesregierung

Aufgaben der — bei der Organisation des Bundessozialgerichts 85ff

Bewahrerin geltenden Rechts 83

Bundessozialgericht und die Arbeit der — 75ff

Rechtsprechung des Bundessozialgerichts aus der Sicht der — 78ff

Verhältnis zum Bundessozialgericht 85

Bundesrepublik Deutschland

sozialpolitische Entwicklung in der — 221

Bundesseuchengesetz 392, 403f

Bundessozialgericht

und die Arbeit der Bundesregierung 75ff

Arbeit des Bundestages 55ff

Ausweitung der Tätigkeit des — 48, 49

Beitrag zur Entwicklung des Sozialrechts 56

Beteiligung an Regierungskommissionen 88

Betonung des Sozialen 75

Entstehung und Entwicklung des — 25ff

Errichtung des — 58ff

Finanzhaushalt des — 61

Gegenstand von Entscheidungen des Bundestages 56ff

Gesamtausgaben des Bundes für das — 61

Gesetzgebung über die Gerichtsverfassung des — 57ff

Helfer bei der Sozialrechtsentwicklung 63

Öffentlichkeitsarbeit des — 87

als reines Revisionsgericht 44

Richterrecht 62ff

Richterwahl 61

Sachverständige Erfahrung des — bei der Sozialgesetzgebung 73f

Sozialrechtsdokumentation 61

Stellung in der Öffentlichkeit 76f

Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern 93ff

Tradition vom Reichsversicherungsamt, Reichsversorgungsgericht und zentralen Versicherungsträgern und — 47

Unabhängigkeit im Verhältnis zur Bundesregierung 78

Verankerung des — im Grundgesetz 75f

Verhältnis zu den Ländern 91ff

Wirkungen der Sozialgesetzgebung auf die Rechtsprechung des — 62ff

Zahl der Richterstellen am — 85f

Zuständigkeit im ersten Rechtszug 92ff

Zuständigkeit bei Streitigkeiten im Bund-Länder-Verhältnis über Kosten-erstattung 97

Bundesstaat

Verhältnis zum Rechtsstaat 735

Bundesstaatliche Ordnung 733ff, 753ff

Aufsichtsregelung 756

konkurrierende Gesetzgebung 755
 Übergangsprobleme nach 1945 753ff
 Überleitung von Reichsrecht in Bundesrecht 754
 Verhältnis Bundes-/Landesrecht 755ff
 Wiedereingliederung des Saarlandes 753

Bundestag
 Bundessozialgericht als Gegenstand von Entscheidungen des — 56ff
 Bundessozialgericht und die Arbeit des — 55ff
 Gesetzesflut 65
 Mitwirkung bei Richterwahl 61
 Reaktion auf leistungsausdehnende Rechtsprechung des Bundessozialgerichts 70f

Bundesunmittelbarkeit
 Betriebskrankenkasse des Axel-Springer-Verlages 102f
 Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur — von Sozialversicherungsträgern 99ff

Bundesverfassungsgericht
 und die Rechtsfortentwicklung durch das Bundessozialgericht 225

Bundesversicherungsamt
 Aufsicht über Sozialversicherungsträger 100, 102

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
 Verhältnis zur Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 753

Bundesversorgungsamt
 als Ersatz für das Reichsversicherungsamt 36

Bundesversorgungsgesetz 391ff

Bundeswehr
 Dienst in der — als Voraussetzung für eine Umschulung 368

C

Chefarzt
 Arbeitnehmereigenschaft 524

Computer als juristisches Arbeitsinstrument 1129f

D

Darlehen
 Rechtsweg bei — eines Hoheitsträgers 779f

Daseinsvorsorge
 als Grund der Eigentumsgarantie 685

Datenbank 1129

Datenschutz
 Geheimhaltungspflicht 701

Datenverarbeitung
 automatisierte Sozialrechtsdokumentation des Bundessozialgerichts 61, 1097ff
 elektronische — s. EDV

Dauerleistungsverhältnis 566ff

Dauerrechtsverhältnis 540, 566ff

Dauerzustand
 letzter wirtschaftlicher — des Unterhalts als Ausgleichsziel der Hinterbliebenenrente 305

DDR
 Beiträge zur Sozialversicherung der — 949

Demokratie 733ff, 757ff

Dienstaufsicht
 über das Bundessozialgericht 60
 Rechtspflegeministerium 60

Dienstordnung
 Genehmigung einer — 578
 Stellenplan in der Unfallversicherung und — 202

Dienstordnungsangestellte
 Anspruch auf Förderung der beruflichen Bildung 598f
 Besoldung der — 599ff
 Kriterien für die Einstufung von leitenden — 601ff
 Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum Recht der — 597ff, 605f
 Rechtsstellung der — 597f
 Rechtsweg für Streitigkeiten von — 604f
 Versicherungsfreiheit der — 599

Dienstunfähigkeit
 Unterschied zur Berufs- und Erwerbsfähigkeit 592

Direktionsrecht
 Abgrenzungskriterium für Arbeitnehmereigenschaft 524f

Disziplinarmaßnahmen
 gegen ehrenamtliche Richter 908

Divergenz
 als Zulassungsgrund für Revision
 822, 823
 Vorlage an Großen Senat 796

Divergierende Entscheidungen
 bei Aufsichtsmaßnahmen im Interesse
 eines Dritten 209

Dokumentation
 Sozialrechtsdokumentation des Bun-
 dessozialgerichts 87f

Doppelversorgung 619f, 705
 beamtenrechtliche und sozialversiche-
 rungsrechtliche Versorgung 593ff
 keine Eigentumsgarantie bei öffent-
 lich-rechtlicher — 692

Dreiecksverhältnis
 zwischen der Bundesanstalt für Arbeit,
 dem Träger der Bildungsmaßnahme
 und dem Teilnehmer 378

Drittehe
 bei Nichtigerklärung der Zweitehe
 keine Abfindung bei — 490

Dritter
 Anspruch — auf Einschreiten der
 Aufsichtsbehörden 206f
 Aufsicht zu Lasten — 211, 212
 keine Klagemöglichkeit eines — gegen
 Maßnahmen der Aufsicht 207
 Rechtsprechung des Preußischen Ober-
 verwaltungsgerichts zum Einschreiten
 der Aufsicht bei Ansprüchen — 209f

Drittländer
 Versicherungszeiten in — 974

Drittstaat
 bilaterales Abkommen eines EG-Mit-
 gliedstaates 975

Drittwirkung 572ff
 Zustellung eines Verwaltungsakts
 mit — 573f

Duldung
 Pflicht zur — einer Heilbehandlung
 560

Durchgangsarztssystem
 Vereinbarkeit mit GG 709

Durchschlageffekt
 der Rente wegen Berufsunfähigkeit

zur Rente wegen Erwerbsunfähigkeit
 289ff

Durchschnittsjahreseinkommen
 Bildung eines — bei Prüfung der
 Bedürftigkeit im Rahmen der Ge-
 währung von Arbeitslosenhilfe 384

Durchschnittsverdienst
 Fremdretenrecht 617

E

EDV 1127ff
 Auswirkungen auf das öffentliche
 Recht 1098ff
 Determiniertheit der — 1101
 Ermessensentscheidung und — 1100
 Notwendigkeit zum Einsatz der — im
 Bereich der gesetzlichen Rentenver-
 sicherung 1109
 Rechtsfragen bei der Anwendung
 der — 1098ff
 Rentenversicherungsträger 1098
 schriftliche Verwaltungsakte mit Hilfe
 der — 1099
 Strukturveränderungen des Verwal-
 tungshandelns durch Einsatz von —
 1099ff
 unbestimmter Rechtsbegriff und —
 1110ff

Ehe
 Grundrechtsschutz 716ff
 Heiratswegfallklausel 722f
 Höhe der Witwenrente 724

Eheaufhebungsurteile
 Bindung der sozialrechtlichen Praxis
 an — 487

Ehegatten
 Arbeitsvertrag zwischen — 527
 Mitarbeit von — und abhängiges Be-
 schäftigungsverhältnis 526f

Eheliches Kind
 Begriff des — bei der Waisenrente
 nach Verschollenen 480

Ehenichtigkeitsurteile
 Bindung der sozialrechtlichen Praxis
 an — 487

Eherecht
 Unterhaltsanspruch und — der DDR
 492

Eheschließung

Sperrfrist bei Kündigung wegen — 387

Ehestatut

Unterhaltsanspruch und gemeinsames — 492

Ehrenamtliche Richter 740

Amtsenthörung von — 800, 909

Amtszeit der — 891

leitende Angestellte als — aus dem Kreis der Arbeitgeber 899

Arbeitslose als — aus dem Kreis der Versicherten 898

Ausschluß von Berufsrichtern von dem Amt als — 906, 907

Ausschlußgrund für eine Tätigkeit als — nach § 17 Abs. 1 Ziff. 1—4 SGG 901

Auswahlverfahren für die — 890

Beamte als — aus dem Kreis der Arbeitgeber 899

Bedeutung in der Sozialgerichtsbarkeit 58f, 77f

Befangenheit von — nach § 60 SGG bei organisatorischer Bindung an eine Partei des Verfahrens 905, 906

Berufung der — 878, 879

Bindung an Vorschlagslisten bei der Berufung — 890

Beteiligung von — in den Spruchkörpern der Versicherungs- und Oberversicherungsämter 882

Beteiligung von — bei den Spruchsenaten des Reichsversicherungsamts 880, 881, 882

Beteiligung der — in den einzelnen Verfahrensabschnitten 887f

Beteiligung der — bei der Zulassung der Sprungrevision 840, 889

und Demokratieprinzip 652f

Disziplinarmaßnahmen gegen — 908 als Ersatz für den Sachverständigen 885

Fehlen der Qualifikation von — für ihr Amt als revisibler Verfahrensmangel 897

Mitwirkung im Großen Senat 58, 795f

Mitwirkung der — bei der Gerichtsverwaltung 880

keine Mitwirkung des Richterwahlausschusses bei der Berufung — 890

Mitwirkung der — am Vorlageverfahren nach § 42 SGG 888, 889

Mitwirkung bei Zulassung des Rechtsmittels 789

Qualifikation als Versicherte für die Tätigkeit als — 897, 898

erste reichsgesetzliche Regelung der Mitwirkung von — durch Unfallversicherungsgesetz vom 6. 7. 1884 5

Rentenbezieher als — aus dem Kreis der Versicherten 898

am SG 792

Tariffähigkeit als Voraussetzung für die Aufstellung von Vorschlagslisten für — 891, 892, 893

Überbesetzung bei den — 801f

Unabhängigkeit und Neutralität 809ff
richterliche Unabhängigkeit der Spruchkörper durch Mitwirkung der — 883, 884

aus Vertreterversammlung kassenärztlicher Vereinigungen 815f

Zuteilung der — 801

Eigentum

Inhalt und Schranken des — 681, 683

als Teilhaberecht 683, 687

verfassungsgerichtlicher Schutz des — im Sozialleistungsrecht 673, 676

Eigentumsbindung

und Enteignung 689, 690

Eigentumsgarantie

bei Anwartschaft auf Arbeitslosengeld 681

bei Anwartschaft auf Beitragsersatzung 688, 689

bei Anwartschaft auf Versorgungsleistungen 680

zur Daseinsvorsorge und Daseinsicherung 685, 686

keine — bei öffentlich-rechtlicher Doppelversorgung 692

Forderungsrecht „fürsorgerischer Art“ außerhalb der — 677

Maßstäbe der —: Vertrauensschutz und Gleichheit 687

grundsätzlich auch für Renten der Sozialversicherung 675

- öffentlich-rechtlicher Rechtspositionen 684
Schutzbereich und Schutzwirkung der — 675, 676, 677, 687
sozialrechtlicher Positionen abhängig vom Ausmaß der damit notwendig verbundenen eigenen Leistung 678, 679, 680, 684, 685
als Teilhaberecht bewirkt dynamischen Eigentumsschutz sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche 693, 694
bei Versorgungsbezügen 682, 683
- Eigentumssurrogate*
sozialrechtliche Schutz- und Leistungsrechte als „publizistische —“ 674
- Eignung*
Entziehung von Leistungen bei fehlerhafter — eines Teilnehmers einer Fortbildungsmaßnahme 374
Förderung von Selbständigen und mangelnde — 375
- Eingliederung*
Leiharbeitsverhältnis bei — des Leihararbeitnehmers in den Betrieb des Entleihers 363
- Eingliederung Behinderter* 325ff
Analyse der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur — 332f
Begriff 329, 330
§ 10 SGB I als Grundlagentext
für die — 336
Kompetenzstreitigkeiten im Bereich der — 335
Koordination der Leistungsträger bei der — 342
Leistungskatalog zur — in § 29 Abs 1 SGB I 336
Pflege sozialrechtlicher Kasuistik durch das Bundessozialgericht bei — 334
und Rehabilitation 327, 328, 329
Träger für die — 334
Ungleichbehandlung bei der Leistungsgewährung im Recht der — 340
Vorstellungen des Gesetzgebers zur — 329
Zuständigkeit von Leistungsträgern bei der — 334
- Eingliederungsprinzip* 609, 612, 613f, 616
- Eingliederungstheorie*
bei sozialversicherungsrechtlichem Beschäftigungsverhältnis 281
- Eingriffsverwaltung*
Abgrenzung zur Leistungsverwaltung im Sozialrecht 538
Wandel von der — zur Leistungsverwaltung 1098
- Einheit der Rechtsordnung*
Herstellung der — durch die Rechtsanwendungsorgane 1048
- Einheit des Versicherungsfalles*
Krankengeldanspruch 237f
- Einheitsversicherung*
in dem im April 1946 der Militärregierung vorgelegten Gesetzentwurf Großhessens 28
Aufgabe der — bei den Beratungen im Bundestag 42
als unerreichbares Reformziel in den westlichen Zonen 30
gegliedertes System oder — 27
- Einkommensverteilung*
Verantwortung des Staates zur Befriedigung der sozialen und gesundheitlichen Bedürfnisse 224
- Einschreiben*
Zustellung eines Bescheides im Ausland per — 999ff
- Einstrahlung* 614, 953f
- Einzelakt*
Bindungswirkung eines — 566ff
- Einzelfallgerechtigkeit*
Konfliktsituation des Bundessozialgerichts zwischen — und richtungsweisen der Auslegung 79f
- Elektronische Datenverarbeitung*
s. EDV
- Enkel*
Kindergeld für — 465f
- Enteignung*
und Eigentumsbindung 689
keine — bei bloßem Austausch funktional gleichwertiger Sozialversicherungsansprüche 691
keine — bei Erschwerung des Rechts der Weiterversicherung 681
keine — bei zulässiger Inhaltszu-

- stimmung eines Versicherungsverhältnisses 682
- Entmündigung*
 - Gefahr der — durch Betreuungspflichtigen des Staates 924
- Entschädigungsprinzip* 608f, 611, 612, 621
- Entscheidungen*
 - automatisierte — der Verwaltung 1097ff
- Entscheidungsakt* 566ff
- Entscheidungsfindung* 574ff, 1007ff
- Entscheidungsspielräume*
 - Gesetzesanwendung 1014
- Entscheidungsverantwortung*
 - Aufteilung der — in Sachverhaltsfeststellung und rechtliche Beurteilung 575f
- Entscheidungsvorgaben*
 - Ermessen 575
- Entstehungsgeschichte*
 - als Auslegungskriterium 1017ff
- Entterritorialisierung*
 - Umfang der — von sozialversicherungsrechtlichen Tatbeständen 969, 977, 986ff
- Entwicklungshelfer*
 - Fortbildung zur Aufnahme einer Tätigkeit als — 375
- Entziehung*
 - fehlende Eignung eines Teilnehmers einer Fortbildungsmaßnahme und — von Leistungen 374
- Erheblich niedrigere Leistung*
 - i.S.v. § 8 Abs. 2 BKG 1116f
- Erlaubnispflicht*
 - der Arbeitnehmerüberlassung 363
- Erlaubnisvorbehalt*
 - Verbot mit — 737
- Erledigung*
 - Geschäftsstatistik des Bundessozialgerichts und Zahl der Richterstellen 85f
- Ermessen*
 - Abhängigkeit einer Rechtsstellung von behördlichem — 984f
 - Überprüfung durch das BSG 669
 - Vermeidung von — bei Geldleistungen 575
- Ermessensbetätigung*
 - Rechtsaufsicht kann — der Versicherungsträger nicht ersetzen 196
- Ermessensentscheidung*
 - EDV und — 1110
 - Nachprüfbarkeit von — im Rahmen der Rechtsaufsicht nur auf Rechtsfehler 196
- Ermessenskontrolle*
 - Rechtsaufsicht und — 189
- Ermessensmaßstäbe* 575
- Ernennung*
 - Mitwirkung des Landespersonalausschusses im öffentlichen Dienst 586f
- Errichtung*
 - Betriebs- und/oder Innungskrankenkassen 229ff
 - des Bundessozialgerichts 58f, 75ff
- Ersatzansprüche*
 - Rechtsweg bei — Drittgeschädigter 778f
- Ersatzgesetzgeber*
 - Judikative als — 1118
- Ersatzkassen*
 - Abgrenzung des Mitgliederkreises von — 226ff
 - 12. Aufbau-VO 227
 - Mitgliederkreisverordnung 227
 - Ursprungssatzung 227f
- Ersatzzeit*
 - Aktivierung einer Kriegsdienstzeit als — 956
 - Auslandsaufenthalt als — 621
 - Militärdienst und Kriegsgefangenschaft als — 987f
 - Unterschied zu Ausfall- und Zurechnungszeiten 989f
 - bei Vertriebenen 624
 - Verfolgungszeit als — 619
- Erstattungsansprüche* 431ff
- Erwerbsfähigkeit*
 - Feststellung der Minderung der — in der Unfallversicherung 267ff
- Erwerbstätigkeit*
 - Anrechnung einer unzumutbaren — auf den Unterhaltsanspruch der Ehefrau 495
 - Geschiedenenwitwenrente und Nicht-

- aufnahme einer zumutbaren — durch den Mann 495
 - selbständige — im Ausland 956
 - Erwerbsunfähigkeit*
 - abstrakte und konkrete Betrachtungsweise der — 287ff, 295, 1119
 - Anrechnung von Zeiten der Arbeitsunfähigkeit als Ausfallzeit während einer — 1121
 - Arbeitseinkünfte bei — 1011f
 - Durchschlagen der Rente wegen Berufsunfähigkeit zur Rente wegen — 289, 290, 301
 - bei nur noch geringfügig erzielbaren Einkünften 297
 - Knappschaftsrente bei — 982ff
 - Rentenbestand in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung 286
 - Ruhe der Rente wegen — bei Zusammentreffen mit Arbeitslosengeld 299, 300
 - Teilzeitarbeit und — 287ff
 - Unterschied zur Dienstunfähigkeit 592
 - Erzeuger*
 - Krankenversorgung eines nichtehelichen Kindes nach seinem — 481
 - Rente eines nichtehelichen Kindes nach seinem — 481
 - Erziehungsrente*
 - als logische Folge der Harmonisierung im Leistungsrecht aus Rentenversicherung und zivilem Unterhalt 304
 - Zumutbarkeit einer Erwerbstätigkeit trotz Kindererziehung und — 310
 - Evidenztheorie*
 - beim fehlerhaften Verwaltungsakt 936f
- F
- Fachaufsicht*
 - Rechtsprechung zur — 186
 - Überprüfbarkeit von Weisungen im Rahmen der — durch die Gerichte 186
 - keine umfassende Zweckmäßigkeitskontrolle bei — 191
 - Fachkunde*
 - Verbände 579
 - Fälligkeit*
 - Antrag auf Leistungen der Rentenversicherung und — 318
 - von Rentenversicherungsleistungen 317, 318
 - faktisches Arbeitsverhältnis*
 - sozialversicherungsrechtliches Beschäftigungsverhältnis und — 280, 518f
 - Familie*
 - Grundrechtsschutz 716ff
 - Heiratswegfallklausel 722f
 - Höhe der Hinterbliebenenrente 724
 - Familienausgleichskassen*
 - Einrichtung der — 439
 - Familienheimfahrt*
 - Beamtenversorgung 596f
 - Wehrdienstbeschädigung 596
 - Familienhilfe* 706f
 - Familienprinzip*
 - im Kindergeldrecht 458f
 - Familienrecht*
 - Sozialrecht und — 479
 - Fehler*
 - Folgen von — bei Beratung und Auskunft 149ff, 750ff
 - Fehlerhafter Verwaltungsakt*
 - Rücknahme 698 ff, 704ff, 744ff, 747ff
 - Feindeinwirkung*
 - Zusammenhang zwischen — und Invalidität nach § 1263 a.F. RVO 503
 - Feststellungsklage*
 - über präjudizielle Rechtsverhältnisse 777f
 - Fiktive Versicherungsrente*
 - Verhältnis zur Waisenrente 1121
 - Filmmanager*
 - Notwendigkeit eines Vermittlungsauftrages durch die BA für die Tätigkeit eines — 364
 - Finalprinzip*
 - in der Sozialpolitik 123
 - Finale Leistungspflicht* 563
 - Finanzgerichtsbarkeit*
 - Vereinheitlichung des Gerichtsverfahrens- und Verfahrensrechts 59f
 - Finanzhaushalt*
 - Bundessozialgericht 61

- finanzielle Auswirkungen*
der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts 81f, 247
- Finanzierung*
Belastungen durch den Gesetzgeber in der Krankenversicherung 245ff
der gesetzlichen Krankenversicherung 246f
- Finanzlage der Versicherungsträger*
Auswirkungen auf die — durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts 72
- Flüchtling*
Eigenschaft als — 609, 623f
Rechtsstellung nach FRG 608ff
- Folgenbeseitigungsanspruch* 170f, 557
Abgrenzung zum Herstellungsanspruch 152, 171, 316
- Förderung*
Maßnahmen der BA zur individuellen — der beruflichen Bildung 365f
Umfang der — beruflicher Bildung 375f
- Förderungsdauer*
Ende der — mit dem Tag der Ablegung der Prüfung 370
- Förderungsfähigkeit*
Aufbaustudium an einer staatlichen Ingenieurschule und — durch die BA 369
Teilnahme an einem Lehrgang des Berufsbildungswerkes des DGB und — durch die BA 369
- Förderungshöchstdauer*
von Umschulungsmaßnahmen 373
- Förderungswürdigkeit*
Beamte und — von beruflichen Fortbildungsmaßnahmen 371
von Bildungsmaßnahmen für Selbstständige 375
keine — der von den gesetzlichen Krankenkassen durchgeführten Bildungsmaßnahmen durch die BA 371
- Formerfordernisse*
für automatisierte Verwaltungsentscheidungen 1101ff
- Fortbildung*
Abgrenzung zwischen beruflicher Ausbildung, Umschulung und — 366
zur Aufnahme einer Tätigkeit als Entwicklungshelfer 375
abgeschlossene Berufsausbildung und — 367
angemessene Berufserfahrung und — 368
einheitliche Bildungsmaßnahme von Meisterlehrgang und Meisterprüfung bei der beruflichen — 370
Definition der — durch das BSG 366
Förderung der beruflichen — von Ordensmitgliedern 375
- Freiheitsgrundrechte* 695ff
- freiwillige Weiterversicherung*
bei Arbeitskampf von über drei Wochen Dauer 285
- Freizügigkeit* 729f
der Arbeitnehmer in der EG 967
- Fremdrentenrecht* 608ff
Auslandsbegriff 614f
ausländische Beitragszeiten 611
berechtigter Personenkreis 609f
Beschäftigungszeit 612, 613
Eingliederungsprinzip 609, 612, 613f, 616
Entschädigungsprinzip 608f, 611
Glaubhaftmachung 617
Gleichheitssatz 614, 616
Inlandsbegriff 615
Schutzgedanke des — 613
Studium in der DDR 612
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen 615f
tatsächliche Beitragshöhe 616f
Zuordnung zu Leistungsgruppen 616f
- Führerprinzip*
Selbstverwaltungsprinzip und — 115, 117ff, 136
- Funktionaltheorie*
Abgrenzung von bundesunmittelbaren zu landesunmittelbaren Versicherungsträgern 100ff
- Fürsorge*
öffentliche — und soziale Sicherheit 974
- Fürsorgeleistung*
Verhältnis zum Unterhaltszuschuß 588

Fürsorgeprinzip

Aufopferungsentschädigungsprinzip
und — in der Kriegsoferversorgung
1048

G

Gefährdungen

in der Arbeitswelt 125f

Gefährdungshaftung

Bereich des versicherten Risikos bei
der — des § 7 StVG und in der Un-
fallversicherung 507

Kausalität und Normzweck bei der
— 507

das Merkmal »bei dem Betrieb« in
der — des Zivilrechts 510

Risikotypizität bei der Zurechnung
von Schäden in der — 508

Unterbrechung des Kausalzusammen-
hangs bei der — 507

Zurechnung bei der — und wesent-
liche Bedingung im Sozialversiche-
rungsrecht 508

Gefahrenzurechnung

Einfluß der Rechtsprechung des Bun-
dessozialgerichts auf die — im Zivil-
recht 504

Gefahrerhöhung

wesentliche Bedingung und — 512f

Gefahrerhöhungslehre

im Arbeitsunfallrecht vor Einführung
der gesetzlichen Unfallversicherung
513

Gefälligkeitshandlungen

in der Unfallversicherung 255f

Gegliederte Krankenversicherung

Abgrenzung des Mitgliederkreises der
Ersatzkassen 226ff
Leitbild des BSG 226

Geheimhaltung

Pflicht zur — 700f

Geistliche(r)

Rechtsverhältnis zwischen — und Re-
ligionsgemeinschaft 350

Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst
583f

Geltungsbereich

persönlicher — des Gemeinschafts-
rechts 969ff

sachlicher — des Gemeinschaftsrechts
969ff, 978ff

territorialer — des Gemeinschafts-
rechts 978ff

zeitlicher — des europäischen Sozial-
rechts 978ff

Geltungsvorrang

der Verfassung 1037

*Gemeinsamer Erlass des RAM und RMF
vom 10. 9. 1944*

Arbeitsentgeltbegriff geprägt durch —
275

Weitergeltung des — 275

Gemeinsamer Senat

Bedeutung des — der obersten Bun-
desgerichte 50

Gemeinschaft

Fortentwicklung des Sozialrechts der —
995

Sozialrecht der Europäischen — 966f

Gemeinschaftsrecht

Anwendbarkeit geänderter Vorschrif-
ten des — auf Rentenleistungen und
vorher eingetretene Versicherungs-
fälle 992ff

Geltungsbereich des — 969

territorialer Geltungsbereich 978ff

Genehmigungen

keine Auflagen bei — durch Aufsichts-
behörden 201

Dienstordnung 578

Erteilung von — im Rahmen der Auf-
sicht 193

staatliche — für Satzungen 547f

Generationenvertrag

Kinderlastenausgleich als Bestandteil
des — 450f

Gerechtigkeit

allgemeine — 659

materielle — einer Norm und Bedürf-
nisse der Automation 658f, 1113f

Polarität von Rechtssicherheit und —
1047

Sach- und Wertstrukturen sozialer
Verteilungs — 630

Rechtsanwendungs- und Rechtsschutz-

- gleichheit 638
- soziale — 640
- soziale — durch soziale Gleichheit 655ff
- sozialstaatliche Verfahrens — 654
- und Sozialstaatsprinzip 638
- Gerichtsgebrauch*
 - Gewohnheitsrecht, — und Gesetzesänderung 1092f
- Gerichtshof*
 - der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) 967f
- Gerichtsverfassung*
 - Gesetzgebung über die — des Bundes-sozialgerichts 57ff
 - Vereinheitlichung der — 59ff
- Gerichtsverfassungsrecht* 783ff
- Gerichtsverwaltung*
 - Mitmischung der ehrenamtlichen Richter bei der — 880
- Geringfügige Einkünfte*
 - Erwerbsunfähigkeit bei — 297
 - Quantifizierung 1111
- Geringfügigkeit*
 - von Unterhaltszahlungen und Hinterbliebenenrente konkretisiert durch Sozialhilferecht 311
- Gesamtbetrieb*
 - Kassenzuständigkeit 232
- Gesamtversorgung*
 - Stellung der Rentenversicherung im Rahmen einer — 244f
- Geschäftsführer* 580
 - kein Ausschluß von — bei Trägern der Krankenversicherung und der kassen(zahn-)ärztlichen Vereinigungen von der Tätigkeit als ehrenamtliche Richter in Angelegenheiten des Kassenarztrechts 905
 - einer GmbH und Arbeitnehmereigenschaft 525f
 - Versicherungspflicht von — juristischer Personen 347f
- Geschäftsverteilung* 792ff
 - am BSG 792, 794f
 - am SG 792
 - und sachliche Zuständigkeit 792f
 - und Kompetenzüberschreitung 792f
- Geschiedenenwitwenrente*
 - bei Auflösung einer Ehe durch Wiederheirat nach unrichtiger Todeserklärung 493
 - Nichtaufnahme einer zumutbaren Erwerbstätigkeit durch den Mann und — 495
 - aufgrund einer Scheidung in Ost-Berlin oder der DDR 487
 - durchsetzbarer Unterhaltsanspruch und — 491
 - Unterhaltsanspruch nach dem EheG von 1946 und — 491
 - Unterhaltsverzicht und — 493
- Geschwister*
 - Kindergeld für — 466
- Gesellenausschüsse*
 - Mitwirkung bei Errichtung oder Erweiterung von Innungskrankenkassen 230f
- Gesetz*
 - Auslegung eines automationsfördernden — 1115ff
 - BSG als Mittler zwischen — und Wirklichkeit 544f
 - Entstehungsgeschichte eines — als Auslegungskriterium 1017
 - formelles — als Ermächtigungsgrundlage 542
 - objektiver Wille des 1015ff
- Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung* 10
- Gesetz und Recht*
 - Bindung der Rechtsprechung an — 1063
- Gesetzesanwendung*
 - Entscheidungsspielraum bei der — 1014
- Gesetzesbindung* 542ff, 1008ff, 1067
- Gesetzesflut*
 - Belastung der Sozialgerichtsbarkeit 64f
 - Gesamttenz der Sozialgesetzgebung 65
 - Grundsatz der Sozialstaatlichkeit und — 111
- Gesetzeslücke* 543
 - gesetzgeberische Festlegung des Spiel-

- raums zur Entwicklung von Richterrecht 62f
- Gesetzgebungsflut 64f
- Gesetzesteleologie*
 - Vorrang der — 1009ff
- Gesetzestext*
 - Grenze der Rechtsfindung 543
- Gesetzesvorbehalt*
 - Analogieverbot und — 1080ff
 - für Eingriff und Leistung 1017
 - unbestimmte Rechtsbegriffe und — 1083ff
 - Rechtsfortbildung und Sperrwirkung durch — aus § 31 SGB-AT 1078ff
- Gesetzgebende Gewalt*
 - Abgrenzung zum Richterrecht 225
- Gesetzgeber*
 - Blickwinkel des historischen — 544
 - historischer Wille des — 1015ff
 - Schweigen des — als Auslegungskriterium 1022f
- Gesetzgebung*
 - Anfälligkeit der demokratischen — für werbewirksame Gesetze 1034
 - automationsfördernde — 1113f
 - automationsgerechte — 1097ff
 - Bundessozialgericht als letzte Instanz der — 84
 - Gesetzeslücken 65
 - Grenzen staatlicher Sozialintervention 629f
 - Kompetenzregeln bei der Sozialgestaltung 668f
 - Kompetenzverteilung zwischen Rechtsprechung und — 671f
 - Perfektionierung staatlicher Sozialgesetzgebung 629
 - Rechtsfortbildungsbefugnisse des Bundessozialgerichts 225
 - Renten Anpassungsgesetze als Beispiele für eine automationsfördernde — 1114
 - Sozialgerichtsbarkeit als Kontrolle sozialer — 629f
 - Sozialstaatlichkeit als Aufgabe der — 628f
 - s. a. Sozialgesetzgebung
- Gesetzliche Krankenkassen*
 - siehe Krankenkassen
- Gesetzliche Krankenversicherung*
 - siehe Krankenversicherung
- Gesetzlicher Richter*
 - bei nicht vorschriftsmäßiger Besetzung 794f
 - und Geschäftsverteilung 805
 - und Rechtsmittelzulassung 784
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung*
 - 557f, 736, 747f, 751f
 - Herstellungsanspruch 175ff
- Gesundheit*
 - Belastungen in der Gesellschaft 244
- Gesundheitspolitik*
 - Gewerkschaften in der — 222f
- Gesundheitsschädigung*
 - Arbeitsbedingungen als Ursache von — 126
- Gesundheitssicherung*
 - durch die Selbstverwaltung 130
- Gesundheitsuntersuchung*
 - Mitwirkungspflicht 702f
- Gesundheitswesen*
 - Beurteilung durch Ärzte und Politiker 220
 - Einsatz von Sozialarbeitern 221
 - Konfliktursachen im — 220
 - Konzertierte Aktion 247f
 - sozialmedizinische Ausbildung der Ärzte 221
- Gewaltenmischung*
 - Rechtsprechungstätigkeit der Landesversicherungsämter als — 37
- Gewaltenteilung* 736, 739ff
 - Bundesregierung und Bundessozialgericht 85
 - ehrenamtliche Richter 740
 - zwischen Bund und Ländern 756
 - Rechtsfortbildung und — 1060
- Gewaltmaßnahmen*
 - anlagebedingtes Leiden und Mitverursachung durch nationalsozialistische — 503
- Gewerkschaften*
 - Mitwirkung in der Sozialen Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung 223
 - gewerkschaftl. Sozialpolitik 123f
 - Rolle der — in der Gesundheitspolitik 222f

- Selbstverwaltung und — 109ff, 141f
- Gewohnheitsrecht*
- Gerichtsgebrauch, — und Gesetzes-
änderung 1092f
- als Rechtsquelle des Sozialrechts 548f
- in der Rechtsprechung des Bundesso-
zialgerichts 1086ff
- Richterrecht und — 1087ff
- Staatsrecht und — 1088f
- Glaubhaftmachung*
- im Fremdrechtenrecht 617
- der Vaterschaft in § 45 Abs. 2 Ziff. 6
BVG, § 4 Abs. 2 FRG 482
- Gleichbehandlung*
- der Staatsangehörigen der EG-Mit-
gliedstaaten 978f
- Wertungsfolgerichtigkeit und — 1058
- Gleichbehandlungsgebot*
- Tragweite des gemeinschaftsrechtlichen
982ff
- Typisierung als Verstoß gegen das —
1110
- Gleichheitsbindung*
- Verwaltungsübung 549
- Gleichheitsgebot*
- und Berufsunfähigkeit 302
- Gleichheitsprinzip*
- Rechtsreform als Gegensatz zum —
572
- Gleichheitssatz* 718
- des Art 3 I GG und genereller — 665
- Begrenzung des Sozialstaatsprinzips
durch den — 658
- und Gestaltungsfreiheit des sozial-
rechtlichen Gesetzgebers 660f
- als Kontrollmaßstab bei Gesetzes-
überprüfung 656f, 660
- Kontrolle der Gestaltungs- und Diffe-
renzierungsfreiheit 664
- und materiale Gerechtigkeit 658f
- Rechtsfortbildung und — 1074ff
- in der Rechtsprechung des BSG 638,
632ff, 641
- und Sozialstaatsprinzip 655ff, 657f
- als Strukturmerkmal der Sozial-
rechtsordnung 634
- Typisierungsbefugnis des Gesetzgebers
und — 656, 662f
- Wertentscheidung für die Sozialord-
nung 636
- und Willkürverbot 656f, 661
- Gleichstellung*
- von Anwartschaften 978ff
- von Arbeitslosenzeiten und Beschäfti-
gungszeiten 991f
- der Beiträge in anderen Mitgliedstaaten
für Ausfall- und Zurechnungszeiten
988f
- Großer Senat* 795ff
- Besetzung 795f
- beteiligte Senate 795f
- Divergenzvorlage 796f
- Grundsatzvorlage 796f
- Mitwirkung ehrenamtlicher Richter 58
- Umdeutung der Divergenz- in Grund-
satzvorlage 797
- Grundgesetz*
- Bedeutung für das Sozialrecht 77
- Betonung des Sozialen 75
- Grundrechte* 698ff
- Ehe und Familie 716ff
- Entwicklung der — 696ff
- Freizügigkeit 729f
- Geltung für Nasciturus 714
- Gleichheitssatz 718
- Informationsfreiheit 714ff
- Kindererziehung 726
- Meinungsfreiheit 714ff
- Menschenwürde 698ff
- Mutterschutz 727f
- Persönlichkeitsrecht 704ff
- Pressefreiheit 714ff
- Rechtsprechung 698ff
- im Rechtsstaat 736ff
- uneheliche Kinder 728f
- Vereinigungsfreiheit 729
- Grundrente* 412ff
- und Minderung der Erwerbsfähigkeit
417ff
- Grundsätze*
- europäisches Sozialrecht 986ff
- Grundsätzliche Bedeutung*
- Zulassung der Revision wegen — 822
- Vorlage an Großen Senat 796
- Gruppenzugehörigkeit*
- der ehrenamtlichen Richter als Grund-

lage der anhängigen Rechtsstreitigkeit
878

Günstigkeitsregel

keine — im materiellen Sozialrecht
in der Rechtsprechung des BSG 1043
im Verfahrensrecht 1043

Gutachten

Weitergabe von — 700f

H

Häftlingshilfe 625

Halbwaisenrente

nach dem Tod der Mutter zu Lebzeiten
des Erzeugers nur — eines nichtehe-
lichen Kindes 482

Handlungsformen

des Sozialrechts 539
vertragsähnliche — im Sozialrecht
540

Handwerker

Sozialversicherung der — 345, 353ff
Versicherungspflicht der — 354f

Handwerksbetriebe

Innungskrankenkassen 231

Handwerksinnung

Innungskrankenkassen 231f

Handwerksrolle

Eintragung und Löschung in der —
354f

Hausfrau

Tätigkeit einer — als berufliche Tätig-
keit zur Voraussetzung einer Umschu-
lung 366
Umschulung einer — zur Lehrerin
373

Haushaltsgesetz

Rechtsanspruch nicht aufgrund von —
542

Heilbehandlung

aktive behandlungsbedürftige Tuber-
kulose 970ff
Pflicht zur Duldung einer — 560

Heimarbeit

Verfügbarkeit und — 379

Heiratswegfallklausel

Verfassungsmäßigkeit 722f

Herstellungsanspruch 149ff, 158ff, 170ff,
556ff

Abgrenzung zum Folgenbeseitigungs-
anspruch 153, 170f, 316

Amtshaftung und — 313, 314

Beweislast 178

Dispositionsschaden 176

Einordnung ins Staatshaftungsgesetz
182

Fallgruppen 157, 172ff

Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
175ff

Inhalt des — 171, 176, 183

konkurrierende Anspruchsgrundlagen
183

Mißbrauch des — 179

Mitverschulden 181

positivrechtliche Anspruchsnorm 178ff

Rechtsprechungsübersicht zum — 155f

Rechtsweg zur Sozialgerichtsbarkeit
für — 181, 317

verfassungsrechtliche Grundlage 170
aus Verletzung von Informationspflich-
ten und Betreuungspflichten im Ver-
sicherungsverhältnis 313f

Verjährungseinrede 172

Vorteilsausgleich 180

zukünftige Entwicklung 178ff

Hilfsmittel

Ausstattung mit — 238ff

körperliche Funktionsstörungen und —
240

in der Krankenversicherung 238ff

RehaAnglG in der Krankenversiche-
rung 239

Hinkende Ehe

Bestand der Witwenrente einer in —
wiederverheirateten Witwe 483, 484

Hinterbliebenenrente

an geschiedenen Ehegatten auf Grund-
lage nachelichen Unterhaltsanspruchs
308

aus Rentenversicherung abhängig vom
letzten wirtschaftlichen Dauerzustand
des Unterhalts vor dem Tode des Ver-
sicherten 305, 306, 307, 308

in gesetzlicher Rentenversicherung als
integrierter Bestandteil der Unterhalts-
sicherung 303

Unterhaltssatzfunktion der —
303ff, 310ff

geringfügige Unterhaltszahlungen lösen
keine — aus 311
geringfügige Unterhaltszahlung konkretisiert durch Mindestbedarf am Sozialhilferecht 311, 312
nach Verschollenen 480
Versorgungsausgleich und — der gesetzlichen Rentenversicherung 304
Hinterbliebenenversicherung 8
Einführung einer — im Rentenversicherungsrecht durch RVO 8
Höherversicherung
Steigerungsbeträge bei — 1116
Höherversicherungsbeiträge
Nachentrichtung von — 1122f

I—J

Impfschäden 403f
Informatik
BSG als Pionier der juristischen — 1095ff
Information
Bedarf auf — 162
Folgen fehlerhafter — 149ff, 172ff, 750ff
fehlerhafte — über Unterhaltsansprüche 174f
Öffentlichkeitsarbeit des Bundessozialgerichts 87
Sozialrechtsdokumentation des Bundessozialgerichts 87f
Umfang der — bei Leistungsanträgen 164ff
Informationsfreiheit 714ff
Informationspflicht 158ff
Arbeitsverwaltung 166
EDV und — 160
Grenzen der — 154
der Krankenkasse 166
Massenverwaltung und — 160
verfassungsrechtliche Grundlagen 159ff
Informationsquellen 161
Ingenieurschule
Förderungsfähigkeit eines Aufbaustudiums an einer staatlichen — durch die BA 369

Inland 615
Innungskrankenkassen
Eintragung in die Handwerkerrolle 231f
Errichtung von — 229ff
Gefährdung des Bestands von Ortskrankenkassen 229f
Mitwirkung von Gesellenausschüssen 230f
Zuständigkeit von — 231f
Inquisitionsmaxime
Grenzen der — im Verwaltungsverfahren 919
Konsequenzen bei Verletzungen der — im Verwaltungsverfahren 920
Institutionelle Garantie 716f
Interessenjurisprudenz 1010
Intimsphäre
Verletzung der — 700f
Invalidität
Zusammenhang zwischen Feindeinwirkung und — nach § 1263a a. F. RVO 503
Invaliditäts- und Altersversicherungs-gesetz vom 22. 11. 1889 6
Errichtung von Schiedsgerichten durch — 6
Judikative
als Ersatzgesetzgeber 1118
Juris-Teilprojekt Sozialrechtsdokumentation 1135
Juristen
Arbeitslosigkeit von — vor Aufnahme in den Vorbereitungsdienst 381
Justizstaat
Flucht des Gesetzgebers aus der politischen Verantwortung 63

K

Kaiserliche Botschaft
Einführung der Selbstverwaltung durch die — 136
Kammer des SG 791f
Besetzung der — 792, 801f
Kompetenzkonflikt 792f

Kassenarztrecht 20

kein Ausschuß von Geschäftsführern
bei Trägern der Krankenversicherung
und der kassen(zahn)ärztlichen Ver-
einigungen von der Tätigkeit als ehren-
amtliche Richter in Angelegenheiten
des — 905

Kassenzuständigkeit

Gesamtbetrieb 232
Innungskrankenkassen 231f

Kasuistik

Pflege sozialrechtlicher — durch das
Bundessozialgericht bei Eingliederung
Behinderter 334

Kausale Leistungspflicht 563

Kausalität 404ff

Auswirkung von Alkoholgenuß auf —
406
und Bindungswirkung von Bescheiden
412ff
und Entschädigungsrecht 563ff
haftungsausfüllende — 262f, 408ff
haftungsbegründende — 257ff, 404ff
und kriegseigentümlicher Gefahrenbe-
reich 406ff
in KOV 404ff, 498
Normzweck und — bei der Gefähr-
dungshaftung 507
überholende — 411
im Unfallversicherungsrecht 563ff
Vor- und Nachschäden 409ff

Kausalitätslehre

Unterschiede zwischen — des Unfall-
versicherungsrechts und Adäquanz-
theorie 505

Kausalitätsnorm

Einfluß der — der wesentlichen Bedin-
gung auf die Ziviljustiz 498
in der Renten- und Krankenversiche-
rung 503

Kausalzusammenhang

Schadensersatzverbindlichkeit und —
im Zivilrecht 505
Unterbrechung des — bei der Gefähr-
dungshaftung 507
Verletzung einer Verhaltenspflicht und
adäquater — im Zivilrecht 506

Kettenarbeitsverträge

sozialversicherungsrechtliches Beschäfti-
gungsverhältnis 519f

Kind(er)

Begriff im Kindergeldrecht 462ff
in Kindergärten in der Unfallversiche-
rung 256f

Kindererziehung

Grundrechtsschutz 726f

Kinderfreibeträge

Abschaffung der — 440f

Kindergeld

Anspruchsvoraussetzungen 461ff
bei mehreren Anspruchsberechtigten
468f
Auszahlung ins Ausland 475
Beginn und Ende der Auszahlung
471f
während der Berufsausbildung 466f
bei Einkünften der Kinder 467
Entwicklung der — gesetzgebung
437ff
Funktion des — 448ff
Höhe des — 472
Rechtsprechung des BSG zum — 437ff
Rückzahlungspflicht 473f
Übertragbarkeit und Pfändbarkeit
472f
Umgehen von Versagungsgründen
469
Unterhaltsvermutung zugunsten der
Eltern 457
Zusammentreffen mit ähnlichen Lei-
stungen 469ff
s. auch Kindergeldrecht, Kinderzula-
gen, Kinderzuschüsse

Kindergeldgesetz

Inhalt des — 438f

Kindergeldkasse

Einrichtung der — 439f

Kindergeldrecht

Altersgrenzen im — 466ff
allgemeine Grundlagen des — 448ff
Begriff des Kindes 462ff
Grundgesetz und — 718f
Grundprinzipien des — 456ff
Kompetenz des Bundesgesetzgebers
455f

- und Verfassungsrecht 454ff
- Verwaltungsverfahren 474ff
- Zulässigkeit von Berufung und Revision 444f
- Zuständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit 441f
- s. auch Kindergeld
- Kinderlastenausgleich*
 - Kindergeld als — 449ff
 - als Bestandteil des Generationenvertrages 450f
- Kinderpflege*
 - Grundrechtsschutz 726
- Kinderzulagen*
 - Zusammentreffen mit Kindergeld 469f
 - tarifliche — 531
- Kinderzuschläge*
 - Rechtsnatur besoldungsrechtlicher — 590
- Kinderzuschuß*
 - Ausschluß 721
 - Zusammentreffen mit Kindergeld 469f
- Kirchenbeamte*
 - Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst 583f
- Kirchliche Trauung*
 - Ausfall der Witwenrente bei nur — 484
- Klageänderung im Revisionsverfahren* 862
- Klagerücknahme im Revisionsverfahren* 864
- »Kleine Witwenrente«
 - Anerkennung von Zurechnungszeiten als Ausfallzeiten bei der — 1121f
- Knappschaften*
 - Bundesknappschaft Rechtsnachfolger der früheren — 983
- Knappschaftsarztssystem*
 - Vereinbarkeit mit GG 708f
- Knappschaftsrente*
 - Erwerbsunfähigkeit bei — 982ff
 - Ruhe von — 982ff
- Kodifikation*
 - eines allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts 911f
 - Weg der — im Sozialrecht 84
- Kollektives Arbeitsrecht*
 - Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum — 530ff
- Kollision*
 - von Abkommen und innerstaatlichem Recht 960ff
- Kollisionsgrundsätze* 946ff
- Kollisionsnormen* 945ff
- Kompetenz*
 - Bund-Länder-Verhältnis und Sozialversicherungsträger 99ff, 105f
- Kompetenzkonfliktsgerichtsbarkeit* in Bayern 782
- Kompetenzstreitigkeiten*
 - im Bereich der Eingliederung Behinderter 335
- Konkrete Betrachtungsweise*
 - der Berufsunfähigkeit 287ff, 295ff, 1119
 - der Erwerbsunfähigkeit 287ff, 295ff, 1119
 - Teilzeitarbeitsmarkt und — 298
- Konkretisierungsprimat*
 - des Gesetzgebers 1039
- Konkurrierende Gesetzgebung* 755, 757
- Kontenklärungsverfahren*
 - Verwaltungsakt im — der Rentenversicherung 320
- Kontrollfunktion*
 - der ehrenamtlichen Richter 884
- Kontrollrat*
 - einheitliche Sozialversicherung in den Richtlinien des — von 1946 27
- Konventionen*
 - völkerrechtliche — 963f
- Konzertierte Aktion*
 - im Gesundheitswesen 247f
 - Zuständigkeit des Bundessozialgerichts bei Streitigkeiten 249
- Koordination*
 - der Leistungsträger bei der Eingliederung Behinderter 342
 - innerstaatlicher Vorschriften über die soziale Sicherheit 996
- Koordinierungsausschuß*
 - Vereinheitlichung des Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrechts 60

Koordinierungskommission
Zusammenfassung der Verfahrensordnungen 89

Körperersatzstücke
Anspruch auf Ausstattung mit — in der Krankenversicherung 238ff

Kostenbeteiligung
in der Krankenversicherung 219

Kostendämpfungsgesetz
Ausgleich finanzieller Auswirkungen der Rechtsprechung zur Krankenversicherung 83
Auswirkung auf die Selbstverwaltung 129f
Aussicht auf Realisierung 245
Auswirkungen auf den Leistungsumfang der Krankenversicherung 245

Kostenexplosion
in der Krankenversicherung 220
Rechtsprechung des Bundessozialgerichts 81f

Kostenfreiheit
des Verfahrens vor dem RVA 15

Kraftfahrzeug
Ausschluß des Anspruchs nach § 57 AFG auf Bezuschussung von Anschaffungskosten eines — bei Übersteigen des Bemessungsbetrages für ein zweckmäßiges Fahrzeug 340
Erstattung von Kosten für die Anschaffung eines — durch die BA an Behinderte 337, 338, 376
Erstattungsanspruch nach dem BVG bei Anschaffung eines —, dessen Preis über dem Höchsterstattungsbetrag liegt 341

Kraftfahrzeughalter
Schadenshaftung des — 508

Kraftfahrzeugreparaturen
Erstattung von — durch die BA an Behinderte 337

Krankengeld
Arbeitsunfähigkeit 234
Aussteuerung 236
Bezugsdauer des — 233ff
Entscheidungen des Bundessozialgerichts zum — 233ff
Erlöschen der Mitgliedschaft 237f

finanzielle Belastung der Krankenkassen 220
Leistungsverbesserungsgesetz 1961 233ff
Rahmenfrist bzw. Blockfrist 234f
Wiedergewährung von — 237f
Zweckbestimmung des — 234f

Krankenkassen
Abgrenzung des Mitgliederkreises 226ff
Genehmigung der Dienstordnungen und Stellenpläne von — 599ff
Wettstreit der — 220

Krankenversicherung
Abgrenzung zur Rentenversicherung 237
Anstehende Probleme 244ff
Aufgabenkreis der — 236f
Ausgabensteigerung durch Gesetzesänderungen 245
Auswirkung des Lohnfortzahlungsgesetzes auf die — 130
Beitragszuschuß zur freiwilligen — der Rentner 994f
Darstellung und Behandlung in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 223f
Entwicklung der sozialen — 219f
finanzielle Belastungen durch die Rechtsprechung 247
gesetzlicher Anspruch auf — in den Niederlanden 995
Kostenbeteiligung 219
Kostendämpfungsgesetz 220, 245
Kostenexplosion 220
Kosten-Leistungsdenken in der gesetzlichen — 240
Krankengeldleistungen 220
leistungsausdehnende Gerichtsentscheidungen des Bundessozialgerichts 67f
Leistungsverbesserungen in der — 219
Leistungsverbesserungsgesetz von 1973 67
Reprivatisierung sozialer Risiken 222
Sachleistungen der — der Rentner durch den Wohnortstaat 995
und Selbstverwaltung 129f
Situationsanalyse 217ff
Sozialreform 219

- System einer gegliederten — 226
- System der Gesundheitssicherung 249
- im System der Sozialen Sicherheit 217f
- verfassungsrechtlicher Schutz gegen organisatorische Veränderungen 112f
- Verhältnis zwischen Mündigkeit der Bürger und autoritärem Wohlfahrtssozialismus 222
- Wechsel der Aufgaben der — 130f
- Zukunftsperspektiven und ordnungspolitische Komponente 246f
- Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz*
- Begründung des Entwurfs 236
- Krankenversicherungsgesetz vom 15. 6. 1883* 4f
- Krankheit*
- Abgrenzung zwischen Behinderung und — 332, 334
- Begriff aus medizinischer Sicht 241
- Begriff der — in der gesetzlichen Krankenversicherung 241ff
- Begriff der — in der Sozialwissenschaft 241
- Behandlungsbedürftigkeit 242f
- Definition der — 330
- Leistungen bei — 973
- Regelwidrigkeit 242f
- Tendenzen in der Rechtsprechung des BSG zum Begriff der — 243f
- Krankheitsfall*
- Unterscheidung vom Pflegefall 236
- Kreishandwerkerschaft*
- als Arbeitgebervereinigung mit der Berechtigung zur Aufstellung von Vorschlagslisten für ehrenamtliche Richter 893
- Kriegsfolgenrecht* 607ff
- Kriegsgefangenschaft*
- Berücksichtigung als Ersatzzeit 987
- Kriegsopferfürsorge*
- Zuständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit für Schwerbeschädigtenrecht und — in der parlamentarischen Diskussion 44, 45
- Kriegsopferversorgung* 391ff
- Ausgleichsrente 419f
- behördliche Maßnahmen im unmittelbaren Zusammenhang mit Kampfhandlungen oder deren Vorbereitung 399f
- berufliche Betroffenheit 418f
- Berufsschadensausgleich 411, 420ff
- Elternrente 429f
- Entschädigung wegen unrechtmäßiger Straf- und Zwangsmaßnahmen 398f
- Erstattungsansprüche unter Leistungsträgern 431ff
- Familienzuschläge 425
- Grundrente 417ff
- haftungsausfüllende Kausalität 408ff, 498
- haftungsbegründende Kausalität 404ff, 498
- Heilbehandlung 415f
- Hinterbliebenenversorgung 425ff
- Internierung 397f
- Kampfhandlungen 399
- Kausalität und Bindungswirkung von Bescheiden 412ff
- Kausalitätstheorie der wesentlichen Bedingung 404ff
- Kriegsgefangenschaft 397f
- kriegseigentümlicher Gefahrenbereich 402f
- Kumulierung von Versorgungsleistungen mit Versorgungsleistungen und anderen Leistungen 430f
- Leistungen der — 415ff
- Leistungsrecht der — 392
- Krankenhauspflege 416
- militärähnlicher Dienst 392ff
- militärischer Dienst 392ff
- Minderung der Erwerbsfähigkeit 417ff
- mittelbare Schädigung 411f
- Pflegezulage wegen Hilflosigkeit 424
- Pflegezulage für Hirnbeschädigte 425
- Rechtsprechung in der — durch die Spruchkammern der Obergerichtsämter und Landesversicherungsämter 34
- Schwerstbeschädigtenzulage 423ff
- Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern 97
- überholende Kausalität 411
- Umsiedlung 402
- unmittelbare Kriegseinwirkungen 399ff

Verschulden des Schädigers und Ver-
ursachung in der — 499
Waisenrente 428f
Wegeunfälle 396f
Witwen- und Waisenbeihilfe 429
Witwenrente 426f
Verschleppung 402
Kündigungsschutzklage
Sperrfrist und — 387
Künstlervermittlung
Rechtsprechung des BSG zur — 364

L

Laienelement
Beteiligung des — in der Sozial-
gerichtsbarkeit 43
Laienrichter
Verhältnis von Berufsrichtern und —
in der parlamentarischen Diskussion
44
s. a. ehrenamtlicher Richter
Länderproporz
bei der Richterwahl 86
Landesarbeitsämter
Wahrnehmung der Rechtsprechungs-
funktion in der Arbeitslosenversiche-
rung durch die Spruchkammern bei
den Oberversicherungsämtern und
den — 33
Landespersonalausschuß
Bindung an die Entscheidung des —
587
Überprüfung von Entscheidungen
des — durch Sozialgerichte 587f
Landesversicherungsämter 7
Ersatz des Reichsversicherungsamtes
und — in Bayern und Württemberg-
Baden 30
Rechtsprechung in der Kriegsopfervers-
orgung durch die Spruchkammern der
Oberversicherungsämter und — 34
Rechtsprechungstätigkeit der — als
Gewaltentmischung 37
Landesvollzug
Durchbrechung des Grundsatzes des
Primats des — bei der Zuständigkeit
von Aufsichtsbehörden 193

Landwirt(e)
Sozialversicherung der — 355ff
Unternehmereigenschaft der — 355ff
Lastenausgleich 622f
Zuständigkeit mehrerer Versicherungs-
träger 623
Lebensretter
Rechtswegzuweisung bei Ansprüchen
des — 778
Lebensrettung
Leistungspflicht bei — im Ausland
952f
Legitimation
demokratische — des Gesetzgebers
1016
Lehrerin
Umschulung einer Hausfrau
zur — 373
Lehrgangsgebühren
Versagung der Förderung bei unange-
messenen hohen — 377
Lehrinstitut
keine Förderungswürdigkeit der Lehr-
gänge am — für das kommunale
Sparkassen- und Kreditwesen durch
die BA 371
Lehrwerkstatt
als überbetriebliche Einrichtung i. S.
des § 40 AFG 371
Leiharbeit
Arbeitsvermittlung und — 363
Rechtsprechung des Bundessozial-
gerichts zur Arbeitnehmerüberlassung
530
Leiharbeitsverhältnis
Eingliederung des Leiharbeitnehmers
in den Betrieb des Entleihers und —
363
Zulässigkeit von — 364
Leistungsausweitungen
Gesetzgebung in der Krankenver-
sicherung 245
Leistungsbescheid
feststellender Verwaltungsakt und —
i. S. v. § 1744 RVO 323
Leistungsexport
Garantie des — 985
Leistungsfähigkeit
Gefährdung der — von Ortskranken-

SACHREGISTER

kassen durch Errichtung von Innungs-
 krankenkassen 229f
Leistungsgewährung
 Ungleichbehandlung bei der — im
 Recht der Eingliederung Behinderter
 340
Leistungsgruppen
 Schlechtwettergeld 725
 Zuordnung zu — im FRG 616f
Leistungshöhe
 Anpassung der — 571
Leistungsklage
 bei Versagung einer Mitwirkung durch
 Aufsichtsbehörde 205
Leistungsmitverantwortung 561f
Leistungsrecht
 in der Unfallversicherung 267ff
Leistungsreduzierungen
 aus sozialpolitischer Sicht 221f
Leistungsseite
 Kollisionsgrundsätze für die — 948ff
Leistungsverbesserungsgesetz 1961
 Bezugsdauer des Krankengeldes 233ff
Leistungsverhältnis
 Sozialrechtliches — 562ff
Leistungsverwaltung
 Abgrenzung zur Eingriffsverwaltung im
 Sozialrecht 538
 Wandel von der Eingriffsverwaltung
 zur — 1098
Leistungsverweigerung
 Recht zur — bei Mitwirkungsverwei-
 gerung 561
Leistungszweck 563f
Leitende Angestellte
 als ehrenamtliche Richter aus dem
 Kreis der Arbeitgeber 899
Lex posterior
 Geltung der — -Regel im Verhältnis
 von Abkommen und innerstaatlichem
 Recht 962
Lex specialis
 Geltung der — -Regel im Verhältnis
 von Abkommen und innerstaatlichem
 Recht 962
Lohnersatzfunktion
 der Berufs- und Erwerbsunfähigkeits-
 renten 288

Lohnfortzahlungsgesetz
 Auswirkungen auf die Krankenver-
 sicherung 130
Lohnhälfte
 und zumutbare Versicherungsfähigkeit
 301
Lotto- und Totogesellschaften
 Selbständigkeit der Bezirkstellenleiter
 in — 351f

M

Maßnahmeort
 Wohnsitz und — bei beruflichen
 Bildungsmaßnahmen 376
 Zumutbarkeit des Umzugs an den —
 bei beruflicher Bildung 377
Mehrfachversorgung
 als Anlaß zum Wegfall der Rente 484
Meinungsfreiheit 714ff
Meisterlehrgang
 einheitliche Bildungsmaßnahme von
 Meisterprüfung und — bei der be-
 ruflichen Fortbildung 370
Meistersöhne
 abhängige Beschäftigung 526f
 sozialversicherungspflichtige Beschäfti-
 gung als — 283
Menschenwürde 653, 695ff, 736f
 Mitteilung von Prozeßgutachten 700f
 Mitwirkungspflichten 702f
 Rücknahme von Rentenbescheiden
 698ff
 Verhältnis zum Sozialstaatsprinzip
 703f
 Versicherungspflicht 702
 Versorgungsehe 703
Militärähnlicher Dienst 392ff
 Hilfsdienste für die Wehrmacht 393
 dem — eigentümliche Verhältnisse
 394ff
 Zivildienst in der Wehrmacht 397
Militärischer Dienst 392ff
 Berücksichtigung als Ersatzzeit 987
 dem — eigentümliche Verhältnisse
 394ff
 Zivildienst in der Wehrmacht 397
Minderheiten
 Berücksichtigung von — bei Aufstel-

lung der Vorschlagslisten für ehrenamtliche Richter 894
Minderung der Erwerbsfähigkeit 417ff
Mindestbedarf
 individuelle Berechnung des — 312
 pauschalierende Berechnung des 312, 313
 im Sozialhilferecht als Maßstab für Geringfügigkeit von Unterhaltszahlungen bei Ansprüchen auf Hinterbliebenenrente 311, 312
Mindestversicherungszeit
 Zuständigkeitsregel 976
Mißglückter Arbeitsversuch
 Lehre vom — 521f
 Modell für das Arbeitsrecht 521f
Mitbestimmung
 in der Selbstverwaltung 110, 113, 128
Mitgliederabgang
 durch Errichtung von Innungs- und/oder Betriebskrankenkassen bei Ortskrankenkassen 230
Mitgliederkreis
 Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung bei Anwendung der Ursprungssatzung 228
 gesetzliche Krankenkassen 226ff
 Mitgliederkreisverordnung für Ersatzkassen 227
 Rechtsprechung des BSG zur Mitgliederkreisverordnung 227ff
 Risikostrukturen bei RVO-Kassen 232f
 Ursprungssatzung der Ersatzkassen 227f
 Zuweisung durch Gesetz 232
Mitgliedschaft
 Krankengeld nach Erlöschen der — 237f
 nachgehende Ansprüche in der Krankenversicherung 237f
Mittelbares Beschäftigungsverhältnis 528f
Mitverursachung
 anlagebedingtes Leiden und — durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen 503
 Begriff der wesentlichen — und Adäquanzlehre 504

Mitwirkung
 der ehrenamtlichen Richter bei der Gerichtsverwaltung 880
 Einschränkung der — von Aufsichtsbehörden auf Nachprüfung 201
 von Gesellenausschüssen bei Errichtung von Innungskrankenkassen 230f
 der Sozialpartner 579
 der Verbände in der Selbstverwaltung 579
 des Verletzten zum Schadenseintritt in §§ 7 Abs. 2, 9 StVG 509
 der Versicherten 539
Mitwirkungsbefugnisse
 Ausübung von — durch die Aufsichtsbehörden 190, 198f
 Beschränkung auf Rechtsmäßigkeitsskontrolle bei — der Aufsichtsbehörden 198, 200
 Einengung der — der Aufsichtsbehörden in der Sozialversicherung auf präventive Rechtskontrolle 191
 Ergänzung der Aufsicht durch — 186
Mitwirkungspflicht 559ff, 702f, 711f
 des Bürgers im sozialrechtlichen Verwaltungsverfahren 920f
 Inhalt der — 560f
Mitwirkungsverweigerung 561
Mutterschutz 727f

N

Nachentrichtung
 Höherversicherungsbeiträge 1122f
Nachgehende Ansprüche 237f
Nachprüfung
 Überzahlung aufgrund fehlerhafter — 1109
Nachschieben von Gründen
 beim Verwaltungsakt 933f
Nachversicherung
 von ausgeschiedenen Beamten 592
Nachtlosigkeit
 zwischen Arbeitslosen- und Rentenversicherung (keine Nullfälle) 296, 297, 299
Nasciturus
 Schutz durch GG 714

- Schutz des — in der Unfallversicherung 252f
- Nationalsozialismus*
erzwungene Arbeitslosigkeit 618
und Selbstverwaltung 115, 117ff, 136
Verfolgungszeit 618ff
Wiedergutmachung von Unrecht des — 617ff
- Naturalrestitution*
sozialversicherungsrechtlicher Schadensersatz und — 315
bei Verletzung sozialversicherungsrechtlicher Nebenpflichten 315
- Nebenpflichten*
Herstellungsanspruch aus Verletzung vertragsähnlicher — im Versicherungsverhältnis 316
Verletzung sozialversicherungsrechtlicher — führt zu Anspruch auf Schadenersatz durch Naturalrestitution 315
- Neckerei*
Arbeitsunfall und Spielerei und — erwachsener Beschäftigter 502
- Neigung*
Förderungsfähigkeit von Lehrgängen zur Prüfung der — für einen bestimmten Beruf durch die BA 369
- Neubescheid* 568f
- Neufestsetzung*
auf Antrag oder von Amts wegen 993f
Gemeinschaftsrecht 993f
- Neuroseschäden*
Rechtsprechung des BSG und des BGH zu — 512
- Neutralitätspflicht*
der BA bei Arbeitskämpfen 388, 389
- Nichteheliches Kind*
Befugnis des Pflegers zur Geltendmachung von Rentenansprüchen eines — 482
Feststellung der Vaterschaft zur Klärung der Berechtigung des — auf abhängige Versicherungsleistungen 482
Gleichstellung mit ehelichen Kindern 728f
Halbwaisenrente eines — zu Lebzeiten des Erzeugers nach dem Tod der Mutter 482
Krankenversorgung eines — nach seinem Erzeuger 481
Rente eines — nach seinem Erzeuger 481
- Nichtigerklärung*
Witwenrente bei — der Ehe nach dem Tod des Versicherten 493
bei — der Zweitehe keine Abfindung bei Drittehe 490
- Nichtzulassungsbeschwerde* 819, 821, 824, 834ff
Begründetheit der — 824
Begründung der — bei Grundsatzrevision 836f
Begründung der — bei Divergenzrevision 836f
Begründung der — bei Verfahrensrevision 837f, 852
Frist für Einlegung der — 834f
Statthaftigkeit der — 824
Verfahren bei — 834, 838
Vertretungszwang 835
Zulässigkeit der — 834ff
- Nikotingenuß*
Arbeitsunfall und — 502
- Normergänzungsfunktion*
bei der juristischen Hermeneutik 1056
- Normenerkenntnisfunktion*
der juristischen Hermeneutik 1056
- Normenzweck*
als Auslegungskriterium 119f
Rechtsfortbildung und — 1073
als Substanz der gesetzgeberischen Entscheidung 1067f
Vorrang vor Wortlaut 1070ff
- Notverordnungen*
Auswirkungen auf Selbstverwaltung 116
- Nullfälle*
keine — bei Nahtlosigkeit zwischen Arbeitslosen- und Rentenversicherung 296, 297, 299
- O
- Oberschiedsamt für Knappschaftsärzte* 20
Oberschiedsgericht für Angestelltenversicherung 9, 20

- Oberversicherungsämter* 8
 Anfechtung der Entscheidungen der —
 im Beschlußverfahren vor den Ver-
 waltungsgerichten 33
 Beteiligung von ehrenamtlichen Rich-
 tern in den Spruchkörpern der Ver-
 sicherungsämter und — 882
 Spruchkammern der — als besondere
 Verwaltungsgerichte 32
 richterliche Unabhängigkeit bei den —
 35
 Wahrnehmung der Rechtsprechungs-
 funktion in der Arbeitslosenversiche-
 rung durch die Spruchkammern bei
 den Landesarbeitsämtern und den —
 33
 Zersplitterung der Rechtsprechung
 der — 30
- Obliegenheit*
 Mitwirkung als — 561
- Öffentlicher Dienst*
 Begriff des — 583f
 Ernennung von Angehörigen des —
 586ff
 Unterschied zum privatrechtlichen
 Arbeitsverhältnis 584
- Öffentlichkeit*
 Rechtsprechung des Bundessozial-
 gerichts und Unterrichtung der — 87
- öffentlich-rechtliche Streitigkeit(en)*
 s. Streitigkeit(en)
- öffentlich-rechtlicher Vertrag* 562ff
- Ordensmitglieder*
 Förderung der beruflichen Fortbil-
 dung von — 375
- Ordnungsgeld*
 Festsetzung eines — gegen einen
 ehrenamtlichen Richter 908
- Organisationsreform*
 der Sozialversicherung 132, 145
- Ortskrankenkassen*
 Mitgliederabgang durch Errichtung von
 Innungs- und/oder Betriebskrankenkassen 230
 s. a. Krankenkassen
- P
- Parität*
 paritätische Zusammensetzung der
 Selbstverwaltungsorgane 120f, 131f,
 137ff, 142
- Partizipation*
 in der Selbstverwaltung 113, 133
- Persönlichkeit*
 freie Entfaltung der — 704ff, 713,
 737ff
- Pflegefall*
 Unterscheidung zwischen Krankheits-
 fall und — 236
- Pflegekind*
 im Kindergeldrecht 447, 464f, 718
- Pfleger*
 Befugnis des — zur Geltendmachung
 von Rentenansprüchen eines nichttehe-
 lichen Kindes 482
 Entgennahme des Rentenbescheids
 durch den — 483
 Entgegennahme von Rentennachzah-
 lungen durch den — 483
 Terminvertretung vor dem Sozial-
 gericht durch den — 483
- Pflichtaufgaben*
 gesetzlich den Sozialversicherungs-
 trägern übertragene — 577
- Pflichtenkollision* 740f
- Pflichtwidrigkeit*
 Anlaß für rechtliche Mißbilligung 540
- Politische Parteien*
 Mitwirkung bei Richterwahl 61
- Präjudizialfragen*
 Aussetzen des Verfahrens bei — 767
- Präjudizialverhältnisse*
 Zuständigkeit eines Gerichtszweiges
 777
- Präjudizien*
 Kontinuität der Rechtsprechung und —
 1089ff
- Präsidialrat*
 Mitwirkung bei Richterwahl 86
- Prävention*
 in der Sozialversicherung 127
- Praktikabilität*
 Rechtssicherheit und — 1058
- Praktisch verschlossener Arbeitsmarkt*
 Änderung der Verhältnisse des — 291
 aus Beschäftigungsstatistik nicht fest-
 stellbar, ob — 294, 295
 für Frauen, wenn sie nur noch unter

- halbschichtig arbeiten können 293
 bei Teilzeitarbeit nach Jahresfrist vergeblicher Vermittlungsversuche 296
 für Teilzeitarbeit, wenn Verhältnis der Interessenten zu Arbeitsplätzen ungünstiger als 75:100 289, 290, 291
 für Teilzeitkräfte bei zusätzlich starker Leistungseinschränkung 293, 294
- Prediger*
 Selbständigkeit der — (siehe auch Geistliche) 349f
- Pressefreiheit* 714ff
- Preußisches Oberverwaltungsgericht*
 Rechtsprechung des — zum Einschreiten der Aufsichtsbehörde bei Ansprüchen Dritter 209f
- Primärkompetenz*
 Beachtung der — der Selbstverwaltung durch die Aufsichtsbehörde 200, 201
- Prinzip des einmaligen Ausgleichs*
 im Kindergeldrecht 459, 468ff
- Prinzipienqualität*
 Regelungsvergleich und — 1047
- Private Zwecke*
 Arbeitsunfall und Verrichtung zu — 501, 502
- Privatversicherungen*
 Wettbewerb der Sozialversicherungsträger mit — 781
- Privatnützigkeit*
 Abgrenzung zur Betriebsnützigkeit 1031
- Privatrecht*
 internationales (IPR) 944f
- Programmierung*
 Einwirkung der Rechtsprechung auf die — 1119ff
- Proporz*
 der Länder bei Richterwahl 86
- Pro-rata-temporis-Prinzip* 950
- Prozeßbevollmächtigter*
 der öffentlichen Verwaltung 856f
 von Vereinigungen 857ff
- Prozeßrecht*
 des Bundessozialgerichts (s. auch u. Revision u. Nichtzulassungsbeschwerde) 817ff
 Fortentwicklung des — für die Sozialgerichtsbarkeit 89
- Prozeßvoraussetzungen*
 unverzichtbare — im Revisionsverfahren 852f, 864f
 Nachprüfung der — durch Revisionsgericht 870
- Q
- Quantifizierung*
 Bedenken gegen — unbestimmter Rechtsbegriffe 1112
- R
- Recht*
 autonomes — der Sozialleistungsträger 548
 Kontinuität des — 544
 relatives — 541
 als Mittel der Sozialgestaltung 1016
 Verhältnis von innerstaatlichen — zu Abkommen 960ff
- Rechtliches Gehör*
 Grundsatz des — im Verwaltungsverfahren 926f
 Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu Verletzungen des — im Verwaltungsverfahren 927
 Verletzung des Anspruchs auf — 826ff, 828f
- Rechtmäßigkeitskontrolle*
 Beschränkung auf — bei Mitwirkungsbefugnissen der Aufsichtsbehörden 198
- Rechtsänderung* 571f
- Rechtsakte*
 beispielgebende richterliche — 550ff
- Rechtsanwälte*
 kein Ausschluß von — vom Amt als ehrenamtlicher Richter 907
- Rechtsaufsicht*
 Aufsichtsrecht als — 578
 Einengung durch — 190
 Einhaltung des Grundsatzes von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit 213
 Einschränkung der — durch Differenzierung zwischen Richtnormen und Grenznormen 191
 Ermessensbetätigung der Versicherungsträger durch — nicht ersetzbar 196

- Ermessenskontrolle und — 189
 Interpretation unbestimmter Rechtsbegriffe und — 197
 Nachprüfbarkeit von Ermessensentscheidungen im Rahmen der — nur auf Rechtsfehler 196
 Recht im Sinn der — 195
 keine materielle Rechtsänderung der Grundlagen für die — durch IV § 87 Abs. 1 SGB 195
 Überschreiten von Verwaltungsvorschriften als Anlaß für Eingreifen der — 195
 Zweckmäßigkeitssupervision und — 186
Rechtsbehelfsbelehrung
 Erforderlichkeit der — 926
Rechtsbehelfe
 Ausschluß des Anspruchs auf Aufsichtsmaßnahmen durch Spezialität der — 207
Rechtsbehelfsfrist
 Bekanntgabe als Bedingung für den Beginn des Laufs einer — 573f
Rechtsfehler
 Nachprüfbarkeit von Ermessensentscheidungen im Rahmen der Rechtsaufsicht nur auf — 196
Rechtsfindung
 Regelungsvergleich und — 1046
 Rechtsfortbildung und — 1068
 gesetzesergänzende — 1068
Rechtsfolgen
 gegenwärtige und zukünftige — vergangener Ereignisse 992ff
Rechtsfortbildung
 Auslegung und — als Abgrenzungproblem 1065ff
 Gleichheitssatz und — 1074ff
 Gerechtigkeit und — 1061, 1062
 Gewaltenteilung und — 1060
 Grenzen der — bei der Auslegung von Sozialversicherungsabkommen 960
 Normzweck und — 1073
 Rechtfertigungsgründe der — in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts 1070ff
 Rechtsfindung und — 1068
 Rechtssicherheit und — 1073
 richterliche — 550ff
 in der Sozialversicherung Selbständiger 359f
 Sperrwirkung für — durch Gesetzesvorbehalt in § 31 SGB-AT 1078ff
 in der Unfallversicherung 252, 263, 267ff
 Verhältnis des BSG zur gesetzgebenden Gewalt 225
 verfassungskonforme — 1085
Rechtsgrund
 Bescheid als — für eine Leistung 567
Rechtsgewinnung
 Richterrecht und — 1059, 1060
Rechtskraft
 Urteil und Neubescheid 568f
 von Verwaltungsbescheiden 744
Rechtskontrolle
 bei Mitwirkungsbefugnissen der Aufsichtsbehörden Beschränkung auf — 200
Rechtslage
 Änderung der — 570ff
Rechtsmittel
 der Revision s. u. Revision
 Einlegung bei einer Verbindungsstelle 996ff
 keine — garantie durch Art. 19 IV GG 789
 — zulassung 784ff
Rechtsmittelfrist
 Wahrung der — bei Einlegung eines Rechtsmittels bei einer Verbindungsstelle 996ff
Rechtsnatur
 der Aufsichtsmaßnahmen 203f
 von Weisungen im Rahmen der Zweckmäßigkeitssupervision 203
Rechtsnormcharakter
 der Anordnungen des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit 362
Rechtspflegeministerium
 Bundessozialgericht 60
Rechtsprechung
 s. auch u. Sozialgerichtsbarkeit
 Analogieschlüsse und Sozialgesetzgebung 84
 Aufspaltung der Funktionen von Verwaltung und — 36
 automationsfördernde — 1115ff

- Bedeutung für das Verfahrensrecht der Sozialverwaltung 914
 Einbeziehung der — in die Gesetzgebung 226
 Einwirkung der — auf die Programmierung 1119ff
 finanzielle Auswirkungen der — 70f, 81f, 226, 247
 Kompetenzverteilung zwischen Gesetzgebung und — 671f
 Kompetenzverteilung zwischen — und Verwaltung 672
 Konfliktsituation zwischen Einzelfallgerechtigkeit und richtungsweisender Auslegung 79f
 Kontinuität der — 551f
 in der Kriegsoferversorgung durch die Sprudkammern der Oboversicherungsämter und Landesversicherungsämter 34
 als letzte Instanz der Gesetzgebung 84
 Mehrbelastung der Versicherungsträger durch die — 226
 aus der Sicht der Bundesregierung 78ff
 sozialpolitische Wirkungen der — 81f
 Sozialstaatlichkeit als Aufgabe der — 627ff
 Spruch- und Beschlusstätigkeit der Oboversicherungsämter als — 32
 Wandel der — 551
 Tendenzen 80f
 unbestimmte Rechtsbegriffe 80
 Verhältnis zur Sozialgesetzgebung 79
 Wegbereiter der Kodifikation im Sozialrecht 84
 Wirkungen der Sozialgesetzgebung auf die — 62ff
 Zurückhaltung der Rechtswissenschaft gegenüber der — 224
- Rechtsprechungswandel*
 unechte Rückwirkung und — 1093
- Rechtsprechungstradition*
 als Auslegungskriterium 1023
- Rechtsqualität*
 von Verwaltungsvorschriften 195
- Rechtsquellen*
 des internationalen Sozialversicherungsrecht 944
 sonstige generelle — 548ff
- Rechtsschutz*
 gegen Aufsichtsmaßnahmen vor Einrichtung der Sozialgerichtsbarkeit 189
 Unterschiede in den Systemen des — 997f
- Rechtssicherheit* 738f, 748
 Anforderungen an die — bei maschinell gefertigten Bescheiden 1103
 Polarität von Gerechtigkeit und — 1047
 Praktikabilität und — 1058
 Rechtsfortbildung und — 1073
 Übernahme von Richterrecht durch den Gesetzgeber 66f
 unbestimmter Rechtsbegriff 1030ff
 Verstehen der Sprache einer Entscheidung 1000f
- Rechtsstaat*
 Begriff 735, 736
 Grundrechte 736ff
 Menschenwürde und — 703
 Verhältnis zum Bundesstaat 735
 Verhältnis zum Sozialstaat 218, 734f, 743
- Rechtsstaatsprinzip* 706, 733ff
 Bestimmtheitsgrundsatz 738
 Einzelelemente des — 736, 738ff
 Gerechtigkeit und Rechtssicherheit als Elemente des — 1037
 Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 736, 747f, 751f
 Gewaltenteilung 739ff
 Gleichheitsgrundsatz 738, 743
 Menschenwürde 736f
 Rechtssicherheit 738f, 748
 Rücknahme fehlerhafter Bescheide 744ff, 747ff
 schriftliche Begründung als Forderung des — 1105
 Selbstverwaltung 758ff
 Stetigkeit der Rechtsprechung 739ff
 Unabhängigkeit des Richters 739ff
 Verbot der Rückwirkung von Gesetzen 738f, 741ff
 Vertrauensschutz 739, 744ff, 747ff
- Rechtstheorie*
 allgemeine — 1006f
 Relativismus in — 1074

Rechtsweg

- bei Aufrechnung im Prozeß 779
- bei Darlehen eines Hoheitsträgers 779f
- Entscheidung über die Zulässigkeit des — zu den Sozialgerichten 782
- bei Ersatzansprüchen Drittgeschädigter 778
- bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis 594
- gespaltenen — bei Schadensersatzansprüchen aus Amtshaftung und Versicherungsverhältnis 314
- zur Sozialgerichtsbarkeit für Herstellungsanspruch 317
- bei Streitigkeiten von Dienstordnungsangestellten 604f
- bei Streitigkeiten nach LAG 622
- bei Streitigkeiten über öffentlich-rechtliche Forderungen 772f
- bei Wettbewerb von Sozialversicherungsträgern mit Privatversicherungen 781

Referendar

- Rechtsstellung im Vorbereitungsdienst 585f
- Unterhaltszuschuß 588f

Regelungsvorstellung

- des Gesetzgebers in der Rechtsprechung des BSG 1052, 1053

Regelwidrigkeit

- Krankheitsbegriff 242

Regierungskommissionen

- Beteiligung des Bundessozialgerichts an — 88

Rehabilitation

- und Eingliederung Behinderter 327, 328, 329
- Entscheidungen des Bundessozialgerichts zu Zuständigkeitsfragen bei der — 326
- Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur — 239
- Hilfsmittel, Körperersatzstücke in der Krankenversicherung 238f
- inhaltliche Divergenz zwischen Eingliederung Behinderter und — 329

Reichsknappschaftsgesetz vom 23. 6. 1923
9

Reichsschiedsamt für Kassenärzte 20

Reichsschiedsamt für Kassenzahnärzte und Zahntechniker 21

Reichsversicherungsamt 3ff

- Beteiligung von ehrenamtlichen Richtern bei den Spruchsenaten des — 880, 881, 882
- Beschlußsenate des — 13
- als besonderes Verwaltungsgericht 12
- Bundesversorgungsamt als Ersatz für das — 36
- erweiterte Bindungswirkung grundsätzlicher Entscheidungen des — 16f
- Erweiterung der Zuständigkeit des — durch RVO 8
- Gang des Verfahrens vor den Senaten des — 14f
- Großer Senat des — 7, 16
- als letzte Instanz in Rechtsstreitigkeiten der Sozialversicherung 6
- Kostenfreiheit des Verfahrens vor dem — 15
- nichtständige und ständige Mitglieder des — 13
- Oberschiedsamt für Knappschaftsärzte beim — 20
- Oberschiedsgericht für Angestelltenversicherung beim — 9, 20
- als oberste zentrale Fachbehörde 11
- Plenar- und Abteilungssitzungen des — 16
- Rechtsprechung des — als Vorstufe zur Rechtsprechung des BSG 10ff
- Rekurs an — 6
- Revision an — 6
- Spruch- und Beschlußsenate für die knappschaftliche Versicherung beim — 9
- Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim — 17f
- Spruchsenate des — 13
- staatsrechtliche Stellung und Organisation des — 11
- Verfahren zur nicht fallbezogenen Entscheidung grundsätzlicher Rechtsfragen 18f
- Zulässigkeit von Rekurs und Revision nach Wegfall des — 32
- Zusammensetzung der Spruchkörper des — 13f

Reichsversorgungsgesetz 21
Reichsversicherungsordnung (RVO) vom
19. 7. 1911 8

Auswirkung der — auf die Selbstverwaltung 116
 Einführung einer Hinterbliebenenversicherung im Rentenversicherungsrecht durch — 8
 Erweiterung der Zuständigkeit des RVA durch — 8
 Neuordnung des gesamten Sozialversicherungsrechts durch — 8
 Neuordnung des Verfahrensrechts in der — 9

Rekurs

an das Reichsversicherungsamt 6
 Zulässigkeit von Revision und — trotz Wegfalls des Reichsversicherungsamtes 32

Religionsgemeinschaft

Rechtsverhältnis zwischen der — und ihren Geistlichen 349f

Rente

Anspruch auf — nach den Rechtsvorschriften mehrerer Mitgliedstaaten 995
 Zahlung einer — als Leistung der sozialen Sicherheit 983ff

Rentenabfindung

keine — anlässlich einer dritten Ehe 490

Rentenansprüche

Verjährung von — aus der gesetzlichen Rentenversicherung 317ff

Rentenbescheid

Bindungswirkung von Verfügungssatz und weiteren Elementen des — 321
 Entgegennahme des — durch den Pfleger 483

Rentenbezieher

als ehrenamtliche Richter aus dem Kreis der Versicherten 898

Rentenentziehung

rückwirkende — 705, 707

Rentenerhöhung

in der Unfallversicherung 269ff

Rentennachzahlungen

Entgegennahme von — durch den Pfleger 483

Rentenreformgesetz

und pflichtversicherte Selbständige 345f

Rentenversicherung

Abgrenzung zur Krankenversicherung 237
 Aufgaben im Rahmen umfassender Gesamtversorgung 244f
 Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur — 273ff
 Verwaltungsverfahren und — 320ff und Selbstverwaltung 129
 Verfolgungszeiten 618

Rentenversicherungsträger

ausländische — 611

Revisibles Recht 872

maßgebender Zeitpunkt 873
 Auslegungsregeln, Denkgesetze und Erfahrungssätze 873
 und irrevisibles Recht 874
 und überbezirkliches Recht 873
 Folgen der Irrevisibilität für das Revisionsgericht 874

Revision 818ff

Antrag 849f, 856
 von Amts wegen zu beachtende Verfahrensmängel 852f, 864f
 Armenrecht 848, 854, 855
 Aufhebung und Zurückverweisung 866
 begründete — 865ff
 Begründung der — 846ff, 854
 Beschwer 844
 Bindung an tatsächliche Feststellungen 869ff, 861ff
 Bindung an Zulassung 821, 783ff
 Divergenz 822, 823
 Einlegung der — 845ff, 855f
 Entscheidung im — sverfahren 863ff
 Frist für Begründung der — 847f, 855
 Grundsatz- (§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG) 822
 Kausalitäts- 819, 828
 Nachprüfung des angefochtenen Urteils 865
 Nachprüfung von Erfahrungssätzen 870f
 Nachprüfung von Prozeßhandlungen und Prozeßvoraussetzungen 825, 870
 Postulationsfähigkeit 845, 854f

- maßgebliche Rechtslage 865
- Rechtsschutzbedürfnis 845
- an Reichsversicherungsamt 6
- Rüge von Verfahrensmängeln in — sbe-
gründung 851f
- Selbstbindung des — sgerichts 868
- Statthaftigkeit der — 818ff
- Verfahrens — 819, 823
- Vertretungszwang 791, 854f
- Verwerfung der — als unzulässig
863f
- Zulassungsausspruch bei Zulassung der
— 783f, 820
- Zulassungsgründe 822ff
- Zulassung bei mehreren prozessualen
Ansprüchen 820
- Zulassungs — 818ff
- Zulässigkeit der — 818ff
- Zweck des — sverfahrens 818, 875
- Revisionsgericht*
Bundessozialgericht als reines — 44
- Richter*
s. unter ehrenamtliche Richter
- Richterliche Unabhängigkeit*
Mitwirkung der ehrenamtlichen
Richter und — bei den Spruchkörpern
883, 884
- Richterrecht*
Abgrenzung zur gesetzgebenden Gewalt
225
- Auslösefaktor für abweichende Gesetz-
gebungsmaßnahmen 68f
- informativische Einbeziehung von —
finanzielle Auswirkungen 70f
- gesetzgeberische Festlegung zur Ent-
wicklung von — 62f
- Grenzen legitimen — 631
- durch den Gesetzgeber 73
- Gewohnheitsrecht und — 1087ff
- Kompetenzkonflikt zum Bundesver-
fassungsgericht 225
- Möglichkeiten zur Fortentwicklung
des Rechts nach § 43 SGG 224f
- normative Kraft des — 1090, 1092
- Rechtsgewinnung durch — 1059, 1060
- Rechtsprechung des Bundessozialge-
richts zur Berufs- und Erwerbsunfähig-
keit 70
- sozialstaatliches — 659
- Übernahme von — des Bundessozialge-
richts durch die Gesetzgebung 66ff
- Richterwahl*
Beteiligung der Bundesregierung 86
- Bundessozialgericht 61
- Länderproporz 86
- Mitwirkung des Bundestages 61
- Mitwirkung der Länder 91
- politisch-demokratische Legitimation
61
- Vorsortierung durch Präsidialrat 86
- Richterstellen*
Bundeshaushalt 85f
- Richterwahlausschuß*
keine Mitwirkung des — bei der Be-
rufung ehrenamtlicher Richter 890
- Zusammensetzung 86
- Risiko*
Wandel der — struktur in der Sozial-
politik 124ff
- Risikoverteilung*
zwischen Arbeitslosen- und Rentenver-
sicherung 299, 300, 302
- Rückforderung*
Einschränkungen der — bei Überzah-
lungen 559
- zu Unrecht erbrachter Leistungen 1109
- von Unterhaltsgeld 377
- Rückforderungsansprüche*
Rechtsweg bei — aus dem Versiche-
rungsverhältnis 774
- Rücknahme*
von rechtswidrigen Leistungsbescheiden
698ff, 704ff, 744ff, 747ff
- fehlerhafter maschinell erstellter Ver-
waltungsakte 1106ff
- Vertrauensschutz bei — eines Verwal-
tungsakts 1106ff
- Rückwirkung*
von Gesetzen 738f, 741ff
- Rentenentziehung 705
- Unterscheidung zwischen echter und
unechter — 571
- Rückzahlungspflicht*
von Kindergeld 473f
- Ruhen*
von Arbeitslosengeld beim Bezug von
ausländischen Sozialleistungen 957
- der Knappschaftsrente 982ff
- der Rente wegen Berufs- oder Erwerbs-
unfähigkeit bei Zusammentreffen mit

Arbeitslosengeld 299, 300, 303
Rundfunkfreiheit 715f
RVO-Kassen
 s. Krankenkassen

S

Sachkunde
 medizinische — bei der Sachverhaltsfeststellung 575
Sachnähe
 als Abgrenzungskriterium für Rechtswegzuweisung 777ff
Sachurteilsvoraussetzungen
 Nichtbeachtung oder Verkennung (unverzichtbarer) — 829f, 852f
Sachverhaltsfeststellung
 medizinische Sachkunde bei der — 575
Sachverständiger
 ehrenamtlicher Richter als Ersatz für den — 885
Satzung
 Rechtsquelle des Sozialrechts 546ff
 Satzungsautonomie 759f
 Ursprungssatzung der Ersatzkassen 227f
 Wirkungsbereich von — 547
Satzungsbefugnis
 Begrenzung durch Gesetze 577
Satzungsgewalt 576f
Selbständige(r)
 Aufnahme der — in die gesetzliche Rentenversicherung 345f
 Bezirksstellenleiter der Lotto- und Totogesellschaften als — 351f
 Förderung von Bildungsmaßnahmen für — 375
 Handwerker als — 353ff
 Landwirte als — 355ff
 Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung an — 381
 Prediger als — 349f
 Keine Weisungsgebundenheit des — 349f
selbständige Tätigkeit
 Abgrenzung von sozialversicherungsrechtlichem Beschäftigungsverhältnis 282, 283, 523f

Einsatz eigenen Kapitals als Merkmal der — 352
 Fremdrentenrecht 613
Selbständigkeit
 Begriff der — in der Rechtsprechung des BSG zur Arbeitslosigkeit 382f
Selbstbeteiligung
 Ausschluß der Aufsicht bei — der Aufsichtsbehörde 212
Selbsteintritt
 Zulässigkeit des — als Aufsichtsmittel 201, 202, 203
Selbsthilfe
 Beiträge als Form der — 540
Selbsthilfe beim Wohnungsbau
 Schutz der — in der Unfallversicherung 253f
Selbsthilfeversuch
 Dauer eines gescheiterten — 1111
Selbstschädigung
 schuldhafte — und Normzweck des § 7 Abs. 1 StVG 509
Selbsttötung
 in der Unfallversicherung 262
Selbstverwaltung 576ff
 Begrenzung durch das Aufsichtsrecht 577f
 Arbeitgeber und — 135ff, 141f
 und Aufsicht 144, 188
 Begriff der sozialen — 141
 eigentlicher Bereich der — 577
 Beseitigung durch Nationalsozialismus 115, 117ff, 136
 Einführung durch die Kaiserliche Botschaft 136
 Entwicklung der — 109ff
 Funktionswandel der — 136
 Gewerkschaften und — 109ff, 141f
 Grenzen staatlicher Aufsicht und — 603f
 Mitwirkung der Gewerkschaften in der sozialen — 223
 als Konkretisierung des Sozialstaatsgebots 113, 131
 Krankenversicherung und — 129f
 Legitimationsgrundlagen der — 112ff, 131f

- Mitbestimmung in der — 110, 113ff
 Organe der — 758
 Organisationsreform der — 145
 Parallele zur kommunalen — 576
 paritätische Beteiligung in der — 120f, 131f, 142
 Beachtung der Primärkompetenz der — durch die Aufsichtsbehörde 200, 201
 Rentenversicherung und — 129
 Satzungsautonomie 759f
 Sozialpolitik und — 140
 Sozialversicherung 757ff
 als Erfordernis des Sozialstaatsprinzips 667
 Verbandsautonomie 760
 verfassungsrechtliche Garantie der — 112f, 136, 138, 140
 der Unfallversicherung 127f
 Wahlen 761
- Selbstverwaltungsgesetz* 122, 137, 138
- Selbstverwaltungsorgane*
 paritätische Zusammensetzung der — 120f, 137ff
- Selbstverwaltungsprinzip*
 als konstitutives Element der Sozialversicherung 136f
 Führerprinzip und — 115ff, 117ff, 136
 Legitimationsgrundlagen des — 131f
- Senat* 791ff
 Besetzung 802
 Geschäftsverteilung 792ff
 Zuständigkeit und Geschäftsverteilung 791ff
- Seuchenbekämpfung*
 Zuständigkeit der Rentenversicherungsträger 971ff
- Sicherheit*
 Rentenzahlung als Leistung der sozialen — 983ff
- Sinn und Zweck*
 Auslegungskriterium 1024f
- Sinnzusammenhang*
 Auslegungskriterium 1024f
- Sitz des Versicherungsträgers*
 als Anknüpfungspunkt für die Bestimmung des anwendbaren Rechts 950
- Soldatenrecht*
 Rechtsnatur des Wehrdienstverhältnisses 595
 Rechtsprechung des BSG zum — 595ff, 605
- Soldatenversorgungsgesetz* 391, 403
- Sonstiger Grund*
 Unterhaltstitel als — für die Unterhaltspflicht 488
- Sorgfaltspflicht*
 Folgen der gegenseitigen — 558
- Sozialbudget*
 Anteil der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der Finanzierung 247
- Sozialer Ausgleich* 640f, 647
- Soziale Entschädigung* 392ff
 Tatbestände der — 392ff, 403f
- Soziales Entschädigungsrecht* 391ff
 s. auch Kriegsopferversorgung
- Soziale Krankenversicherung*
 siehe Krankenversicherung
- Soziale Leistungen*
 übergesetzliche Garantie — und Einrichtungen 630
- Soziale Rechte*
 Funktion der — 339
 als Interpretationsgrundlage für die rechtsanwendende Praxis 339
 multifunktionale Bedeutung der — 338
 im SGB 1 1034
- Soziales Recht*
 der Eingliederung Behinderter 325ff
- Soziales Schutzprinzip*
 Versicherungsprinzip und — 1047
- Soziale Sicherheit*
 und Krankenversicherung 217f
 öffentliche Fürsorge und — 974
 Wanderarbeitnehmer 963, 966f
- Soziale Sicherung*
 Aufgaben der — aufgrund des Sozialstaatsprinzips 644ff
 Prinzip der Einheitlichkeit — 668
 Überversicherung und — 221
- Soziale Selbstverwaltung*
 siehe Selbstverwaltung
- Sozialenquete-Kommission*
 zur ordnungspolitischen Kompatibilität 221

- zum Verhältnis von Beitrags- und Anspruchs-niveau 248f
- Sozialförderungsrecht*
 - Leistungsgrund im — 575
- Sozialgebundenheit*
 - von Rechtspositionen in der Sozialversicherung 688, 690
- Sozialgerichtsbarkeit*
 - Auftrag des Sozialstaatsprinzips an — 629f
 - ehrenamtliche Richter 58f, 77f
 - Einheit von Arbeits- und — oder separate — 27
 - Entstehung der — 57ff
 - Erweiterung der Zuständigkeit der — 60
 - Fortentwicklung des Prozeßrechts für die — 89
 - „Sozialstaatsrechtsprechung“ und (traditionelle) „Rechtsprechung“ 630f
 - Trennung von Arbeitsgerichtsbarkeit und — bei der Beratung im Bundestag 42
 - Verfassungswidrigkeit der Zusammenfassung von Arbeitsgerichtsbarkeit und — 41
 - Verhältnis zu anderen Gerichtszweigen 769
 - als besondere Verwaltungsgerichtsbarkeit 43
 - Zusammenfassung von Arbeitsgerichtsbarkeit und — bei den Beratungen des Parlamentarischen Rats 38, 39
 - Zuständigkeit der — für Kriegsopferfürsorge und Schwerbeschädigtenrecht in der parlamentarischen Diskussion 44, 45
- Sozialgerichtsgesetz*
 - Gesetzentwurf 57
 - Novelle von 1974 59
 - Verfahrensbeschleunigung 59
 - zukünftige Entwicklung 59ff
- Sozialgerichtsverband* 88
- Sozialgesetzbuch*
 - Mitwirkungspflicht im — 702f
 - Vereinheitlichungstendenzen im Verwaltungsverfahren 913
 - Verwaltungsverfahren 745f
 - Zuständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit 60
- Sozialgesetzgebung*
 - Belastung der Rechtsprechung durch die Vielzahl gesetzlicher Neuregelungen 64f
 - Berücksichtigung von sachverständiger Erfahrung des Bundessozialgerichts bei der — 73f
 - Flucht des Gesetzgebers aus der politischen Verantwortung bei der — 63
 - Gefahr einer Verrechtlichung in der — 79
 - informatorische Einbeziehung von Richterrecht 73
 - Justizstaat 63
 - Sozialrechtsprechung 55ff
 - Tendenz zur Kompliziertheit 65
 - Übernahme von Richterrecht des Bundessozialgerichts 66ff
 - Verhältnis zur Rechtsprechung des Bundessozialgerichts 79
 - Weg der Kodifikation im Sozialrecht 84
- Sozialgestaltung*
 - Recht als Mittel der — 1016
- Sozialhilfe*
 - Zuständigkeit für Tuberkulosehilfe 970ff
- Sozialhilferecht*
 - Leistungsgrund im — 574f
- Sozialisierung*
 - Sorge der Ärzte um eine — im Gesundheitswesen 220
- Sozialistengesetz* 115
- Sozialeleistungen*
 - Anteil der — am Bruttosozialprodukt 79
 - Ruhen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld beim Bezug von ausländischen — 957
- Sozialeleistungsträger*
 - Bundesländer als — 97
- Sozialmedizin*
 - Ausbildung der Ärzte 220

Sozialordnung

verfassungsrechtliche Grundlagen der — 636f
und soziale Daseinsvorsorge 635f
Kompetenzregeln bei der staatlichen Sozialgestaltung 668f
Leitlinien für die Sozialgestaltung 666f
staatlicher Sozialauftrag und gesellschaftliche Selbstverantwortung 666f
und Sozialstaatsprinzip 627f
Sozialstaatsprinzip und Gleichheitsätze als Grundlage der — 642ff
Strukturprinzipien verfassungsmäßiger — 635
verfassungsmäßige — 636ff, 639ff
Zuständigkeitsverteilung bei der staatlichen Sozialgestaltung 667

Sozialpolitik

Arbeit des Bundestages 55ff
Bundessozialgericht und die Arbeit des Bundestages 55ff
Entwicklung in der Bundesrepublik 221
Finalprinzip in der — 123f
gewerkschaftliche — 123f
Grundpositionen 221
Leistungsreduzierungen 221f
Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen 247f
Kriterien für gesundheitspolitische Entscheidungen 248
ordnungspolitische Kompatibilität 221
Selbstverwaltung und — 140
Verhältnis des BSG zur — 249
Verrechtlichung der — 111
wissenschaftliche — 217f

Sozialprodukt

Bedeutung für gesundheitspolitische Entscheidungen 248

Sozialrecht

Abkoppelung vom Verwaltungsverfahrensgesetz 912
Begriff des europäischen — 966f
Bundessozialgericht als Helfer bei der Sozialrechtsentwicklung 63
Dokumentation des — 87f
Entwicklung der Grundbegriffe des —

durch die Rechtsprechung 1118f
der Europäischen Gemeinschaften 966f, 986ff, 995
Grundgesetz als Ansatzpunkt 77
häufige Reformen des — 1022
internationales — 944f
sozialethische Entwicklungstendenzen 1029f
und Verwaltungsverfahrenrecht 911ff

Sozialrechtsdokumentation des BSG

1125ff, 1131
Benutzerkreis 1138ff
Benutzerprofil 1146ff
Dokumentaufbereitung 1146ff
Haushaltsmittel des Bundessozialgerichts 61
Informationsertrag 1138ff
Informationsverbesserung als Planungsziel 1133f
als Juris-Teilprojekt 1135
Methoden der Informationsgewinnung 1134f
Stellenwert der — 1135ff
übergreifende rechtspolitische Zielsetzungen der — 1140ff

Sozialrechtsentwicklung

Beitrag des BSG zur — 56

Sozialrechtsordnung

verfassungsgemäße — 637ff

Sozialrechtspflege 3ff

Entwicklung der — 22

Sozialreform

in der Krankenversicherung 219

Sozialrichter

s. ehrenamtlicher Richter 878

Sozialstaat

Ehe und Familie im — 726
Grundrechte im — 696f
Krise durch Anspruchsdenken 222
Menschenwürde und — 703f, 706
Verhältnis zum Rechtsstaat 218, 734f, 737

Sozialstaatlichkeit

Herleitung von Ansprüchen aus der — 335
als Prozeß 333

Sozialstaatsprinzip

als Aufgabe der Sozialgerichtsbarkeit 627ff

- als Auslegungsgrundsatz 1040
- als Auslegungsrichtlinie 634ff
- Berufsfreiheitsgewährleistung und — 1041
- Berufsunfähigkeit und — 302
- Besitzstandswahrung durch — 650, 669
- Formen staatlicher Existenzsicherung durch — 646
- und Gleichheitssatz 627ff, 655ff
- und Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 652
- Hilfe bei sozialer Bedürftigkeit 645
- Höhe der Witwenrente und — 724
- Informationspflichten 161
- Inhalt 627f, 634f, 634ff
- Sozialstaatsprinzip*
 - Konkretisierung des — durch Selbstverwaltung 113
 - permanenter Konkretisierungsauftrag 628
 - Mitwirkungspflichten 651, 655
 - in der Rspr. des BSG 643ff
 - Rentenhöhe 646
 - Schutz des sozial Schwächeren 646
 - und soziale Sicherheit 640
 - soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich 640
 - als Strukturmerkmal der Sozialrechtsordnung 634ff
 - und subjektives Recht des einzelnen 649
 - als „offenes System“ 628f
 - und Übermaßverbot 651
 - Verbindung zwischen — und Rechtsstaatsprinzip 633f
 - im verfassungsrechtl. Sinne 628
 - Verwirklichung in den Sozialgesetzen 225
 - und Wohlfahrtsstaat 645
- Sozialverfassung* 636ff, 639
 - s. auch unter Verfassungsrecht
 - »grundgesetzliche« — 639ff
- Sozialversicherung*
 - Aufsicht in der — 185f
 - Beiträge zur ausländischen — 957
 - Beiträge zur — der DDR 949
 - Durchnormierung der — 143
 - Selbstverwaltung 757ff
 - als wandlungsfähiges Sozialrechtssystem 647
 - und Sozialstaatsprinzip 640f, 647
 - verfassungsrechtliche Garantie der — 140
 - Verhältnis zur Wirtschaft 135, 142
 - Wirtschaftlichkeit der — 709f
- Sozialversicherungsabkommen* 957, 958ff
 - Konkurrenz zweiseitiger — 962f
- Sozialversicherungsrecht*
 - Abgrenzung zum Privatrecht 769f
 - Anwendungsbereich des deutschen — 946ff
 - Begriff des internationalen — 943f
 - europäisches — als Teil des internationalen — 944
 - interlokales — 951f
 - Leistungsgrund im — 575
 - Rechtsquellen des internationalen — 944
 - Schutzbedürfnis der abhängig Beschäftigten 516f
 - Verhältnis zum Arbeitsrecht 515ff, 535
- Sozialversicherungsrechtliche Ansprüche*
 - eigentumsrechtlicher Schutz — 678, 679, 680, 681, 683, 684, 686
 - dynamischer Eigentumsschutz — aus Eigentumsgarantie als Teilhaberecht 693, 694
 - keine Enteignung bei bloßem Austausch funktional gleichwertiger — 691
- sozialversicherungsrechtliches Beschäftigungsverhältnis*
 - siehe auch Beschäftigungsverhältnis
 - Abgrenzung von selbständiger Tätigkeit 282, 283
 - und Arbeitsverhältnis 279ff
 - Eingliederungstheorie bei — 281
 - Elemente des — 281
 - faktisches — 280
 - eines Meistersohns 283
 - Rechtsprechungseinfluß auf Grundbegriff des — 274ff
 - Streik, der gewerkschaftlich organisiert, suspendiert — grundsätzlich nur 285

Sozialversicherungsreform 117ff, 132f

Sozialversicherungsträger

Aufsicht über — 100

Bundesunmittelbarkeit von — 99ff

Hauptaufgaben der — 112

Verhältnis von bundesunmittelbaren

zu landesunmittelbaren — 100ff

Wettbewerb mit Privatversicherungen
781

Sozialversicherungspolitik

Wandel der — 123, 127f

Sozialverwaltung

Bedeutung des Verwaltungsver-
fahrensrechts für die — 913

Besonderheiten der — 538

Rechtsbeziehungen zwischen

Trägern der — 938f

Sperrfrist

Kündigungsschutzklage und — 387

Kündigung wegen Eheschließung
und — 387

Rechtsprechung des BSG zur — 386f

Spielelei

Arbeitsunfall und Neckerei und —
erwachsener Beschäftigter 502

Unfallversicherungsschutz bei — mit
Sprengekörpern 501

Spieltrieb

Berücksichtigung des — in der UV 501

Sportlehrer

Umschulung zum — 373

Sprengekörper

Unfallversicherungsschutz bei Spie-
lerei mit — 501

Spruchinstanzen

der gesetzlichen Unfallversicherung
als besondere Gerichtsbarkeit 32

Spruchkammern

der Oberversicherungsämter als be-
sondere Verwaltungsgerichte 32

Rechtsprechung in der Kriegsopfer-
versorgung durch die — der Ober-

versicherungsämter und Landes-
versicherungsämter 34

Wahrnehmung der Rechtsprechungs-
funktion in der Arbeitslosenversiche-
rung durch die — bei den Oberver-
sicherungsämtern und Landesarbeits-
ämtern 33

Spruchsenat

für die Arbeitslosenversicherung
beim RVA 17f

Spruchtätigkeit

der Oberversicherungsämter als
Rechtsprechung 32

Sprungrevision 838ff

bei Ausschluß der Berufung 839

Beteiligung der ehrenamtlichen

Richter bei der Zulassung der — 889

formwidrige Zulassung der — 840

gleichzeitig eingelegte Berufung 838

nachträgliche Zulassung der — 840

Rechtsmittelbelehrung des SG bei —
838f

Rechtsmittelgegner 841f

Zulassung der — nicht im Tenor
840

Zulassungsausspruch bei — 839f

Zustimmung zur — 841ff, 855

Zweck der — 838

Subsidiarität

wiederaufgelebter Witwenrenten 490

Supranationales Recht 956

Systemgerechtigkeit

als Maßstab von Rechtsfortbildung 543

Sch

Schadensausgleich

sozialversicherungsrechtlicher — im
Staatshaftungssystem 149ff

Schadensberechnung

abstrakte — in der Unfallversiche-
rung 267ff

Schadensersatzanspruch

bei Informationsfehlern 171

Rechtsweg bei — aus dem Versiche-
rungsverhältnis 775f

sozialrechtlicher — 151f

sozialversicherungsrechtlicher — und
Naturalrestitution 315

Schadenshaftung

des Kraftfahrzeughalters 508

nach § 7 StVG und ursächlicher Zu-
sammenhang 508

Schadenseintritt

Mitwirkung des Verletzten zum — in
§§ 7 Abs. 2, 9 StVG 509

- Schadensersatzverbindlichkeit*
 Kausalzusammenhang bei einer — im Zivilrecht 505
- Scheidungsurteil*
 Bindung an den Schuldausspruch im — für die Unterhaltspflicht 487
 Witwenrente und — 486
- Scheidungsstatut*
 Unterhaltsanspruch und — 491
- Scheineheliches Kind*
 Rentenanspruch eines — nach seinem wirklichen Erzeuger 481
- Schiedsgerichte* 5,8
 für Angestellte 9
 für Arbeiterversicherung 6
 Errichtung von — durch Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. 11. 1889 6
 Errichtung von — durch Unfallversicherungsgesetz vom 6. 7. 1884 5
- Schlechtwettergeld* 725
- Schlichtes Verwaltungshandeln*
 Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum — 929ff
 Regelungsbedürftigkeit dieser staatlichen Handlungsform 931
- Schüler*
 in der Unfallversicherung 256f
- Schülerunfallversicherung*
 Einführung der — 251f
- Schuldspruch*
 Bindung an den — im Scheidungs- urteil für die Unterhaltspflicht 487
 Scheidungsurteil ohne — 487
- Schuldverhältnis*
 sozialrechtliches — 555
- Schutzbedürfnis*
 abhängig Beschäftigter im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht 516f
- Schutzbereich*
 der Eigentumsgarantie in der Praxis des BSG 677
 der Norm und haftungsbegründende Kausalität 257ff
 der Norm im Sozialversicherungs- recht 512
 Theorie der wesentlichen Bedingung und — der Norm 510f
 Unfallversicherungsschutz und — der Norm 502
- Schwangerschaft*
 Verfügbarkeit bei — 381
- Schwerpunkttheorie* 150
 Grundsatzurteil des Bundessozialge- richts zur Arbeitnehmerüberlassung 530
- Schwerstbeschädigtenzulage* 423ff
- St
- Staat*
 Alleinzuständigkeit des — im Bereich der sozialen Sicherung 224
 Neutralität des — bei Arbeits- kämpfen 534
- Staatsangehörigkeit*
 Anknüpfung an die — 952
- Staatshaftung*
 Herstellungsanspruch 182f
- Staatshaftungsrecht*
 Kausalität im — 565
 Reform des — 152ff
- Staatsverwaltung*
 mittelbare — 576
- Statistik*
 Zahl der Richterstellen 85f
- Steigerungsbeträge*
 Höherversicherung 1116
- Stellenplan*
 Dienstordnung und — in der Unfall- versicherung 202
 Genehmigung des — durch die Aufsichtsbehörde 199
 Genehmigung des — der Krankenkassen 200
 Genehmigung des — in der Unfall- versicherung 202
- Steuerrecht*
 Arbeitsentgelt begrifflich abhängig vom — 276
 Zuflußtheorie im Einkommen — 277
- Steuerung*
 aufsichtsrechtliche — 577f
- Stiefkind*
 im Kindergeldrecht 463f
- Strafgefangene*
 Versicherungspflicht 702
- Strafrecht*
 Risikoerhöhungslehre im — 506

Streik

- Auswirkungen auf das Beschäftigungsverhältnis 532f
- Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum Arbeitskampfrecht 532f
- Versicherungsverhältnis und — 284ff

Streitgegenstand

- Änderung des — in der Revisionsinstanz 861f

Streitigkeit(en)

- öffentlich-rechtliche — in Angelegenheiten der Sozialversicherung 769, 770f

Streuwirkung

- des sozialen Rechts der Eingliederung Behinderter 326

Studenten

- in der Unfallversicherung 256f

Studium

- in der DDR 612

T

Tariffähigkeit

- als Voraussetzung für die Aufstellung von Vorschlagslisten für ehrenamtliche Richter 891, 892, 893

tarifliche Einstufung

- als Zumutbarkeitsmaßstab von Verweisungstätigkeiten 301

Tarifrecht

- tarifliche Kinderzulagen 531

Tatsachenfeststellung

- Bindung an — 861f, 869ff
- keine Bindung an — bei Rüge 872
- und Erfahrungssätze 870
- Fehlen von — des LSG 871
- Grenzziehung zwischen Tatsache und Rechtsfrage 870
- später eingetretene Tatsachen 872
- verbindliche — im Verwaltungsakt 567

Teilausbildungsgänge

- Zusammenrechnung von — bei der beruflichen Förderung durch die BA 370

Teilzeitarbeit

- Arbeitslosenhilfe und — 384
- Berufs-/Erwerbsunfähigkeit und — 287ff
- praktische Verschlossenheit des Ar-

- beitsmarkts bei — nicht feststellbar aus Beschäftigungsstatistik 294, 295
- praktisch verschlossener Arbeitsmarkt bei zusätzlich starker Leistungseinschränkung 293, 294
- praktisch verschlossener Arbeitsmarkt, wenn Verhältnis der Interessenten zu Arbeitsplätzen ungünstiger als 75:100 289, 290, 291
- praktisch verschlossener Arbeitsmarkt für weibliche Versicherte 292, 293
- räumlich eingeschränktes Arbeitsfeld bei — als Verweisungstätigkeit 289, 292, 297, 298

Teilzeitarbeitsmarkt

- konkrete Betrachtung des — 298
- praktisch verschlossener — nach Jahresfrist bei vergeblichem Vermittlungsversuch 296, 298

Teilzeitarbeitsplatz

- Verweisung auf — 1111f

Teilzeitbeschäftigung

- Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur — 70f

Terminvertretung

- durch den Pfleger vor dem Sozialgericht 483

Territorialprinzip

- im Kindergeldrecht 459ff

Territorialitätstheorie

- Abgrenzung von bundesunmittelbaren zu landesunmittelbaren Versicherungsträgern 100ff

Todeserklärung

- Geschiedenenwitwenrente bei Auflösung einer Ehe durch Wiederheirat nach unrichtiger — 493

Treu und Glauben

- Herstellungsanspruch 172, 315
- Rechtsgrundsatz im Sozialversicherungsrecht 159, 167, 546
- im Versorgungsrecht 748f

Trunkenheit

- und Unfallversicherung siehe auch Alkoholgenuß 261f

Tuberkulosehilfe

- Rechtsanspruch auf — 970
- Zuständigkeit der Rentenversicherungsträger 970ff

Typisierung

- im Gesetzgebungsverfahren 1110
- Massenerscheinungen in der Verwaltung 1117f
- Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot 1110

U

Überbetriebliche Einrichtung

- Lehrwerkstatt als — i. S. des § 40 AFG 371

Übergangsregeln

- Verzicht auf — bei Verfassungswidrigkeit einer Norm 545

Überschrift

- eines Gesetzesabschnitts als Auslegungskriterium 1028

Überversicherung

- Soziale Sicherung und — 221

Überzahlung

- Maschinenrechenfehler 1109

Umdeutung

- nicht zugelassener Revision 819, 834

Umkehrschluß

- Analogie und — 1069

Umschulung

- Abgrenzung zwischen beruflicher Ausbildung, Fortbildung und — 366
- Definition der — durch das BSG 366
- Dienst in der Bundeswehr als Voraussetzung für eine — 368
- einer Hausfrau zur Lehrerin 373
- zum Sportlehrer 373

Umschulungsmaßnahmen

- Förderungshöchstdauer von — 373

Umweg

- Wegeunfall und — 264f

Umzug

- Zumutbarkeit des — an den Maßnahmeort bei beruflicher Bildung 377

Unabhängigkeit

- richterliche — 739ff
- richterliche — bei den Oberversicherungsämtern 35

Unbestimmter Rechtsbegriff

- EDV und — 1110ff

- Gesetzesvorbehalt und — 1083ff

- Rechtsaufsicht bei der Interpretation — 197

- Qualifizierung eines — 1111f

Unechte Rückwirkung

- Rechtsprechungswandel und — 1093

Unfall

- siehe a. Arbeitsunfall

Unfallfürsorge

- beamtenrechtliche — und Unfallversicherung 590

Unfallneurose

- als Unfallfolge 262f

Unfallrente

- Abfindung einer — zum Erwerb von Grundbesitz im Ausland 956

Unfallversicherung 251ff

- Abhängigkeitsverhältnis in der — 254f
- abstrakte Schadensberechnung in der — 267ff
- Alkoholeinfluß und — 502
- Arbeitsunfall in der — 257ff
- Bereich des versicherten Risikos bei der Gefährdungshaftung des § 7 StVG und in der — 507
- Berufskrankheiten in der — 266f
- Feststellung der MdE in der — 267ff
- Gefahrenerhöhungslehre im Arbeitsunfallrecht vor Einführung der gesetzlichen — 513
- haftungsbegründende Kausalität in der — 257ff, 262ff
- Leistungsrecht in der — 267ff
- Rentenerhöhung in der — 269ff
- Rechtsfortbildung in der — 252, 263, 267f
- Schüler, Studenten und Kinder in Kindergärten in der — 256f
- Schutz des nasciturus in der — 252f
- Selbstverwaltung der — 127f
- Theorie der wesentlichen Bedingung in der — 257ff
- Unfallneurose als Unfallfolge 262f
- Spruchinstanzen in der gesetzlichen — als besondere Gerichtsbarkeit 32
- Theorie der wesentlichen Bedingung in der — 500f

- Unternehmereigenschaft in der — 254
 Unterschied zur beamtenrechtlichen
 Unfallfürsorge 590
 versicherter Personenkreis 252ff
 Waisenrente in der — 271
 Wegeunfall in der — 263ff
 Witwenrente in der — 270f
- Unfallversicherungsgesetz vom 6. 7. 1884*
 5f
 Errichtung von Schiedsgerichten durch
 — 5
 erste reichsgesetzliche Regelung der
 Mitwirkung von ehrenamtlichen
 Richtern durch — 5
- Unfallversicherungsschutz*
 Schutzzweck der Norm und — 502
 bei Spielereien von Fahrschulern
 mit Sprengkörpern 501
 bei Unterbrechung des Heimwegs 501
- Ungleichbehandlung*
 Leistungsgewährung und — im Recht
 der Eingliederung Behinderter 340
- Unparteilichkeit*
 Prinzip der — im Verwaltungsver-
 fahren 917f
- Unrichtigkeit*
 offenbare — 1106ff
- Unterbrechung*
 einer versicherungspflichtigen Beschäfti-
 gung i. S. d. § 1259 Abs. 1 S. 1 Nr. 3
 RVO 1122
 des Kausalzusammenhangs bei der
 Gefährdungshaftung 507
 Wegeunfall und — des Heimwegs
 501
- Unterbringung*
 Kosten der auswärtigen — i. S. d.
 § 45 AFG 376
- Unterhalt*
 angemessener — des geschiedenen
 Ehegatten 309
 Hinterbliebenenrente soll letzten
 wirtschaftlichen Dauerzustand des —
 ersetzen 305, 306, 307, 308
 Zumutbarkeit einer Erwerbstätigkeit
 richtungsweisend für — spflicht des
 geschiedenen Ehegatten 310
- Unterhaltsanspruch*
 Anrechnung einer unzumutbaren
 Erwerbstätigkeit auf den — der Ehe-
 frau 495
 Anwendung des Rechts des letzten
 gemeinsamen Wohnsitzes der Eheleute
 auf den — 492
 Bedürftigkeit eines Arbeitslosen
 und — 385
 Berufsausbildungshilfe und — 375
 Eherecht der DDR und — 492
 gemeinsames Ehestatut und — 492
 fehlerhafte Information über — 174f
 nahehelicher — als Grundlage für
 Hinterbliebenenrente Geschiedener
 308
 Scheidungsstatut und — 491
 Waisenrente als Ersatz des — 722f
 Witwenrente und — nach dem EheG
 von 1946 491
- Unterhaltersatzfunktion*
 der Hinterbliebenenrente 303ff, 310ff,
 485
- Unterhaltsgeld*
 Berufsausbildungshilfe und — 378
 Rückforderung von — 377
- Unterhaltspflicht*
 Bindung an den Schuldausspruch
 im Scheidungsurteil für die — 487
 Maßgeblichkeit eines Vergleichs für die
 — bei möglicher Abänderungsklage
 489
 Unterhaltstitel als »sonstiger Grund«
 für die — 488
- Unterhaltsprinzip*
 im Kindergeldrecht 457f
- Unterhaltssicherung*
 Hinterbliebenenrente der gesetzlichen
 Rentenversicherung und zivilen
 Unterhaltsrechts als integrierte Be-
 standteile der — 303, 304
- Unterhaltstitel*
 als »sonstiger Grund« für die Un-
 terhaltspflicht 488
 Verbindlichkeit von — 488f
- Unterhaltsurteile*
 Bindung der Sozialgerichte an
 zivilgerichtliche — 488, 489
- Unterhaltsverzicht*
 Geschiedenenwitwenrente und — 493

- wiederaufgelebte Witwenrente und — 493, 494
- Unterhaltszuschuß*
 Alimentationstheorie 589
 Beamte im Vorbereitungsdienst 588f
 und Gewährung von Waisenrente 589f
- Unternehmer*
 Leistungspflichten in der Sozialversicherung 767f
- Unternehmereigenschaft*
 der Landwirte 355ff
 eines Schäfers 356f
 in der Unfallversicherung 254
- Untersuchungsgrundsatz*
 im Verwaltungsverfahren 918ff
- Unwirksamkeit*
 von Verwaltungsakten 936f
- Urlaub*
 Verfügbarkeit und — 380
- Ursache*
 Theorie der wesentlich mitwirkenden — 257ff
- Ursächlicher Zusammenhang*
 Maßgeblichkeit in der Kriegsopferversorgung 499
 Schadenshaftung nach § 7StVG und — 508
- V
- Verbindlichkeit*
 von Unterhaltstiteln 488f
- Vereinheitlichung*
 des Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichtsbarkeiten 59ff
- Vereinigung*
 von Arbeitgebern 857
 von Arbeitnehmern 857f
 Auswahl der Prozeßvertreter durch die — 858f
 Begriff 858
 der Kriegsopfer 858
 keine — : Rechtsschutzvereine 858
- Vereinigungen der Kriegsopfer*
 Aufstellung von Vorschlagslisten für ehrenamtliche Richter durch — 894, 895
- Vereinigungsfreiheit* 729
- Verfahrensbeschleunigung*
 Sozialgerichtsgesetznovelle 1974 59
- Verfahrensbeteiligter*
 Begriff der — 915ff
 Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum Begriff des — 916
- Verfahrensmangel*
 und absolute Revisionsgründe iS des § 551 ZPO 787, 792, 824, 825, 866
 Begriff des — 824
 Fehlen der Qualifikation eines ehrenamtlichen Richters für sein Amt als revisibler — 897
 wegen Mangel des erstinstanzlichen Verfahrens 824, 833
 mangelhafte Entscheidungsgründe 832f
 in mündlicher Verhandlung 829
 und Nichtzulassungsbeschwerde 824
 kein — : Nichtzulassung der Revision 786f, 820, 832
 Rüge des Verfahrensmangels 824, 851f
 tatsächliches Vorliegen des — 824f
 Umfang der Nachprüfung bei — 825
 wegen Unterlassung notwendiger Beiladung 828, 853
 bei Urteilsfällung 831ff
 Verkennen von Sachurteilsvoraussetzungen oder -hindernissen 829f
 bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör 828f
 bei Verletzung der Amtsermittlungspflicht 826ff, 851f
 bei Verstoß gegen § 109 SGG 828
 bei Verstoß gegen § 128 I, 1 SGG 827, 852f
 wesentlicher — 823f
 bei zulässiger Revision von Amts wegen zu prüfende — 833f, 852f, 864f
- Verfahrensrecht* 4
 Neuordnung des — in der RVO 9
 Vereinheitlichung innerhalb der

- Verwaltungsgerichtsbarkeit 59ff
- Verfassungsentscheidung*
 - für internationale Zusammenarbeit 958
- Verfassungskonforme Auslegung*
 - Schranken der — 1068
- Verfassungskonforme Rechtsfortbildung* 1085
- Verfassungskonformität*
 - Auslegungskriterium der — 1038
- Verfassungsrecht*
 - Bundesstaatsprinzip 652
 - und ehrenamtliche Richter 812ff
 - Rechtsstaatsprinzip 633ff, 637f, 650
 - und Sozialordnung 636f
 - Sozialstaatsprinzip 627ff
 - und Sozialverfassung 634
- Verfolgungszeit* 618f
 - Auslandsaufenthalt 621
 - Ersatzzeit 619f
- Verfügbarkeit*
 - Arbeitserlaubnis und — 385f
 - Arbeitsfähigkeit und — 379
 - Arbeitslosigkeit und — 379
 - Arbeitsmarkt und — 380
 - Ausbildung und — 380
 - Besuch eines Abendgymnasiums und — 380
 - Heimarbeit und — 379
 - Schwangerschaft und — 381
 - Urlaub und — 380
- Vergleich*
 - Maßgeblichkeit eines — für die Unterhaltspflicht bei möglicher Abänderungsklage 489
- Verhältnismäßigkeit*
 - Vermittlungsmonopol der BA und das Prinzip der — 365
- Verhaltenspflicht*
 - Verletzung einer — und adäquater Kausalzusammenhang im Zivilrecht 506
- Verjährung*
 - Beginn der — mit Entstehen des Anspruchs aus gesetzlicher Rentenversicherung 319
 - Einrede der — in Revisionsinstanz 862
 - und Rechtsstaatsprinzip 652
 - von Rentenansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung 317ff
 - Verwirkung und — von Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung 318
- Verkürztes Studium*
 - Förderung eines — durch die BA 369
- Verletzter*
 - Mitwirkung des — zum Schadenseintritt in §§ 7 Abs 2, 9 StVG 509
- Vermittlungsauftrag*
 - Lockerung des Monopols der BA bei Erteilung eines — 364
 - Notwendigkeit eines — der BA für die Tätigkeit eines Filmmanagers 364
- Vermittlungsgesuch*
 - als Voraussetzung einer beruflichen Bildungsmaßnahme 374
- Vermittlungsmonopol*
 - Verstoß der Arbeitnehmerüberlassung gegen — der BA 363
 - Vorrang des — der BA vor der Freiheit der Berufswahl eines selbständigen Arbeitsvermittlers 363
- Vermutung*
 - keine — des Zusammenhangs zwischen Tod und anerkanntem Leiden in der KOV 500
- Verpflichtungsklage*
 - bei Versagung einer Mitwirkung durch die Aufsichtsbehörde 205
- Versagung*
 - wichtiger Grund für die — der Genehmigung des Stellenplans der Krankenkassen 200
 - bei unangemessen hohen Lehrgangsgebühren — der Förderung 377
 - Leistungsklage gegen — einer Mitwirkung durch die Aufsichtsbehörde 205
- Verschollener*
 - Begriff des ehelichen Kindes beider Waisenrente nach — 480
 - Hinterbliebenenrenten nach — 480
- Verschulden*
 - Maschinenrechenfehler und — 1109
 - Versorgungsleistungen bei — des Beschädigten 500
 - Verursachung in der Kriegsopferversorgung und — des Schädigers 499

Versichertenrente

Verhältnis zur Waisenrente 1121

Versicherter

Mitwirkung der — in der Selbstverwaltung 114f, 119

Qualifikation eines ehrenamtlichen

Richters als — 897, 898

Pflichten des — 559ff

Versicherte Tätigkeit

Versicherungsschutz nur bei Zusammenhang zwischen Unfall und — 501

Versicherungsämter 8

Beteiligung von ehrenamtlichen Richtern in den Spruchkörpern der Oberversicherungsämter und — 882

judikative Funktionen der — 30

Versicherungsbeiträge

ausländische — 957

Versicherungsfall

Einheit des — 237f

nachgehende Ansprüche 237f

Versicherungsfreiheit

Dienstordnungsangestellte 599

Problemstellung von Versicherungspflicht und — 1051

Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. 12. 1911 9

Versicherungspflicht 949

Beschäftigungsverhältnis von Beamten 584f

von Geschäftsführern juristischer Personen 347f

der Handwerker 354f

Strafgefangene 702

Vereinbarkeit mit GG 710f

Versicherungspflichtgrenze

in der Krankenversicherung 219

Versicherungspflichtige Beschäftigung

Anschluß der Arbeitslosigkeit an vorausgegangene — 1111

Unterbrechung einer — i. S. d. § 1259

Abs. 1 S. 1 Nr. 3 RVO 1122

Versicherungsprinzip

soziales Schutzprinzip und — 1047

Versicherungsschutz

Zusammenhang zwischen Unfall und versicherter Tätigkeit als Voraussetzung für den — 501

Versicherungsträger

Aufsichtsstreitigkeiten betr. die Beziehungen der — zu Dritten 188

Aufsichtsstreitigkeiten über das Verhältnis der — untereinander 188

Betätigung in der Gesamtwirtschaft 780f

Versicherungsverhältnis

Aussperrung und — 284ff

Leistungsumfang bei Krankengeld 238

Streik und — 284ff

Versicherungszeiten

algerische — 978ff

Anerkennung von — durch französischen Versicherungsträger 981

Anrechenbarkeit von — 959

Berücksichtigung von in Drittländern zurückgelegten — 974

Einbeziehung der Dauer der Arbeitslosigkeit in die — 992

in Mitgliedstaaten der EG 970ff

sudetendeutsche — 982ff

Versicherungszwang 949

Versorgung

Doppel — von Beamten 593ff

Nachversicherung von ausgeschiedenen Beamten 592

Versorgungsausgleich

Hinterbliebenenrente und — 304

Versorgungsberechtigte

kein Einsatz eines — als ehrenamtlicher Richter aus dem Kreis der mit der

Kriegsopferversorgung vertrauten Personen 900

Versorgungssehe 703, 725

Versorgungsgerichtsbarkeit

als besondere Gerichtsbarkeit 32

Vertrauensschutz 747ff

im Arbeitsförderungsrecht 752

Einschränkung einer Rückforderung aufgrund von — 559

Ermessensentscheidungen und — 575

fehlerhafte Zusicherung oder Auskunft 750ff

und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 557f

gleiches — von entstandenen Rechten

und Anwartschaften 980

im Krankenversicherungsrecht 706f,

- 749f
- Rechtsprechung 747ff
- im Rechtsstaat 739, 744ff, 747ff
- in der Rentenversicherung 698ff
- Rücknahme eines Verwaltungsakts und — 1106ff
- Schadensersatz durch Naturalrestitution aus — im Versicherungsverhältnis 315
- im Versorgungsrecht 748f
- aufgrund individueller Vorleistung 540
- Vertreterversammlung*
- kein Ausschluß als ehrenamtlicher Richter nach § 17 SGG bei Mitgliedschaft in einer — eines Sozialversicherungsträgers 905
- Vertretungsorgane*
- Beschäftigungsverhältnis von — juristischer Personen 525f
- Vertretungszwang*
- Armenrecht bei — 855
- Ausnahmen von — 855
- bei erstinstanzlichen Verfahren vor dem BSG 855
- Fehlen eines — vor dem RVA 14
- und Postulationsfähigkeit 855f
- Umfang 854f
- bei Wiederaufnahme 855
- Zweck des — vor dem BSG 854f
- Vertriebenenrecht* 623ff
- Vertriebener*
- Arzt 624
- Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung 623f
- Eigenschaft als — 610, 623f
- Ersatzzeiten — 624
- Rechtsstellung — 608ff, 623
- Verursachung*
- Verschulden des Schädigers und — in der Kriegsoferversorgung 499
- Widerrechtlichkeit der schädigenden Handlung und — in der Kriegsoferversorgung 499
- Verwaltungsakt*
- Ankündigung aufsichtsbehördlichen Einschreitens und — 204
- Aufhebung von — in Beitragsangelegenheiten der Rentenversicherung 322
- Aufhebung bindend gewordener Rentenbescheide 322
- Aufhebung von — der Rentenversicherung und Lückenausfüllung durch Verwaltungsverfahrensgesetz 323, 324
- Auswirkungen der EDV auf die Lehre vom — 1099ff
- Begriff des — 929ff
- Begründung von — 933f
- Begründung eines maschinell hergestellten — 1105f
- Bekanntgabe als Wirksamkeitsvoraussetzung des — 933
- Berichtigung eines fehlerhaften maschinell erstellten — 1106ff
- Bindungswirkung des — in der Rentenversicherung 320
- Bindungswirkung eines feststellenden — 566f
- Ergehen von — im Verhältnis zwischen Aufsichtsbehörde und Versicherungsträger 203
- Erlaß des — 932ff
- Evidenztheorie beim fehlerhaften — 936f
- feststellender — und Leistungsbescheid i. S. v. § 1744 RVO
- Formerfordernisse 932f
- als typische Handlungsform des Sozialrechts 562
- inhaltliche Bestimmtheit 933
- Konkretisierung im Einzelfall 566
- im Kontenklärungsverfahren der Rentenversicherung 320
- Konsequenzen fehlerhafter — 934ff
- Nachschieben von Gründen 933f
- Rechtsaufsichtsmaßnahme und — 203
- Rechtsbeziehungen zwischen Trägern der Sozialverwaltung 938f
- Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum — 928ff
- neuer — im Revisionsverfahren 862
- Rücknahme fehlerhafter — 698ff, 704ff, 744ff, 747ff
- Rücknahme eines fehlerhaften maschinell erstellten — 1106ff
- schlichtes Verwaltungshandeln 929ff
- schriftlicher — mit Hilfe der EDV 1099

- Teilbarkeit von — 937f
- Umfang der Bindung an einen — 539
- Verständlichkeit automatisch erstellter — 1104f
- Unwirksamkeit von — 936f
- Vorabentscheidung 931f
- Vorliegen der Voraussetzungen eines — bei Benutzung von EDV 1100ff
- Weisungen im Rahmen der Zweckmäßigkeitssaufsicht und — 203
- Verwaltungsausschuß*
 - kein Ausschluß als ehrenamtlicher Richter nach § 17 SGG bei Mitgliedschaft im — eines Sozialversicherungsträgers 905
- Verwaltungsgericht*
 - Anfechtung der Entscheidungen der Oberversicherungsämter im Beschlußverfahren vor dem — 33
- Verwaltungsgerichtsbarkeit*
 - Vereinheitlichung des Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrechts 59ff
- Verwaltungshandeln*
 - schlichtes — 567f
 - Strukturveränderungen des — durch Einsatz von EDV 1099ff
- Verwaltungsrat*
 - Zusammensetzung des — der Bundesanstalt für Arbeit 579
- Verwaltungsrecht*
 - Schwerpunkte allgemeinen — im Sozialrecht 539ff
- Verwaltungsvereinbarungen*
 - als Rechtsquelle des Sozialrechts 549f
- Verwaltungsvereinfachung* 1102
- Verwaltungsverfahren*
 - Antragserfordernis 922f
 - Auskunftserteilung und Vertrauensschutz im — 654f
 - Begriff des — 914f
 - Beweislast im — und Sozialstaatsprinzip
 - Grundsatz der Amtsermittlung 918ff
 - Grundsatz des rechtlichen Gehörs im — 926f
 - Mitwirkungspflichten des Bürgers im — 920f
 - Prinzip der Unparteilichkeit im — 917f
 - Rentenversicherung und — 320ff
 - Stellung des Einzelnen im — 921ff
 - rechts- und sozialstaatskonformes — 653f
- Verwaltungsverfahrensgesetz*
 - Abkoppelung des Sozialrechts 912
 - Lückenausfüllung durch — bei Aufhebung von Rentenbescheiden 323, 324 des Bundes vom 25. 5. 1976 911
- Verwaltungsverfahrensrecht*
 - Kodifikation eines allgemeinen — 911f
 - und Sozialrecht 911ff
 - Vereinheitlichungstendenzen bei der Schaffung eines Sozialgesetzbuches 913
- Verwaltungsvorschriften*
 - Gesetz i. S. von IV § 87 Abs. 1 SGB und —
 - Rechtsqualität von — 195
 - als Rechtsquellen des Sozialrechts 549
 - Überschreiten von — als Anlaß für Eingreifen der Rechtsaufsicht 195
- Verwandte*
 - Mitarbeit von — und abhängiges Beschäftigungsverhältnis 526f
- Verweisbarkeit*
 - von Rentenversicherten 1030
- Verweisung*
 - Bindung des Bundessozialgerichts an — durch Sozialgerichte 98f
 - Reichweite der — 1026
- Verweisungstätigkeit*
 - Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe, Reinigungs- und hauswirtschaftliche Berufe als — für ungelernte weibliche Teilzeitarbeitskräfte 292
 - keine — bei praktisch verschlossenem Arbeitsmarkt 288ff
 - räumliches Arbeitsfeld bei — 291, 292
 - räumlich eingeschränktes Arbeitsfeld bei Teilzeitarbeit als — 297, 298
 - Teilzeitarbeitsplätze 1111f
 - Zumutbarkeit der — und gesetzliche Lohnhälfte 301
 - Zumutbarkeit der — und tarifliche Einstufung 301
- Verwirkung*
 - Rechtsgrundsatz im Sozialversiche-

- rungsrecht 546
- Verjährung und — von Ansprüchen
aus der gesetzlichen Rentenversicherung
318
- Witwenrente und — des Unterhalts
nach der Scheidung 494
- Völkerrecht*
 - allgemeine Regeln des — und Sozial-
recht 962
 - besondere Regeln des — 962
 - Territorialitätsprinzip als allgemeine
Regel des — 947
 - Vorrang des — 962
- Vorabentscheidung* 968
- Abgrenzung zur Zusage 931f
- Vorbereitungsdienst*
 - Arbeitslosigkeit von Juristen vor Auf-
nahme in den — 381
 - Rechtsstellung von Beamten im —
585f
 - Unterhaltszuschuß 588f
- Vorbereitungskurs*
 - Förderung eines — 368
- Vorlagebeschlüsse*
des BSG an den EuGH 967ff
- Vorlageverfahren*
 - Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter
am — nach § 42 SGG 888, 889
- Vorschlagslisten*
 - Aufstellung von — für ehrenamtliche
Richter durch Vereinigungen der
Kriegsopfer 894, 895
 - Berücksichtigung von Minderheiten bei
der Aufstellung der — für ehrenamt-
liche Richter 894
 - Bindung an — bei der Berufung eh-
renamtlicher Richter 890
 - Kreishandwerkerschaft als Arbeitgeber-
vereinigung mit der Berechtigung zur
Aufstellung von — für ehrenamtliche
Richter 893
 - für ehrenamtliche Richter aus dem
Kreis der Arbeitgeber 893
 - für ehrenamtliche Richter aus dem
Kreis der Versicherten 891, 892
 - Tariffähigkeit als Voraussetzung für
die Aufstellung von — für ehrenamt-
liche Richter 891, 892, 893
- Vorstandsmitglieder*
 - Ausschluß von — bestimmter Körper-
schaften von der Tätigkeit als ehren-
amtliche Richter 902, 903
- Vorverfahren* 741
- W**
- Wahl*
 - Selbstverwaltungsorgane 761
- Waisenrente*
 - Begriff des ehelichen Kindes bei der —
nach Verschollenen 480
 - bei Gewährung von Unterhaltszuschuß
Heiratswegfallklausel 722f
 - in der Kriegsopferversorgung 428f
 - in der Unfallversicherung 271
 - im Vorbereitungsdienst 589f
- Warschauer Vertrag* 615
- Wanderarbeitnehmer*
 - soziale Sicherheit für — 963, 966ff
- Wartezeiten*
 - Erfüllung von — im Ausland 959
- Wegeunfall*
 - in der Unfallversicherung 263ff
 - häuslicher Wirkungskreis und — 263f
 - Umweg und — 264f
 - Unterbrechung des Heimwegs und —
501
 - Versicherungsschutz bei — 501
- Wehrdienstbeschädigung*
 - Familienheimfahrt 596
 - Kameradschaftsabend 596
 - Sonntagsurlaub 595
- Wehrdienstverhältnis*
 - Beendigung des — 595
 - Rechtsnatur des — 595
- Weihnachtszuwendungen*
 - Aufsichtsstreitigkeiten über — 187
- Weisungsbefugnis*
 - Arbeitgeberbegriff 528
- Weisungsgebundenheit*
 - als Abgrenzungskriterium für den Ar-
beitnehmerbegriff 523f
 - Dienste höherer Art mit reduzierter —
524f
 - Eingliederung in den Betrieb und —
524f
 - Selbständigeneigenschaft und — 349f

- Werbung*
von Versicherungsträgern in der Gesamtwirtschaft 780f
- Wesentliche Bedingung*
Berufsschadensausgleich und — in der KOV 500
konkret-individualisierende Betrachtungsweise bei Beurteilung der — in der KOV 500
Blutalkoholkonzentration als die allein — des Unfalls 502
Einfluß der Kausalitätsnorm der — auf die Ziviljustiz 498
Gefahrerhöhung und — 512f
Schutzbereich der Norm und Theorie der — 510f
Theorie der — in der Unfallversicherung 500f
Zurechnung bei der Gefährdungshaftung und — im Sozialversicherungsrecht 508
- Wesentliche Mitverursachung*
Adäquanzlehre und Begriff der — 504
- Wettbewerb*
der Sozialversicherungsträger mit Privatversicherungen 781
- Wichtiger Grund*
für den Abbruch einer Maßnahme der beruflichen Bildung 378
- Wiederaufleben*
von Witwenrenten nur bei Auflösung der zweiten Ehe 490
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand*
bei Versäumung der Revisionsbegründungsfrist 848
bei Nichtzulassungsbeschwerde 835
- Wiedergewährung*
Krankengeld 237f
- Wiedergutmachung* 617ff
Auslandsaufenthalt 621
nach Beamtenrecht 619f
erzwungene Arbeitslosigkeit 618
Verfolgungszeit 618f
Verhältnis zum BEG 620f
Vermeidung v. Doppelversorgung 619f
- Wiederheirat*
Geschiedenenwitwenrente bei Auflösung einer Ehe durch — nach unrichtiger Todeserklärung 493
- Wirkungsbreite*
sozialrechtlichen Verwaltens 539
sozialrechtlicher Bescheide 572ff
- Wirtschaft*
Verhältnis zur Sozialversicherung 135, 142
- Wirtschaftlichkeit*
Einsatz von EDV 1113
Rechtsaufsicht über Einhaltung des Grundsatzes der — 213
- Witwenrente*
hinkende Ehe 483ff
bei Eintragung einer nur kirchlich getrauten Ehe im Personenstandsbuch 485
in der Kriegsopferversorgung 426f
bei Nichtigerklärung der Ehe nach dem Tod des Versicherten 493
Scheidungsurteil und — 486
Subsidiarität wiederaufgelebter — 490
Teilung der — bei Bigamie 486
in der Unfallversicherung 270f
Unterhaltersatzfunktion der — 485
Verfassungsmäßigkeit der Höhe der — 724
- Witwerrente* 955
Anerkennung von Zurechnungszeiten als Ausfallzeiten bei der »kleinen« — 1121f
- Wohnsitz*
Anwendung des Rechts des letzten gemeinsamen — der Eheleute auf den Unterhaltsanspruch 492
Begriff im Kindergeldrecht 447f, 460
Maßnahmeort und — bei beruflichen Bildungsmaßnahmen 376

Z

- Zensurverbot* 714ff
- Zersplitterung*
der Rechtsprechung der Obergerichtsämter 30
- Ziviljustiz*
Einfluß der Kausalitätsnorm der wesentlichen Bedingung auf die — 498

Zivilrecht

Einfluß der Rechtsprechung des Bundes-
sozialgerichts auf die Gefahrenzurech-
nung im — 504
Verletzung einer Verhaltenspflicht und
adäquater Kausalzusammenhang im —
506

Zuflußtheorie

bedeutsam für Arbeitsentgelt trotz IV
§ 14 SGB 278
Ausnahmen von — für Begriff des Ar-
beitsentgelts, um sozialversicherungs-
rechtliche Nachteile zu vermeiden
277, 278
im Einkommensteuerrecht 277
Manipulationsmöglichkeiten durch —
an sozialversicherungsrechtlichem Ar-
beitsentgelt 278, 279

Zukunftsperspektiven

in der gesetzlichen Krankenversiche-
rung 245ff

Zulassung

Anfechtung der — s entscheidung
783ff, 786
Bindung an die — s entscheidung
783ff
gesetzeswidrige — 788
Irrtum über die —svoraussetzungen
785
kein Wahlrecht bei — s entscheidung
785
von Rechtsmitteln 783ff
Rechtsweg bei Streit über Rechtsfolgen
einer — 780

Zumutbarkeit

Arbeitslosigkeit und — einer Tätigkeit
383
Erziehungsrente und — einer Erwerbs-
tätigkeit trotz Kindererziehung 310
einer Erwerbstätigkeit richtunggebend
für Unterhaltspflicht geschiedener Ehe-
gatten 310
des Umzugs an den Maßnahmeort bei
beruflicher Bildung 377

Zurechnung

bei der Gefährdungshaftung und we-
sentliche Bedingung im Sozialversiche-
rungsrecht 508

Zurechnungszeiten

Anrechnung von — bei der Neuberech-
nung einer Rente 1118
Gleichstellung von Beiträgen in ande-
ren Mitgliedstaaten 988f

Zurückverweisung

keine — an die Verwaltung durch
Sozialgerichte 934f

Zusage

Abgrenzung zur Vorabentscheidung
931f
bindende — in der Rechtsprechung des
Bundessozialgerichts 931

Zusammenhang

keine Vermutung des — zwischen Tod
und anerkanntem Leiden in der KOV
500
Versicherungsschutz nur bei — zwi-
schen Unfall und versicherter Tätigkeit
501

Zusammenrechnung

von Zeiten aus verschiedenen Soz-Vers-
Abkommen 963
von Versicherungszeiten 967, 987ff

Zusammenrechnungsgebot

990, 992

Zuschuß

zum Krankenversicherungsbeitrag für
Angestellte 766f

Zusicherung

s. auch Zusage 750f

Zuständigkeit

der Aufsichtsbehörden in der Sozial-
versicherung 192f
von Behörden im Sozialrecht 917
Bestimmung der — durch den judex a
quo 784f
des Bundessozialgerichts im ersten
Rechtzug 92ff
des Bundesversicherungsamts 100
Bund und Länder 755f
Gebot normativer — s bestimmung
784f
Grundsatz des Primats des Landesvoll-
zugs bei der — von Aufsichtsbehörden
193
Prinzip der innerstaatlichen materiellen
— 987ff
Regelungen der — als Teil des Ge-
richtsverfassungsrechts 784

SACHREGISTER

- sachliche — und Folgen der Kompetenzüberschreitung 792f
- der Sozialgerichtsbarkeit s. Rechtsweg
- Verfassungsmäßigkeit richterlicher — s bestimmung 784f
- Verteilung der — am BSG und Kompetenzkonflikt 791ff
- durch Zulassung 784f
- Zuständigkeitsbereich*
 - territoriale Abgrenzung des — eines Sozialversicherungsträgers 194
 - Ausdehnung des — eines Sozialversicherungsträgers über die Grenzen eines Landes hinaus 194
- Zuständigkeitsfragen*
 - Entscheidungen des Bundessozialgerichts zu — bei der Rehabilitation 326
- Zustellung*
 - im Ausland per Einschreiben 999ff
 - des Bescheides per Einschreiben gegen Rückschein 999ff
 - innerstaatliche Vorschriften für die — 999
- Zweckmäßigkeitssaufsicht*
 - Rechtsaufsicht und — 186
- Zweckmäßigkeitsskontrolle*
 - im Rahmen der Fachaufsicht 191
- Zweitehe*
 - bei Nichtigerklärung der — keine Abfindung bei Drittehe 490
 - Rentenkonkubinats und gescheiterte — 490